Technik-,
Wirtschaftswachstums-,
Wissenschaftsverdrossenheit

Die neue Romantik

Analyse einer Zeitströmung

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE TAGUNG 1979
DER OESTERREICHISCHEN NATIONALBANK

Technik-,
Wirtschaftswachstums-,
Wissenschaftsverdrossenheit

Die neue Romantik

Analyse einer Zeitströmung

Herausgeber, Eigentümer und Verlag:
Oesterreichische Nationalbank, Wien

Redaktion:
Dkfm. Dr. A. Kanitz, Dkfm. E. Kapfer

Druck: Elbemühl, graph. Industrie GmbH., Wien

Wien 1979

Volkswirtschaftliche Tagung der Oesterreichischen Nationalbank

vom 6. bis 8. Juni 1979

Inhaltsverzeichnis

Heinz Kienzl

Einleitung 7

Friedrich Hacker

Einstellungsveränderungen gegenüber Technik, Wirtschaftswachstum und Wissenschaft in den USA 15

Gerhard Schmidtchen

Die Kosten des Fortschritts 25

Soziale und psychologische Folgen der Modernisierung

Rudolf Bretschneider

Einstellungsveränderungen gegenüber Technik, Wirtschaftswachstum und Wissenschaft in Österreich 41

Ernst Gehmacher

Technikverdrossenheit und Technologiemißtrauen 51

Analyse der Ursachen der Angst

Gerd Bacher

Die Rolle der Meinungsbildner bei der Entwicklung der Zeitströmungen 61

Medienanalytische Studie

Rupert Gmoser

Die materielle Basis des Lebensstandards in Österreich — Erwartungen und Forderungen 81

Hans Seidel

Können wir uns in Österreich eine Technik- und Wachstumsverdrossenheit leisten? *91*

Peter Jankowitsch

Wirtschaftswachstum und Weltwirtschaft *97*

Anforderungen an das Wachstum in den Ostblock-, Entwicklungs- und Industrieländern

Johann Millendorfer, Oskar Grünwald

Ist der Weg zu kleinen überschaubaren Einheiten offen oder gehört die Zukunft den großen? *135*

Podiumsgespräch

Hans Mohr

Wissenschaftsverdrossenheit *147*

Stephan Koren

Das Unbehagen in unserer Gesellschaft *157*

Kurt Sontheimer

Bewußtseinswandel in der modernen Industriegesellschaft *161*

Heinz Fischer

Das Entscheidungsproblem in der Demokratie *181*

Wie weit können Experten, Politiker, Plebiszite entscheiden?

Heinz Kienzl

Schlußbemerkungen *193*

Die Vortragenden *195*

Beruflicher Werdegang, Funktionen, Publikationen

Einleitung

Dkfm. Dr. Heinz Kienzl

Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sie alle kennen den berühmten Ausspruch Goethes, den er nach der Kanonade von Valmy tat: „Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus, und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen." Natürlich hätte das Goethe schon anläßlich des Sturms auf die Bastille sagen können, aber vielleicht fehlte ihm damals das Publikum, dem er so etwas hätte sagen können, oder vielleicht war auch die Unmittelbarkeit des Erlebnisses nicht gegeben. Aber wie immer, es gibt in der Weltgeschichte Ereignisse, in denen der Zeitgeist einer Epoche so deutlich zutage tritt, daß ihn jedermann erkennen kann. Die Älteren von uns haben die Reichskristallnacht erlebt, wir alle die Landung auf dem Mond. Und wir wissen aus dem Geschichtsunterricht, daß der Zeitgeist die Richtung, aus der er weht, zu ändern beliebt. Ohne die Geschichte allzusehr zu vergewaltigen, kann man Epochen der Aufklärung und der Romantik unterscheiden, wie die Zeit der Reformation, des Humanismus, der Renaissance, die dann von der Zeit der Gegenreformation, des Barocks und der Hexenprozesse abge-

löst wurden. Oder wenn wir einen großen Sprung in die jüngere Vergangenheit machen, so lebten wir alle noch vor etwas mehr als einem Jahrzehnt in der sogenannten „Kennedy-Ära", in der ein grenzenloser Glaube an die Machbarkeit von allem und jedem bestand. Das schon erwähnte charakteristische Ereignis dieser Epoche, ihr Höhepunkt und vielleicht auch schon ihr Wendepunkt, war die Landung auf dem Mond, die in manchem von uns Zweifel daran erweckte, ob all das, was machbar ist, auch machenswert ist.

Aber wie auch immer: Diese aufklärerische Epoche des Zukunftsglaubens, des Glaubens an Technik, Wissenschaft und Wirtschaftswachstum, auch des Glaubens an die Machbarkeit von allem und jedem durch die Politik — ein entsprechendes Schlagwort war ja „die Konjunktur nach Maß" — scheint nun von einer romantischen Epoche abgelöst zu werden. Eine solche Epoche ist nicht nur mit neuen religiösen Bewegungen, sondern auch mit abergläubischen Vorstellungen verbunden; mit einem Mißtrauen gegen die Technik, einem Mißtrauen gegen die Naturwissenschaften und nicht zuletzt dem Zweifel an der Notwendigkeit, ja der Möglichkeit weiteren Wirtschaftswachstums.

Die Antwort auf die Frage: „Worin hat sich diese neue Entwicklung, worin hat sich dieser neue Zeitgeist, worin hat sich die nunmehr stark hervortretende romantische Weltanschauung besonders deutlich manifestiert?" dürfte sich jeder von Ihnen selber gegeben haben: in der Kernkraftwerkskontroverse und dem darauf folgenden Ergebnis der Volksabstimmung im Herbst 1978. In dieser Kontroverse hatte nicht nur eine gegen das Establishment rebellierende Jugend die Macht dieses Establishments in Frage gestellt und ihm nicht zuletzt gemeinsam mit Vertretern des Establishments eine Niederlage zugefügt, was ja an sich in einer Demokratie kein besonderes Unglück wäre. Es haben aber darüber hinaus Wissenschaftler, indem sie ihre fachlichen Grenzen überschritten, das Vertrauen in die Wissenschaft bei der breiten Masse der Bevölkerung in Frage gestellt, die ja auf „Sein oder Nicht-

sein" auf diese Wissenschaft angewiesen ist. Wer denn soll uns Österreichern den Weg zu einer weiterhin leistungsfähigen Wirtschaft weisen, wie sollen die Produkte, mit denen wir auf den Märkten bestehen können, gefunden werden, wie sollen überhaupt unsere Überlebensstrategien aussehen, wenn wir nicht Hinweise dafür von der Wissenschaft bekommen; und damit diese Hinweise akzeptiert werden können, bedarf es des Vertrauens in die Wissenschaft.

Dazu kommt, daß nicht nur die große Masse der Bevölkerung das Wesen des Expertentums nicht erkannt hat, sondern auch maßgebende Politiker sich darüber offensichtlich nicht im klaren sind, daß der Fortgang der Wissenschaft eben darin besteht, daß die Experten zwar über Grundtatsachen einig, in zahllosen Details aber uneinig sind. Bisher haben die Experten das unter sich ausgemacht, und als Fachmann galt, wer ein Fach erlernt hatte, in diesem Fach mindestens ein Jahrzehnt tätig war und sich die Anerkennung seiner Kollegen verschaffen konnte. In der Kernkraftwerkskontroverse wurde es üblich, daß sich nicht nur Scharlatane auf eigene Faust zu Fachleuten ernannten, sondern daß auch hochangesehene Experten auf einem Gebiete der Natur- oder Geisteswissenschaften sich plötzlich für völlig fremde Gebiete kompetent erklärten und von Politikern und der Bevölkerung auch akzeptiert wurden. Ohne es recht zu wissen, haben diese Wissenschaftler damit einen Sprengsatz an ihrer eigenen wissenschaftlichen und möglicherweise auch wirtschaftlichen Existenz angelegt, denn der Chemotherapeut, der beispielsweise heute Zweifel an der Kompetenz des Nukleartechnikers erweckt, wird umgehend die Retourkutsche bekommen: man wird seine wissenschaftliche Ehre, seine Unabhängigkeit und seine Kompetenz wegen allfälliger Abhängigkeit von der in seinem Fachgebiet profitierenden Industrie in Frage stellen.

Die Nationalbank ist in diesem Prozeß nicht nur indirekt in eine Parteienstellung gekommen, etwa in dem Sinne, daß nationalökonomische Thesen, die bisher für unbestreitbar gehalten wurden, nun in Frage gestellt werden. In unserem Fach-

gebiet sind wir derlei ja seit langem gewöhnt. Es ist auch nicht allein die weiterreichende Sorge, daß das Ansehen der Wissenschaft nicht wiedergutzumachenden Schaden erleidet, die uns sehr erfüllt. Wir sind darüber hinaus viel unmittelbarer von dieser romantischen Bewegung berührt, die die Möglichkeit eines weiteren Wirtschaftswachstums in Frage stellt und damit auch eine Politik weiteren Wirtschaftswachstums behindert. Ohne ein weiteres Wachstum — so glauben wir — wird es nämlich unmöglich sein, den Ansprüchen der Österreicher auf einen höheren Lebensstandard nachzukommen; und wir glauben, daß große Schichten der österreichischen Bevölkerung dieses Bestreben haben, und nur ein winzig kleiner Prozentsatz von Intellektuellen vermeint, in einer gemütlichen Wirtschaft auch ein gemütliches Leben führen zu können. Die österreichische Gesellschaft hat aber ihre Wissenschaftler, Lehrer und Manager nicht dazu ausgebildet — und gewaltige Teile des Sozialprodukts in diese Ausbildung hineingesteckt —, damit sie ein bequemes Leben führen können, weitere Verbesserungen des Lebensstandards der österreichischen Bevölkerung schwierig werden, schwere Klassenkämpfe wegen nicht erfüllbarer Erwartungen ausbrechen und die österreichische Wirtschaft letzten Endes im mitleidlosen internationalen Konkurrenzkampf abgeschlagen wird. Das nämlich würde uns wirtschaftliche Zustände wie in der Ersten Republik bringen.

Für uns in der Nationalbank würde es bedeuten, daß unser jahrelanger erfolgreicher Kampf gegen die Inflation gefährdet erscheint und unser Ringen um eine Wiederherstellung des äußeren Gleichgewichtes der österreichischen Volkswirtschaft an mangelnder Konkurrenzfähigkeit scheitert.

Wir glauben nicht, daß die Oesterreichische Nationalbank in einem Elfenbeinturm leben soll und sich aus dem Tagesstreit der Meinungen heraushalten kann. Im Gegenteil, wir haben bisher ziemlich ungeniert kräftig mitgemischt, und unsere volkswirtschaftlichen Tagungen waren alles andere als esoterische, aktualitätsferne, der Nabelbeschau gewidmete Symposien. Und so soll es auch heuer sein. Wir wollen uns mit der

Frage befassen, ob die von uns vermutete Technik-, Wachstums- und Wissenschaftsverdrossenheit eine Gefahr für unsere Gesellschaft darstellt.

Natürlich wollen wir nicht etwas als gegeben voraussetzen, sondern zu Beginn der Tagung, und daher gehört der erste Tag den Meinungsforschern und Medienexperten, stellen wir die Frage: Existiert tatsächlich so etwas wie eine „Technik-, Wachstums- und Wissenschaftsverdrossenheit" in der atlantischen Gesellschaft, und wenn ja, welches könnten wohl ihre Wurzeln sein?

Daher haben wir Professor Hacker als Kenner der amerikanischen Verhältnisse, und bisher sind ja die meisten der modernen geistigen Strömungen aus den USA gekommen, gebeten, uns seine Erkenntnisse und Forschungsergebnisse über die jüngsten Entwicklungen in den USA darzulegen. Und dann wollen wir uns schrittweise Österreich nähern. Wir haben daher Professor Schmidtchen ersucht, über die entsprechenden Entwicklungen in Westeuropa zu referieren, und Herrn Dr. Brettschneider, die österreichischen Untersuchungen vor uns auszubreiten.

Den Versuch, die Ursachen dieser Entwicklung darzulegen, wird dann Herr Diplomingenieur Gehmacher aufgrund einer besonderen Untersuchung, die er auf Ersuchen der Oesterreichischen Nationalbank vorgenommen hat, unternehmen.

Von der Überlegung ausgehend, daß die Massenmedien eine gewaltige Rolle bei der Gestaltung der öffentlichen Meinung spielen, haben wir sodann einen Medienexperten eingeladen, über dieses Thema zu referieren; u. zw. Herrn Generalintendant Bacher, allerdings nicht als Generalintendant, denn wir baten ihn, dieses Referat zu halten, bevor er wieder Generalintendant wurde. Wir haben es also mit dem Medienexperten Bacher zu tun.

Der zweite Tag wird den Ökonomen gehören. Zwei Problemkreise stehen zur Diskussion:

Welche Erwartungen werden national und international an das Wirtschaftswachstum gestellt? Was müssen wir in

Österreich an Forderungen von seiten der Arbeitnehmer erwarten? — Und international: Welche Anforderungen werden die Bedürfnisse der Dritten Welt an die Steigerung des Sozialprodukts ihrer Länder, aber auch indirekt an die Steigerung des Sozialprodukts der Industriestaaten stellen?

Über den ersten Problemkreis wird Professor Gmoser aufgrund seiner Untersuchungen, die er im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes durchgeführt hat, sprechen, über das zweite Thema Doktor Jankowitsch, der als österreichischer Botschafter bei der UNO und nunmehr bei der OECD in vielerlei Hinsicht mit den Problemen der Entwicklungsländer befaßt war und ist.

Die für uns wichtige und naheliegende Frage ist aber dann: „Wie kann sich die österreichische Wirtschaft bei einer Verringerung des Wachstums auf einem Gleichgewichtspfad bewegen, wie kann vor allem die hochrangig eingestufte Vollbeschäftigung — insbesondere für die Jugend — erhalten werden?" Wir haben diese Frage Professor Seidel anvertraut. Die Kritik am Wirtschaftswachstum schließt immer häufiger auch die Kritik an den großen Unternehmenseinheiten ein. Natürlich sind wir uns darüber im klaren, daß diese Kritik allenfalls gerechtfertigt ist, wenn es sich um gigantische Einheiten handelt, wie wir es in den USA finden. Die Frage ist: Wo ist in Österreich das Optimum zu finden? Dieses Problem versuchen wir in einem Zwiegespräch zwischen dem Vorstandsvorsitzenden der ÖIAG, Doktor Grünwald, und dem Leiter der STUDIA, Diplomingenieur Millendorfer, zu klären.

Der dritte Tag wird dann dem Problem der Wissenschaftsverdrossenheit gewidmet sein. In unseren Augen handelt es sich dabei um das beunruhigendste Phänomen: Um einen romantischen Rückschlag in Reaktion auf die Überschätzung der Leistungsfähigkeit der Wissenschaft — wir wollen bescheidenerweise einmal sagen, der nationalökonomischen Wissenschaft als Problemlösungskatalog der sechziger Jahre. Vielleicht überschätzen wir die Problemlösungsfähigkeit der Naturwissenschaften, aber wenn wir feststellen können, daß der Flug

zum Mond, die Landung und die Rückkehr tatsächlich gelungen sind, wenn wir feststellen können, daß Organtransplantationen möglich geworden sind, wenn wir feststellen, daß die Zähmung der Atombombe gelungen ist, dann können wir als Vertreter der Gesellschaftswissenschaften nicht umhin, neidlos anzuerkennen, daß, gemessen an unseren Problemlösungsfähigkeiten, die Naturwissenschaftler tatsächlich alles über kurz oder lang zustande bringen, was ihnen von der Gesellschaft an Aufgaben gestellt wird. Und es wird schwer sein, ein Beispiel dafür zu finden, für das der Ausspruch „Was heute nicht möglich war, wird wenigstens morgen möglich sein" nicht gilt.

Die schwierige Aufgabe, sich vom Standpunkt des Naturwissenschaftlers bzw. des Gesellschaftswissenschaftlers mit diesem Problem auseinanderzusetzen, haben die Professoren Koren, Mohr und Sontheimer übernommen. Und damit bleibt das schwierigste Problem für den Politologen übrig, uns zu sagen, wie die politischen Entscheidungen fallen; wie weit es möglich ist — im offensichtlichen Spannungsfeld zwischen Politikern und Experten —, zwischen dem Bestreben der Menschen mitzubestimmen und der Notwendigkeit, Planungen durchzuführen, einen gangbaren Weg zu finden; bzw. wie diese überaus divergierenden Aufgabenstellungen vereinbart werden können. Die Lösung dieses schwierigsten Problems haben wir dem Politiker und Dozenten Fischer aufgegeben.

Und nun darf ich der Tagung einen günstigen Verlauf wünschen. Sicherlich werden wir die Probleme nicht ganz ausleuchten und schon gar nicht lösen können, aber jedenfalls werden wir nachher auf einem höheren Wissensniveau stehend mit Sokrates sagen können: „Wir wissen, daß wir nichts wissen!"

Einstellungsveränderungen gegenüber Technik, Wirtschaftswachstum und Wissenschaft in den USA

Prof. Dr. Friedrich Hacker

Professor für Psychiatrie, Universität von Südkalifornien
Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien

BERICHT: MAG. GERTRUDE GUGERELL

Vermindertes Vertrauen in die Wissenschaft und ein damit zusammenhängender allgemeiner Autoritätsschwund aller etablierten Institutionen sind anhand von Ergebnissen der empirischen Sozialforschung in den USA zu erkennen. Im folgenden soll versucht werden, für diese Entwicklungstendenzen mögliche Erklärungen zu finden.

Öffentliche Kontrolle für die Verwendung von Wissenschaft

Durch Jahrzehnte waren die USA von einem allen Schichten gemeinsamen naiven Glauben an die nahezu unbeschränkte Problemlösungskapazität der „Wissenschaft" beherrscht. Die-

ser Vertrauenskredit bezog sich vor allem auf die „präzisen" Naturwissenschaften mit ihren scheinbar eindeutigen, empirisch erprobbaren Ergebnissen, während Geisteswissenschaften und besonders Psychologie und Psychiatrie ohnehin niemals in den Genuß dieses Vertrauensvorschusses gelangten. Im Geiste des Quantitäts- und Zahlenfetischismus wurde die Wissenschaft in der öffentlichen Meinung häufig mit Ergebnisgewißheit gleichgesetzt, als ob größere und tiefere Kenntnis eines bestimmten Feldes ganz bestimmte eindeutige Resultate gewährleiste. Dennoch zeigt die Entwicklung in allen Gebieten, daß Erkenntnisgewinn eher zur Verunsicherung und Vieldeutigkeit der wissenschaftlichen Ergebnisse führt, so daß Wissenschaft im allgemeinen lediglich bessere Informationsvoraussetzungen auf höherer Ebene schafft, aber keine unmittelbar oder gar automatisch ablesbaren Resultate. Dennoch wurde in der öffentlichen Meinung immer wieder angenommen, daß grundsätzlich eine wissenschaftliche Lösung für alle wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und menschlichen Probleme bei ausreichender wissenschaftlicher Information und unter Voraussetzung des entsprechenden Einsatzes und der Integrität der Wissenschaftler (ihrer Selbstlosigkeit und Objektivität) gefunden werden könne. Der heute dagegen besonders von jungen Leuten geäußerte Wissenschaftsskeptizismus bezieht sich sogar gegenwärtig weniger auf die wissenschaftlichen Methoden oder die wissenschaftlichen Ergebnisse als vielmehr auf die Verwendung dieser Resultate durch die Gesellschaft.

Die Bedenken bezüglich sozialer Konsequenzen wissenschaftlicher Entdeckungen haben mit der Entwicklung der Atomwaffen, den Möglichkeiten genetischer Manipulationen durch die Fortschritte der Molekularbiologie, den umweltverschmutzenden und karzinogenen Effekten neuer Produkte und den tatsächlichen und möglichen Anwendungen elektronischer Erfindungen als Instrumente sozialer Kontrolle zugenommen. Die Politisierung wissenschaftlicher Themen war der Anlaß, daß eine breitere Öffentlichkeit sich betroffen und vielfach berufen

fühlte mitzureden. Es entstand die Forderung, Risken und Nutzen potentiell gefährlicher, wissenschaftlicher Forschung nicht ausschließlich von den Wissenschaftlern abwägen zu lassen, umso mehr, als das Entgleiten der Kontrolle über gewisse Entwicklungen und das unvermutete Auftreten von Eigendynamik Zauberlehrlingsfurcht zu bestätigen scheint. Der Ruf nach öffentlicher Kontrolle steht dem Wunsch nach wissenschaftlicher Autonomie gegenüber. Neben der Kontrolle von Forschungsergebnissen steht vor allem ein zweiter Aspekt in Diskussion: Die Vorstellung vom objektiv und selbstlos im Interesse der Allgemeinheit tätigen Wissenschaftler ist plötzlich ins Wanken geraten. Im Zusammenhang mit einem später noch zu erklärenden allgemeinen Mißtrauen gegenüber Institutionen wird nun plötzlich die Korrumpierbarkeit der Wissenschaftler, ihr Verfolgen von Eigeninteressen kritisiert. Die Vorstellung vom absoluten Wert scheinbar selbstloser, objektiver und objektivierbarer Erkenntnis, so unrealistisch sie auch gewesen sein mag, schlägt nun plötzlich in Totalmißtrauen und universalen Relativismus um. Diese Haltungen beziehen sich sowohl auf Personen als auch auf Begriffe, wie Wissenschaft und Technologie, die selten streng unterschieden werden.

Entgegen dem durch lautstarke Proteste erweckten Eindruck ist auch die amerikanische Jugend in ihrer Majorität nur partiell und bedingt „antitechnologisch". Fest steht jedoch, daß die Sympathie der Studenten für Technologie (die übrigens regelmäßig mit Wissenschaft und Fortschritt überhaupt in einen Topf geworfen wird) abgenommen hat, weil diese Kritiker nicht mehr auf die Wirksamkeit der Technologie bei der Lösung sozialer und moralischer Probleme vertrauen. Der amerikanische Glaube, daß alle auftretenden Fragen mit „höherer Mathematik" bewältigbar seien, ist einem Bewußtsein von den Kosten und Gefahren der Technologie gewichen, der blinde Fortschrittsoptimismus zerstört worden. Meinten noch im Jahre 1963 85% aller Befragten, Technologie verbessere das Leben (und 8%, sie verschlechtere es), sind heute die Prozentsätze beinahe umgekehrt.

Mißtrauen gegenüber Institutionen als Ergebnis politischer Erfahrungen

Das geschwundene Vertrauen in die Wissenschaft ist zum Teil Ergebnis eines viel allgemeineren Mißtrauens gegenüber etablierten Institutionen. Die Hierarchie der Werte ist zwar nach wie vor unverändert, Wissenschaft genießt noch immer größeres Vertrauen als Politik oder Wirtschaft, dennoch ist das Ausmaß des Einstellungswandels bemerkenswert. Eine Analyse von Befragungsergebnissen seit den dreißiger Jahren zeigt — ausgehend vom Pessimismus der großen Depression — eine zunehmende Zufriedenheit über die gesellschaftliche Entwicklung und hohe Akzeptanz des politischen Systems.

Diese Entwicklung wird zum Teil durch den zunehmenden Wohlstand erklärt. Die frühen sechziger Jahre dürften den Höhepunkt in der Identifikation mit den Institutionen der amerikanischen Gesellschaft darstellen, zumindest wie sie sich in den Meinungsumfragen äußert. Das Engagement der USA in Indochina, die Anti-Vietnambewegung und die Organisierung sozial benachteiligter Gruppen, wie z. B. Schwarzer und Frauen, und Mitte der siebziger Jahre die Watergate-Affäre, ließen den Stolz der Amerikaner auf ihr Land deutlich schwinden. So nahm beispielsweise das Vertrauen in die Regierung von ca. 80% in den späten fünfziger Jahren auf 33% im Jahre 1976 ab. In die Wirtschaft, sprich Unternehmen, wird statt von 70% in den späten sechziger Jahren nur mehr von etwa 15% der Befragten Vertrauen gesetzt. Geklagt wird vor allem, daß etwas „moralisch" nicht stimme in diesem Land (eine für Amerikaner nicht untypische, dennoch zur Analyse gesellschaftspolitischer Entwicklungen nur wenig geeignete Kategorie). Bemerkenswert ist, daß sich Mitte der sechziger Jahre nur etwa ein Drittel der Befragten isoliert und ausgeschlossen vom politischen Prozeß fühlte, 10 Jahre später war es bereits eine Zwei-Drittel-Mehrheit, die das Gefühl hatte, daß das, was sie denkt, nicht wirklich zählt. Regierung, Unternehmer und Gewerkschaftsorganisationen werden gleichermaßen kritisiert, wobei vor

allem Machtkonzentration und primäre Motivation durch Eigeninteressen hervorgehoben werden.

Erhebungen des Michigan-Survey-Research-Centers zeigen für den Zeitraum 1964 bis 1972 nicht ein abruptes, sondern ein stetig abnehmendes Vertrauen in das politische System. Nach einer leichten Besserung der Indikatoren in den Jahren 1972 und 1973 (Verminderung des Engagements der USA in Vietnam und eine prosperierende Wirtschaft) zeigt sich für die Jahre 1973 bis 1976 (Watergate, Aufdeckung von Korruption in anderen Institutionen, Energiekrise und stärkste Rezession seit den dreißiger Jahren) ein neuerlicher Vertrauensabfall. Nach dem absoluten Tiefpunkt der Stimmung zu Jahresbeginn 1976 machte der Amtsantritt Präsident Carters im Jahre 1977 die Bevölkerung wieder etwas optimistischer, allerdings nicht länger als für ein Jahr.

In der öffentlichen Meinung der USA werden allgemeine soziale und wirtschaftliche Probleme personalisiert (siehe Begriff der „falschen Personalisierung") und „psychologisiert", d. h., schlechten Führern oder korrupten Machthabern wird die Schuld für unerfreuliche Entwicklungen gegeben. Amerikaner wurden dadurch ungewöhnlich empfänglich für Verschwörungstheorien. Diese Problemsicht hat jedoch gleichzeitig einen systemstabilisierenden Effekt. Die zunehmend kritische Position gegenüber dem Verhalten politischer und ökonomischer Institutionen hat nämlich nicht dazu geführt, daß die Leute die Hoffnungen in bzw. die Identifikation mit dem System verloren haben, als wäre das System etwas, das man von den Institutionen und Personen, die es erhalten, ablösen könnte. Nicht nur, daß in den USA — wohl als einzigem westlichen Industrieland — weder eine Arbeiter- noch eine sozialistische Partei im Parlament vertreten ist, ist auch die Gewerkschaftsbewegung viel schwächer als in anderen Ländern: Während der Organisationsgrad der Arbeiter in Nordeuropa im Durchschnitt über 50% liegt, hat sich der Prozentsatz in den USA von 30% zu Beginn der dreißiger Jahre auf ca. 20% reduziert. Die beträchtliche Unterstützung für das gegen-

wärtige ökonomische System der Vereinigten Staaten und damit verbunden die geringe Popularität sozialistischer Ideen läßt sich auch durch Meinungsumfragen belegen. Als zu Jahresbeginn 1976 die Frage gestellt wurde: „Sind Sie für die Einführung des Sozialismus in den USA?" antworteten 10% mit ja, 62% mit nein und 27% waren unentschieden[1]). Das Ergebnis der Befragung ist jedoch angesichts der herrschenden Meinungsbildung via Medien kaum erstaunlich. Diese Haltung kommt in folgendem Zitat von Ralph Nader, einem bekannten Konsumentenanwalt, besonders prägnant zum Ausdruck: „Schlechter als ein Auto von General Motors ist nur eines, das die Regierung baut." Trotz geringen Vertrauens in den Staat nimmt paradoxerweise (und nur psychologisch erklärbar) die Forderung nach Staatsinterventionen gerade in Krisenzeiten zu, wie das Beispiel der jüngsten Versorgungsengpässe bei Benzin in den USA beweist. Meinungsumfragen in den Jahren 1975, 1976 und 1977 ergaben, daß mehr als 90% der Befragten der Aussage zustimmten: „Wir müssen darauf gefaßt sein, Opfer zu bringen, wenn es notwendig sein sollte, um das System des freien Wettbewerbs zu erhalten." Ca. drei Viertel der Befragten lehnten die Ansicht ab: „Es wäre besser für das Land, wenn die großen Unternehmungen von der Regierung übernommen würden, wie dies in einigen europäischen Ländern der Fall ist."

Eine Analyse der Unterstützung des Unternehmertums nach politischer Selbsteinschätzung der Befragten zeigt folgendes: Während Liberale und Sympathisanten der Demokratischen Partei in der Regel deutlich „anti-business" eingestellt sind, ist es bei Konservativen und Sympathisanten der Republikanischen Partei gerade umgekehrt. Die Ablehnung des Unternehmertums durch die Liberalen hat eine jahrzehntelange Tradition. Kritisiert wurde vor allem, daß Unternehmer Arbeiter unterdrücken, anti-gewerkschaftlich und wettbewerbsfeind-

---

[1]) Abgesehen von der Problematik der Fragestellung liegen auch keine vergleichbaren Antworten aus anderen Ländern vor.

lich seien. Ein neuer Aspekt dieser Kritik ist, „business“ mit reaktionären sozialen Werten zu identifizieren: Multinationale Unternehmungen seien eine Bedrohung für die Weltwirtschaft geworden, „business“ habe bei politischer Korruption eine Rolle gespielt und Unternehmer strebten Wirtschaftswachstum unbeschadet beliebig hoher sozialer Kosten, wie z. B. Luftverschmutzung und Zerstörung der Umwelt, an.

Ursachen und Zerstörung des amerikanischen Traums

Unter dem Motto „The sky is the limit“ drückte sich der für Amerika angeblich charakteristische unkritische Fortschrittsoptimismus in der ungeprüften Annahme aus, daß mit zunehmender Erkenntnis ständiges, stetiges Wachstum das Lebensgesetz für technologische, politische, wirtschaftliche und menschliche Entwicklungen sei.

Mit dieser Vorstellung war die Erwartung verbunden, daß Fortschritt in der Welt außerhalb Amerikas bedeute, daß diese Welt automatisch und selbstverständlich immer „amerikanischer“ werden müsse (einseitige Konvergenz). Das von Max Weber als säkularisierte Religion mit Zwang zur ständigen Expansion bezeichnete technologische Ethos assoziiert Wachstum und Konsum als grundsätzlich positive (natürliche und daher unwiderstehliche) Entwicklungen mit unbeschränkter Expansion, die Großzügigkeit, Verschwendung und den Luxus, sich alles Erdenkliche auch leisten zu können, als natürliche Existenzbedingung und Lebensrecht annahm. Die Vorstellung, daß das Gemeinwohl automatisch und selbstverständlich (wie durch das Walten einer unsichtbaren Hand) individuelles und kollektives, wirtschaftliches und politisches Handeln regelt, verrät eine Europäer merkwürdig anmutende Naivität, macht aber erst verständlich, warum zum Beispiel die Watergate-Affäre einen derartigen Kulturschock auslösen konnte, oder warum sich die Erkenntnis, daß auch Wissenschaftler (ebenso wie Politiker, Wirtschaftskapitäne usw.) fehlbare Menschen

sind, die auch ihre eigenen egoistischen Interessen verfolgen, erst allmählich ausbreitete.

Den naiven Optimismus hat eine tiefe Malaise abgelöst: Die Gesellschaft fühlt sich verängstigt und bedroht; sie ist zweifellos gestört und wenn schon nicht als krank, so doch zumindest als hypochondrisch anzusehen. Allgemein fühlt man sich betrogen und hintergangen; auf den Rausch der Explosion von Erwartungsvorstellungen folgte die gereizte Enttäuschung und Wut über unerfüllt gebliebene Versprechungen. Wissenschaft und Technologie wurden von automatisch emanzipierenden Befreiungsmitteln in bestimmten Bereichen zur fatalen Bedrohung, die erbitterte Ablehnung und organisierten Widerstand hervorruft. Als Reaktion auf diese Entwicklung ist heute wieder der resignative Rückzug in den eigenen Garten, auf das „kleine Glück" und das überschaubare, kontrollierbare Leben in den Vordergrund getreten; ein angesichts der Schattenseiten des Lebens in den Großstädten verständlicher Wunsch, der allerdings neben den antiurbanistischen Elementen auch resignative, egoistische und antiintellektuelle sowie deutlich romantische Züge trägt. „Small is beautiful" geworden im Gegensatz zur großen, häßlichen und gefährlichen Technologie. Noch häufiger jedoch führt der in Technologieverdrossenheit manifest werdende Meinungsumschwung zu totalem, paranoidem Mißtrauen, verbunden mit dem Gefühl, sich jetzt gesellschaftlich überhaupt nichts mehr leisten zu können. Statt vernünftigerweise mit beschränkten Ressourcen hauszuhalten und zu sparen, verbreitet sich die Stimmung (eher als eine bestimmte Meinung oder Anschauung), daß die gesellschaftlichen Folgen einer Mangelgesellschaft, die soeben durch wissenschaftliche und technologische Entwicklungen in eine Überflußgesellschaft verwandelt würde, die eminenten Heilmittel und Patentrezepte für die Schwierigkeiten dieser angeblich wissenschaftlich verantworteten Überflußgesellschaft seien. Eine romantisch konzipierte Neomangelgesellschaft soll in dieser Stimmung, nach Abbau sozialstaatlicher Leistungen, die persönliche Verantwortlichkeit wiederherstellen, durch Tolerierung von Arbeitslosig-

keit die Arbeitsmoral heben und notfalls durch militärische Interventionen das angeblich gestörte gerechte Gleichgewicht wiederherstellen. Aus offensichtlichen Gründen, die hier allerdings im Detail nicht behandelt werden können, scheint diese Entwicklung, so verständlich sie auch sein möge, dennoch durchaus gefährlich, wenn auch eben wegen des wissenschaftlich und gesellschaftlich erreichten Erkenntnisstandes politische und wirtschaftliche Alternativen zu diesen Panik- und Kurzschlußreaktionen naheliegen.

Offensichtlich ist es gerade im gegenwärtigen Entwicklungsstadium notwendig, sich der Gefahren und Kosten technologischer Entwicklung des Wirtschafts- und Sozialstaatswachstums und der damit eng verbundenen politischen Systeme bewußt zu werden, wozu vor allem auch eine kritische Berichterstattung in den Medien Voraussetzung ist. Die aufgezeigten Einstellungsänderungen, die sich besonders in Amerika sehr deutlich abzeichnen, sollten nicht ignoriert werden, sind sie doch ein Beispiel dafür, wie Menschen, die lange Zeit mit einem falschen Bewußtsein von der unwiderstehlichen Dynamik und Fortschrittsautomatik ihrer Gesellschaft lebten, radikal verunsichert werden können, regressiv in den Glauben an eine Verhängnisautomatik (mit Abgrundmystik) zurückfallen und damit neuerlich unfähig werden, ihre Institutionen vernünftig zu verändern und ihr eigenes Schicksal zu gestalten. Nicht die Flucht vor der häßlichen Gesellschaft in den Romantizismus einer Neomangelgesellschaft ist der Ausweg, sondern die Umformung dieser Gesellschaft in eine menschlichere und bessere, durch kritisch geprüfte wissenschaftliche Methoden und darauf beruhende gesellschaftliche Handlungen.

Die Kosten des Fortschritts

Soziale und psychologische Folgen der Modernisierung

Prof. Dr. Gerhard Schmidtchen

Ordinarius für Sozialpsychologie und Soziologie an der Universität Zürich

In hochentwickelten Gesellschaften löst sich bei sinkenden Wachstumsraten der Zielkonsens auf. Ein auf Wissenschafts- und Technologiegläubigkeit gestützter Fortschrittsoptimismus verliert angesichts von Entwicklungsgrenzen seine motivierende Kraft. Den Bewußtseinszustand, der nun anbricht, kann man kaum als Skeptizismus bezeichnen, denn der würde ja fast schon eine Lösung der Orientierungskrise mit sich bringen: Gewißheit im Negativen. Die Zielfindungskrise fortgeschrittener pluralistischer Gesellschaftssysteme ist in ihrer Struktur komplizierter und in der Mischung der Motive unheilträchtiger als es ein heiterer, humaner, alexandrinischer Skeptizismus je sein könnte.

Das Verhältnis zum Fortschritt ist in eine Zone quälender Ambivalenz geraten. Man glaubt an medizinische und technische Wunder, Mehrheiten glauben an die Heilbarkeit heute noch unheilbarer Krankheiten, an ein leichteres Leben durch Technik, man glaubt an die Omnipotenz der Organisationswissenschaft und Informationstechnologie, aber eben auch an die unbegrenzte Manipulierbarkeit. Weitere Fortschritte der Wissenschaft hält man für möglich, aber keine Fortschritte der

Sozialorganisation. Man glaubt nicht daran, daß die menschlichen Beziehungen sich verbessern. Eines Tages, so meint eine große Mehrheit, werde der technische Fortschritt mehr schaden als nützen.

Der Satz, daß die Menschen zwar reicher, aber nicht glücklicher werden, überzeugt nahezu alle. Dieses Unbehagen am Fortschritt wurde in einem Lande gemessen, dessen Entwicklungsniveau mit ebenso eindrucksvollem Pessimismus einhergeht, in der Schweiz. Zwei Drittel stehen dem Gedanken an weiteren Fortschritt überwiegend mit kritischer Besorgnis gegenüber. Ein Fünftel ist schwankend, ambivalent, sieht genauso viele Vorteile wie Nachteile, wenn wir so weitermachen wie jetzt. Und eine fast schon sektiererisch wirkende Gruppe von 13 Prozent vermochte sich den Glauben an die Segnungen des Fortschritts nahezu unbeschädigt zu bewahren[1]).

In der Bundesrepublik dürften die Verhältnisse ähnlich sein.

Wie sind die Strukturen der Gesellschaftssysteme beschaffen, die Güterfülle, Sozialgesetze und Pessimismus produzieren? Der Argwohn gegenüber dem Fortschritt ist nicht nur eine bloße Spiegelung der Nachrichtenlage, sondern auch die Rückmeldung von Erfahrungen, die der einzelne im wirtschaftlichen, im politischen Alltag und in den menschlichen Begegnungen machen kann.

Irrationale Aspekte einer rationalen Gesellschaftsorganisation

Moderne Gesellschaftssysteme verstehen sich als Exekutivorgane der Aufklärung und versuchen, sich durch ihre Aufklärungsleistung zu legitimieren. Die Verfassungen tragen die Handschrift der französischen Revolution. Menschenrechte

---

[1]) Vgl. G. Schmidtchen: „Bildungspolitik aus der Sicht der Stimmbürger", Bern 1979.

sollen nicht gnädig gewährt, sondern Freiheit soll praktisch werden durch Institutionalisierung der Vernunft. In der Republik sollte die Vernunft handlungsfähig, autonom werden, und in den Wissenschaften sollte Vernunft ihre Herrschaftsfähigkeit erweisen.

Eine Gesellschaft, die Menschenrechte verwirklichen will, muß Diskriminierung vereiteln und Meinungsfreiheit garantieren. Diese beiden Verfassungsgarantien haben organisatorische Auswirkungen für die Gesellschaft. Ämter und Berufsrollen dürfen nur nach anerkannten Leistungskriterien vergeben werden, nicht nach Gesichtspunkten, für die der einzelne nichts kann, sei es Hautfarbe, Geschlecht oder Konfession. Das Antidiskriminationspostulat der Verfassungen läuft auf das Verbot der Verwendung gekoppelter Organisationskriterien hinaus. Organisation hat eindimensional zu erfolgen, nach Kompetenz, und Kompetenz muß nach einem transparenten Verfahren erwerbbar sein.

Meinungsfreiheit setzt den verfassungsmäßigen Verzicht des Staates auf Wahrheitskontrolle voraus. Beide Organisationskriterien führen zu einer pluralistischen demokratischen Gesellschaft. Sie besteht aus zahlreichen Subsystemen mit autonomer Wissensproduktion. Je differenzierter die Aufgabenverteilung in der Gesellschaft, je großräumiger die Interaktionsgefüge, desto eher werden primitiv autarke Gruppen aufgelöst, die alles für ihre Mitglieder besorgen und diese kontrollieren.

Die Organisationsstrukturen selbst werden damit arbeitsteilig. Moderne Gesellschaftssysteme sind durch sektorielle Organisationen charakterisiert, die jeweils nur ein Teilthema der gesamten Existenz bearbeiten, dies aber dann möglichst über die ganze Gesellschaft hinweg: Schule, Medizin, Wirtschaftsorganisation, politische Organisation, Recht, religiöse Institution usw. Jeder ist Mitglied in fast all diesen Organisationen, aber nur mit einem Teil seiner Zeit und somit auch nur mit einem Teil seiner Interessen, seiner Motivation.

Jeder dieser Sektoren übt sozialisierende Einflüsse aus. In der Regel nur lose koordiniert und oft widersprüchlich. Jede

dieser sektoriellen Organisationseinheiten entwickelt eigene Anschauungssysteme oder Ideologien, und zwar als Organisationsmittel selbst. Sogar innerhalb einer einzigen Organisation ist diese Tendenz zur Differenzierung der Anschauungen zu beobachten. Kirchliche Dienste zum Beispiel tendieren zu eigenen Theologien, um sich über ihren Auftrag verständigen und ihn nach außen darstellen zu können.

Selbstverständlich, daß auch Gewerkschaften und Unternehmer eigene Theorien oder Doktrinen entwickeln, die der Erhaltung der Organisation und ihrer Entscheidungsfähigkeit dienen.

Multiple und das heißt zugleich heterogene Sozialisation ist das Schicksal der Menschen in einer pluralistischen Gesellschaft. Während die sektoriellen Organisationen in ihren Anschauungssystemen großenteils konsistent bleiben, geht es in den Köpfen der einzelnen synkretistisch zu. Dies ist nicht nur eine Quelle unseres Orientierungsweltschmerzes, nicht mehr zu wissen, was richtig ist, sondern kann zu Störungen der Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit führen. Symptomatisch für diese Gesellschaftsstruktur ist die Daueraktualität der Sinnfrage, die jedoch mit merkwürdiger Antriebsschwäche diskutiert wird, so als fürchte man sich vor den Folgen entschiedener Antworten. Dieser Zustand ist keineswegs desolat. Zu partikuläre und starre Sinndefinitionen können die Interaktionsfähigkeit und die Mobilität herabsetzen. Sinnsuche macht sensibel für Meinungsmärkte und Stilbildungen.

Wir leben in einem Wirtschaftssystem, in dem sich Machtpotentiale über Meinungsmärkte entfalten lassen. Im politischen System führen, seiner Rationalität folgend, Meinungsänderungen zu Machtverschiebungen. So gesehen ist ein leicht desorganisiertes Bewußtsein, sind Widersprüchlichkeit und Ambivalenz systemkonform. Sie stören das System nicht, im Gegenteil. Verhaltenssicherheit, wie sie in hochspezialisierten Berufen und in komplizierten Interaktionsnetzen notwendig ist, wird nicht über die Konsistenz von Anschauungssystemen vermittelt, sondern durch Rollenanforderungen. Hier werden

Signale und Verständigungssysteme entwickelt, die jedes darüber hinausgehende Denken zur Privatsache machen, also irrelevant. Foolproof wird der einzelne in Anspruch genommen durch die mächtigsten Organisationen: Schule, Beruf und zeitweise Militär. Er wird dafür mit Sicherheit belohnt und, wenn es sich gut trifft, mit Selbstgefühl. Es ist verständlich, wenn Menschen unter solchen Voraussetzungen aufhören zu denken. Damit stehen wir einem ersten Aufklärungsparadox gegenüber: In jenen Strukturen, die Vernunft befreien sollten, geht Vernunft unter.

Orientierungsschwäche kann sich positiv als Offenheit, Vorurteilslosigkeit, Aufgeschlossenheit für das Neue manifestieren und zur gleichen Zeit kann sie negativ symptomatisch werden in der Verführbarkeit durch Stichworte, Patentrezepte und Ideologien, die zum Regreß einladen: Eine einfache und zudem affektiv erlebnisreiche Orientierung scheint plötzlich möglich. Man kommt sich aufgeschlossen vor und verfügt zugleich über den ganzen Komfort eines Vorurteils. Solche, in gewisser Weise für den Diagnostiker der Zeit perfiden Symptome finden wir in den Debatten über Umwelt, Energie und Fremdarbeiter.

Ein großer Teil unseres Konsensbedarfs wird durch Entdifferenzierung des Denkens gedeckt. Dies widerspricht nicht der Tatsache, daß wir eine hochdifferenzierte Industrie- und Verwaltungskultur haben. Im Bereich und unter der Kontrolle von Institutionen bleibt das Denken hochdifferenziert, Differenzierungen werden belohnt, zu einfache Lösungen bestraft. Aber außerhalb dieses Kontrollbereiches der Institutionen sind die Experten, seien es Fakultätsmitglieder, Vorstandsmitglieder, Chemiefacharbeiter oder medizinische Koryphäen, Priester oder Piloten, sofort zu affektiven Urteilen und Reaktionen bereit. Die technologische Differenziertheit und Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft ist also kein Maßstab für ihre öffentliche Vernunft, für ihren Common sense. Eine so verfaßte Sozialorganisation belohnt die Menschen mit dem, was sie ursprünglich wollten, mit Güterfülle und Mobilität. Die organisatorisch

neu geschaffenen Interaktionsgefüge sind von einer geschichtlich noch nie dagewesenen Produktivität. Neue Pläne können jederzeit durch Herstellung neuer Zentren der Interaktionsdichte verwirklicht werden.

Die Ressourcensteigerung der Gesellschaft hat eine so ungewöhnliche Höhe und Mächtigkeit erreicht, daß insbesondere die jüngere Generation darüber zu vergessen scheint, daß wir in einer Welt der Knappheit, also der Endlichkeit leben, und daß der Traum von der Gesellschaft, die alles vermag, nicht Aufklärung ist, sondern Religionsersatz, und zwar unterhalb des Rationalitätsniveaus der Hochreligionen.

Der neue Reichtum der Gesellschaft hat viele Probleme gelöst. An Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung ist kein Mangel, sondern vielleicht eher von beidem zuviel. Die Wohnungen sind besser, die soziale Sicherung gut ausgebaut, die Freizeit verlängert, die Ferienreise, möglichst ins Ausland, wurde zur kulturellen Norm. Aber dieser Reichtum hat alte Probleme verschärft hervortreten lassen und neue Problemlagen eröffnet, für die es kaum überzeugende Behandlungskonzepte gibt.

Verschärfung alter Probleme: Mit dem Wohlstand steigt, für einige ältere Kriminologen wider erwarten, die Kriminalitätsrate. Das ist verständlich. Die Ziele werden attraktiver und die Mittel, eine kriminelle Handlung auszuführen, stehen und liegen gleichsam überall herum. Fuhr früher in den zwanziger Jahren der Einbrecher normalerweise mit dem Fahrrad zur Arbeit, tut er es heute kaum unter einem gestohlenen Alfa Romeo. Nur die ganz avancierten fahren mit sehr unauffälligen Autos. Die Branche ist erfolgreich. In Zürich steigen die jährlichen Deliktsummen schneller als das Sozialprodukt. Das ist ein Problem, das man allein mit polizeilicher Kontrolle nicht lösen kann. Die Aufklärungsrate beträgt vielleicht 25 Prozent. Eine Gesellschaft sozialisiert nicht nur, sie desozialisiert auch. Die steigende Kriminalitätsrate ist auch ein Ausdruck sich ausbreitender desozialisierender Bedingungen. Dies dürfte zur

Zeit ein größeres Problem sein, als das einer Überanpassung an gesellschaftliche Normen.

Neu ist das Problem der rasch sinkenden Geburtenziffer. Die Möglichkeit der hormonalen Empfängnisverhütung, also die Ausschaltung der List der Natur, bringt das Reproduktionsgeschehen unter die Herrschaft individualistischer Motive. Diese sind gekennzeichnet durch eine tiefgreifende Desozialisation der Elternrolle. Andere Lebensformen als Vater und Mutter zu spielen, der Wunsch nach Bindungslosigkeit, das Freiheitsgefühl im Partnerwechsel, das Bedürfnis vieler junger Frauen, sich durch Bildung einen selbständigen Beruf aufzubauen, lassen Emanzipation in Kinderfeindlichkeit münden. Von vielen werden Kinder also offenbar nur unter Belastungsgesichtspunkten betrachtet. Junge Frauen und junge Männer haben Angst, daß sie sich und ihr Leben nicht mehr akzeptieren können, wenn sie Kinder haben, daß sie damit gleichsam kulturell rückständig werden. Die Pille ist nicht schuld, sie hat nur das Elend unseres moralischen Verständigungssystems ins Licht gerückt.

Über Jahrzehnte hinweg geführte Untersuchungen zeigen, daß die Zahl der Menschen, die im Einklang mit sich und der Umwelt leben, die glücklich sind, mit etwa einem Drittel der Bevölkerung unbeirrbar konstant bleibt. Wenn die Menschen reicher, aber nicht glücklicher werden, so bedeutet dies, daß die Wohlfahrtsfunktion des Sozialproduktes sinkt.

Wir beobachten heute, daß die meisten Menschen mit einer nur schwach wachsenden, fast stagnierenden Wirtschaft am zufriedendsten wären. Einer der Gründe dafür ist, daß in der stagnierenden Wirtschaft die Wohlfahrtsfunktion nicht mehr sinkt. Bei sinkender Umsetzung des Sozialproduktes in Wohlfahrt wird ein hohes Arbeitsethos irrational. Wozu soll man hart arbeiten, wenn die Belohnungen ausbleiben und wenn vielleicht über die Umweltbelastungen die Enkel in schlechte Verhältnisse hineinproduziert werden? So beobachten wir empirisch ein deutliches Absinken der Arbeitsmoral, auch in den früher hochmotivierten Schichten.

Wir leben in einer Gesellschaft, die mehr Wissen produziert, als das technische und soziale System verarbeiten können. Die Wissensproduktion steigt schneller als die Güterproduktion. Damit wird die Frage aktuell, ob Bildung überhaupt noch Fortschritt verheißt. Bildungsmüdigkeit und Wissenschaftsfeindlichkeit greifen um sich. Je größer der Fortschrittspessimismus, desto zurückhaltender ist die Einstellung der Bevölkerung zur Bildung. Arbeitslose Akademiker sind keine Bildungswerbung.

Dies sind in Grundzügen die Strukturen eines zwar starken, aber von Problemen gerittenen Gesellschaftssystems. Wie wird der einzelne, wie werden gesellschaftliche Gruppen und das politische System mit eben diesen Stärken und Defiziten fertig? Wir stehen vor der Frage einer sozialpsychologischen Beurteilung der Folgen.

Antinomien der Aufklärung

Verlust der Gemeinschaft

Wenn man Menschen fragt, wovon es eigentlich abhinge, ob man oben oder unten in der Sozialhierarchie steht, werden vor allem drei Dinge genannt: Besitz und Verdienst, Startbedingungen, gute Schulbildung.

Fragt man jedoch weiter, wovon das Oben und Unten eigentlich abhängen solle, so antworten sie in den folgenden drei Wendungen: Rechtschaffenheit, wieviel jemand für andere, die Gemeinschaft tue und ob jemand ein liebenswürdiger, freundlicher Mensch sei.

Dies sind ausgesprochene Gemeinschaftstugenden. Und offenkundig sehnen sich die Menschen danach, nur haben leider diese Tugenden in unserer Gesellschaft keinen Rang. Das bedeutet aber, daß die soziale Schichtung, im wesentlichen nach Kompetenzkriterien und Erfolg im Wettbewerb gebildet, als humanitär weitgehend illegitim befunden wird. Status und Moral treten auseinander. Gemeinschaft wird ermöglicht durch

Handlungstranszendenz. D. h., die Handlung wird nicht auf einen unmittelbaren Interaktionspartner oder auf die unmittelbar erhältliche Belohnung bezogen, sondern auf etwas Übergeordnetes, Transpersonales. Zur vollständigen Interaktionsepisode, z. B. der Hilfeleistung, gehören ja nicht nur die helfenden Handgriffe oder die helfende Entscheidung, das Danke des Empfängers, sondern auch der Bezug beider auf ein Gemeinschaftsverständnis, indem sie sich akzeptieren können, ohne also in dieser Episode einerseits eine Abwertung, andererseits eine Aufwertung durch die Hilfeleistung erleben zu müssen.

Das den unmittelbaren Zweck- und Belohnungszusammenhang transzendierende Handeln kann man als Investition in die Gemeinschaft, gleichsam als eine Investition in ihren moralischen Fonds, bezeichnen. Das vielleicht einfachste und eindrucksvollste Beispiel ist das Bild einer Mutter, die ihr Kind unter Mühsal und Opfern großzieht und nicht danach fragt, ob es sich für sie lohnt.

Eine auf Naturbeherrschung und hohe Produktivität ausgelegte Gesellschaft hat die Tendenz, Gemeinschaften aufzulösen, u. zw. nicht nur als konkrete gegebene Gruppen, sondern in ihrem geistig-moralischen Konzept. Große Lebensaufgaben werden nicht mehr gesehen. Der Verlust einer überpersönlichen Beziehung zur Gemeinschaft, die Unfähigkeit, nach anderen als den unmittelbaren Belohnungen zu fragen, reduziert das Personsein auf den Konsum von Erlebnisepisoden — hauptsächlich in den Dimensionen von Reise und Sexualität —, oder es werden manipulierte Erlebnisse mit Drogen und Alkohol angestrebt. Die reduzierte Person der Konsuminnerlichkeit, eine Person ohne eigentliche soziale Dimension, ohne den Aspekt der Bewährung, also den Bezug auf andere, konsumiert am Ende sich selbst.

Bloße Erlebnisserien sind keine guten Bausteine für ein Personsystem, keine Basis für eine solide und positive Selbstbewertung. Diese Art der Sinnsuche muß mit Enttäuschungen enden, nach denen sich die Frage nach dem Sinngefüge, d. h.

zugleich dem sozialen Handlungsgefüge der Person, nur noch radikaler stellt. Wir haben viel Gesellschaft und wenig Gemeinschaft.

Depersonalisation statt Emanzipation

In unserem Jahrhundert hat eine wesentliche Verschiebung von einer individuellen zu einer gesellschaftlichen Attribution stattgefunden, d. h., Ursachen für Ereignisse und Handlungen werden immer weniger der einzelnen Person und immer mehr der Gesellschaft zugeschrieben. Damit verschiebt sich auch das Problem der Verantwortung. Die zur Emanzipation strebende Person hat gleichsam eine Theorie ihrer eigenen Depersonalisation entworfen.

Insbesondere negativ empfundene Ereignisse werden gerne allgemeinen gesellschaftlichen Ursachen zugeschrieben, wobei der Kausalitätsregreß dann in der Regel nach psychoanalytischem Modell bis in die Kindheit, d. h. bis zur Generation der Eltern, läuft. Typisch ist die folgende Klientenepisode bei einem Psychiater: Eine besorgte Mutter bringt ihre etwas übergewichtige Tochter zur psychiatrischen Behandlung. Ehe beide überhaupt die Türklinke berührt haben, weiß er bereits, wo die Ursachen des Unglücks zu suchen sind. Im Elternhaus. Alsbald begann dann auch die Analyse der Eltern, mit der bald folgenden Empfehlung, die Ehe, die jedermann sonst für glücklich hielt, doch scheiden zu lassen, wegen der dort herrschenden Suppressionsverhältnisse. Die nähere Analyse der Ehefrau ergab in kunstvoll schnellem Zugriff des Psychiaters den Befund, daß deren Mutter schuld an ihrer Misere sei. Leider konnte in diesem Falle der Behandlungsregreß nicht weitergeführt werden, weil die Großmutter schon unter der Erde lag.

Ich bin der Auffassung, daß neue Erlebnisse therapeutisch richtiger sind als die endlose Beschäftigung mit der persönlichen Vergangenheit, die auf diese Weise etwas Phantomhaftes erhalten kann.

Die Attribuierung aller negativen Ereignisse auf die Gesellschaft hat nicht nur Konsequenzen für Politik und Gesellschaftsbild, sondern auch für den Akteur selbst. Er wird wehleidig und unterschätzt in der Regel seine persönlichen Ressourcen. Hand in Hand damit geht die Vorstellung, daß Ansprüche nur noch über das politische System eingelöst werden können, das jedoch, im Dienste der falschen Gesellschaft, nur noch mit den radikalsten Mitteln in Bewegung gebracht werden kann. Dies würde die heute so häufig anzutreffende Mischung von Selbstmitleid und Radikalität erklären helfen.

Schrumpfung der Identität

Ein Akteur braucht nicht nur Informationen über seine Umwelt, über andere, sondern auch über sich selbst. Der Handelnde weiß oder vermutet etwas über sich selbst, wenn er sich in eine Interaktion hineinbegibt. Er sieht voraus, wie er reagieren wird, wie er anderen gegenüber am Ende dastehen möchte und dastehen wird. Identität ist eine Informationsmatrix zur Koordination des Akteurs mit seiner Umwelt.

Eine personale Identität kann nur so weit bestehen, wie das Gedächtnis des Akteurs reicht. Ein Mensch ohne Gedächtnis oder mit einer sonstwie zerstörten Identitätsmatrix kann nicht mehr koordiniert handeln, das zeigen die pathologischen Fälle der Depersonalisation. Es ist nicht gleichgültig, was man von sich weiß und von sich hält. Ein Übergewicht negativer Selbstbilder zerstört die Handlungsfähigkeit der Person. Sie gleitet ab in depressive Zustände. Je schmaler, zeitgenössischer und konkretistischer die Basis der Selbstzuschreibung, desto gefährdeter ist diese Identität, desto eingeengter die Handlungsmöglichkeiten der Person. Was in die Identität aufgenommen wird, hängt von verfügbaren Modellen und Informationen ab, vom kulturellen Reichtum. Eine komplexe Identität kann sich

nur an Referenzsystemen bilden, die es erlauben, Zuschreibungen aus einem sozialen System, z. B. nur aus dem Beruf, in einem allgemeineren Selbstkonzept aufzuheben. Dieses allgemeinere Selbstkonzept kann man nur über die kulturelle Tradition von humanitären Vorbildern erreichen und durch ein nach solchen Bildern gestaltetes Gemeinschaftshandeln.

Ein Albert Schweitzer wäre ohne eine religiöse Komponente seiner Identität nicht denkbar. Es sind diese Formen der Identität, mit denen man dem Druck der Tagesmeinungen und der Mehrheitsansichten Widerstand entgegensetzen kann, und die dazu beitragen können, den Akteur in Minderheitssituationen und bei Mißerfolgen nicht verzagen zu lassen. Eine komplexe, kulturell abgesicherte Identität ist wie eine Immunisierung gegen Wechselfälle des Schicksals.

Es scheint heute, als ob das im Zeichen der Humanität und der Aufklärung angetretene Wissenschaftssystem wesentliche Quellen für den Bau einer souveränen Identität verschütte.

Eine zu schmale, ohne Beziehung auf eine Gemeinschaft entwickelte Identität führt zu Störungen des sozialen Handlungsgefüges. Die Person, die ihr Identitätsfragment für das Ganze der Existenz hält, wird überempfindlich, kommt sich bedroht vor, tritt andererseits auftrumpfend auf, mißt ihr Personsein an Nebensächlichkeiten, z. B. ob man einen sozialen Raum auf der Straße behaupten kann, ob andere Platz machen, ob man mit dem Auto schneller an jemand anders vorbeifahren kann. Es entsteht eine Atmosphäre, in der verkümmerte Personen negative Bilder voneinander entwickeln. Sie können sich keine positiven Erfahrungen mehr vermitteln. Abermals sinkt die Chance, einen Gemeinschaftskonsens herstellen zu können. Hohe Empfindlichkeit gegenüber Fremdbewertung bei gleichzeitiger Unfähigkeit, die sozialen Konsequenzen des eigenen Verhaltens einzuschätzen, Unempfindlichkeit gegenüber anderen, der Zerfall der Höflichkeit sind symptomatisch. Unter den gegenwärtigen Bedingungen der sozialen und politischen Organisation verkümmern die Regeln, nach denen Menschen sich in ihrem Menschsein akzeptieren können.

Die rationale Gesellschaft entwickelt Pseudoreligiosität[2])

Die Rationalität einer industriellen Gesellschaftsorganisation kommt nicht nur in der Intelligenz ihrer Produkte und im Erfolg ihrer Verwaltungsstrukturen zum Ausdruck, sondern vor allem auch in der Etablierung eines Verständigungssystems, das auf einem naturwissenschaftlichen Wahrheitsbegriff und letztlich naturwissenschaftlichen Beweisregeln basiert, deren Kriterien Überprüfbarkeit und Wiederholbarkeit sind.

Andere Formen der Wissenstransformation und Wissensproduktion, wie etwa dialektisches Denken, das in der Psychologie z. B. auch einen wichtigen Platz haben müßte, oder die anthropologischen Leistungen der Theologie, wirken fremd in einer rationalistischen Kultur, können im Medium eines rein scientifischen Weltverständnisses nicht mehr transportiert werden. Das Denken ist, wie Heidegger bemerkt hat, unter die Herrschaft des Satzes vom Grund geraten.

Dieser Satz hat uns die machtvollste Kultur der Erde beschert. Diesem Satz entspringen letztlich die Pläne für Fabrikationsanlagen und Raumfähren, für Dinge, die wirklich funktionieren, aber diesem Satz gehorcht auch unser Erziehungsschema. Berufsqualifikation beruht auf wissenschaftlichem Training. Damit wird ein Denkstil sozialisiert, aus dem sich Glaubensblockaden ergeben, ein Denken, das aber gleichzeitig außerstande ist, Verhaltensoptionen im Bereich menschlicher Existenzialien zur Verfügung zu stellen. Wie soll man mit Endlichkeit fertig werden? Wie soll man das Verhältnis zu anderen Menschen einrichten?

Kann man sie zum Beispiel anders sehen, als Vertrags- oder Wettbewerbspartner? Wie soll man sich zum eigenen Körper verhalten? Wie zur Sexualität? Was mache ich mit meinem Bewußtsein? Kann man es pflegen oder ist es gleichgültig, was man denkt und mit welchen Objekten man sich

---

[2]) Dazu auch G. Schmidtchen: „Was den Deutschen heilig ist. Religiöse und politische Strömungen in der BRD", München 1979.

beschäftigt? Gegenüber der Frage nach dem richtigen Leben ist die rationale Gesellschaft hilflos. Als Antwort auf Zeitlichkeit wird der Organisationsfachmann wahrscheinlich einen Netzplan empfehlen, Lifemanagement und Matrixorganisation, der Arzt präventive Verhaltensweisen und Vitamine. Der Anwalt rät einem zu einem klugen Testament. Niemand aber weiß eine Antwort, wie Menschen das Skandalon von Zeit und Endlichkeit akzeptieren können.

Obwohl die Kirchen in den westlichen Industrienationen eindrucksvolle Organisationen sind, auf sozialem Gebiet unersetzliches leisten und die Aktivität der kirchlichen Werke in der Dritten Welt stetig steigt, schmilzt die Zahl der aktiven Gemeindemitglieder, auch die Zahl der Gläubigen. Immer weniger individuelle, auch institutionelle Entscheidungen beziehen sich auf die Wahrheiten des Neuen Testaments. Selbst die in die allgemeine Kultur übergegangenen christlichen Denktraditionen beginnen zu verblassen. Die Säkularisierung, der Übergang christlichen Erbes in die profane Kultur, liegt längst hinter uns. Wir leben in einer Phase der Entchristlichung. Die Glaubenswahrheiten der Kirche können von Menschen, die im Wirklichkeitsverständnis der postindustriellen Gesellschaft aufgewachsen sind, nicht mehr abgenommen werden. Ihre Lebensempfehlungen bedrohen im Alltag dieser Gesellschaft den Akteur. Er wird nicht mehr verstanden, verliert das Optimum an sozialer Unterstützung. So stehen die tradierten religiösen Orientierungen unter Bedingungen der Desozialisation. Damit entgleiten religiöse Probleme zugleich der Obhut der Institutionen. Je radikaler die Rationalität einer Gesellschaft, desto mehr setzt sie religiöse Motivation frei. In je größerem Umfang das geschieht, desto mehr werden nichtreligiöse Institutionen mit religiösen Gestaltungsansprüchen konfrontiert.

Es kommt zu einem lebhaften Transfer religiöser Motivation in die Politik. Da ungelöste religiöse Fragen, z. B. unbeantwortete Sinnfragen, nachweislich ein Moment persönlicher und sozialer Desorganisation sind, werden die großen gesellschaftlichen Teilsysteme versuchen, Sinn zu produzieren, vor

allem die politischen Organisationen. Symptomatisch ist auch die Überschwemmung wissenschaftlicher Institutionen, die mit dem Leiden des Menschen zu tun haben, Medizin und Psychologie, durch unverarbeitete religiöse Anliegen.

Die Psychologie wird, z. B. in der Gruppentherapie Gemeindestrukturen simulierend, großenteils zur Konkretisierung einer Heilserfahrung in Anspruch genommen. Die geradezu herrischen Anforderungen an die Medizin und den medizinischen Fortschritt sind ohne das dahinterliegende religiöse Motiv nicht zu verstehen. Hinter der Kostenexplosion im Gesundheitswesen stecken nicht nur Gebührenfragen und Pharma-Kosten, sondern auch Verzweiflung über Endlichkeit und das Verlangen nach einer gesellschaftlichen Garantie des körperlichen Wohlbefindens.

Die nichtinstitutionalisierte Religiosität ist der Marktplatz ferner für Sekten und subkulturelle Organisationsversuche.

Die Anreicherung der politischen Organisation mit religiöser Thematik ist ständig von der Gefahr der politischen Radikalisierung und der Schließung des Systems begleitet, d. h. von der Einengung des Meinungsspektrums und dem Versuch, Geschichte aufzuheben durch Herstellung von Endzeitzuständen. Desorganisierte Religiosität führt zu Sektenpluralismus. Deren prekärer Status unterhalb der Hochreligionen ist gekennzeichnet durch die Unfähigkeit, eine verallgemeinerungsfähige Lehre zu formulieren, die sich zu einer umfassenden Sozialorganisation eignen würde, und es fehlt ihnen die Rationalitätskontrolle der Öffentlichkeit. So geraten ihre Gestaltungen meist ins Bizarre, zuweilen ins Grauenhafte. Der Glaube einer rationalistischen Kultur, religiöse Probleme ließen sich einfach abschütteln, beschert uns Religion in ihren verhängnisvollsten Formen: subrational, subhuman. Aufklärung löst nicht das Religionsproblem, sondern verschiebt es nur, u. zw. in den Bereich von Institutionen, die zur Behandlung religiöser Fragen ungeeignet sind.

Falsch institutionalisierte Religion kann zu einem Risiko für die humanitäre Entwicklung der Gesellschaft werden. Auf

diesem Gebiet könnten uns eines Tages die größten Fortschrittskosten erwachsen.

Aus der Kontestationsphase Anfang der siebziger Jahre stammt der Satz von Dorothee Sölle: „Jeder hat einen einklagbaren Anspruch auf Glück." Ist eine Gesellschaft denkbar, in der diese Sozialtheologie Wirklichkeit würde? Die Autobiographie von John Stuart Mill könnte Auskunft geben.

Auf alle erdenkliche Weise, so schreibt er, habe er als junger Mann versucht, glücklich zu werden und das Glück ohne Umwege zu erreichen. Aber soviel er auch versuchte, es gelang ihm nicht. So beschloß er, damit aufzuhören und etwas anderes zu tun; er verschrieb sich einer Aufgabe, einer öffentlichen. Über das Glücklichsein wollte er nicht mehr nachdenken. An der Aufgabe begann er zu arbeiten und vergaß es, glücklich zu sein. Aber nach einer Weile stellte er fest, daß er es war. Er hatte die Gemeinschaft wiederentdeckt, den Bezug auf andere. Das Thema von Dorothee Sölle könnte man aufgreifen, aber der Satz müßte anders lauten, einfacher und anspruchsvoller zugleich: Jeder hat Anspruch auf eine Aufgabe.

Einstellungsveränderungen gegenüber Technik, Wirtschaftswachstum und Wissenschaft in Österreich

Dr. Rudolf Bretschneider

Geschäftsführer von Fessel und GfK — Gesellschaft für Konsum-, Markt- und Absatzforschung

Untersuchungen über die Ursachen von Verdrossenheit und Unbehagen — begründet im Nichterreichen des Glücks — haben in unserem Lande eine lange Tradition. Und nicht nur in unserem. Aber diese Tradition ist leider nicht Gegenstand meines Vortrages. Trotzdem will ich mit einem längeren Zitat aus dieser Gedankenwelt beginnen, das nunmehr fast 40 Jahre alt ist.

„. . . es wird oft behauptet, einen großen Teil der Schuld an unserem Elend trage unsere sogenannte Kultur; wir wären viel glücklicher, wenn wir sie aufgäben und in sogenannte primitive Verhältnisse zurückfinden würden . . . Auf welchem Weg sind wohl so viele Menschen zu diesem Standpunkt befremdlicher Kulturfeindlichkeit gekommen? Ich meine, eine tiefe, lang bestehende Unzufriedenheit mit dem jeweiligen Kulturzustand stellte den Boden her, auf dem sich dann

bei bestimmten historischen Anlässen eine Verurteilung erhob." (Siehe Freud)

Sigmund Freud zitiert dann als Quellen der Unzufriedenheit das Maß an Versagung, das sich die Gesellschaft im Dienst ihrer kulturellen Ideale auferlegt, und ein „Moment der Enttäuschung".

„In den letzten Generationen haben die Menschen außerordentliche Fortschritte in den Naturwissenschaften und ihrer technischen Anwendung gemacht, ihre Herrschaft über die Natur in früher unvorstellbarer Weise befestigt. Die Einzelheiten dieser Fortschritte sind allgemein bekannt. Die Menschen sind stolz auf diese Errungenschaften. Aber sie glauben, bemerkt zu haben, daß diese neu gewonnene Verfügung über Raum und Zeit, diese Unterwerfung der Naturkräfte, die Erfüllung jahrtausendealter Sehnsucht, das Maß von Lustbefriedigung, das sie vom Leben erwarten, nicht erhöht, sie nach ihren Empfindungen nicht glücklicher macht."

40 Jahre später kann man sagen, man ist davon überzeugt, daß die Menschen reicher, aber deshalb nicht unbedingt glücklicher geworden sind. Ja man ist skeptisch bezüglich der Wirkungen des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts. Die Skepsis — ich vermeide bewußt das Wort Verdrossenheit, weil es eine eindeutige Ablehnung impliziert — ist nicht mehr auf einige wenige Menschen mit erhöhter Sensibilität und Spezialwissen beschränkt, sondern hat sich auf weite Bevölkerungsgruppen ausgedehnt.

Die Ereignisse der frühen siebziger Jahre, Einsicht in die sogenannten Grenzen des Wachstums gepaart mit Ölschock, Energiekrise und selbstverschuldeter Umweltverschmutzung, trafen — um mit Freud zu sprechen — zweifellos auf eine schon länger bestehende Unzufriedenheit: mit den Konsequenzen rascher Modernisierung, mit der Technik und mit den realen oder vermuteten Gefahren der Apparate, die manipulieren können. Paradoxerweise ist es auch nicht mehr die von der Kultur erzwungene Versagung, die angeklagt bzw. bezüglich ihrer Sinnhaftigkeit bezweifelt wird, sondern die Maßlosig-

keit; nicht die Triebeinschränkung, sondern vielfach das Fallen der Triebschranken: der Hedonismus und seine Folgen.

Nun bin ich leider nicht in der Lage ein genaues empirisch belegbares und einigermaßen vollständiges Bild des Bewußtseinszustandes der österreichischen Bevölkerung zu zeichnen, was Wachstumsverdrossenheit, Wirtschafts- und Technikverdrossenheit betrifft.

Das hat zum einen Teil theoretische, zum anderen Teil praktische Gründe. Die theoretische Schwierigkeit liegt darin, valide — nicht willkürliche — Indikatoren für die einzelnen Begriffe zu finden. Da es sich eher um Modebegriffe handelt, als um solche, bezüglich deren Inhalts ein längerer wissenschaftlicher Konsens besteht, ist man stets in Versuchung, jene Daten zur Illustration zu wählen, die „face-validity" haben, bzw. jene heranzuziehen, die halbwegs passen, und sie entsprechend umzutaufen und zu interpretieren.

Aber ich bin auf eine eklektizistische Vorgangsweise angewiesen, muß das nehmen, was ich habe, aus Mosaiksteinchen ein Bild zu formen versuchen, ohne zu wissen, wie dessen genaue Umrisse aussehen und ob die Steine alle zum gleichen Bild gehören. Sie verstehen daher, daß ich diesem Unternehmen skeptisch gegenüberstehe.

Ich habe betont, daß ich von Skepsis gegenüber Wachstum — Wissenschaft — Technik sprechen will, nicht von Verdrossenheit. Die Haltung, die vorfindbar ist, besteht nur in den seltensten Fällen in glatter Ablehnung, sicherer Verneinung und entschiedener Verweigerung. Man ist — auf wienerisch gesagt — nicht verdrossen, sprich „angefressen" (mit allen Symptomen der Völle). Die Haltung schwankt eher zwischen Hoffnung und Furcht, zwischen Erlösungsglaube und therapeutischem Nihilismus („da wird nix nutzen").

Sehen wir uns die Einstellung gegenüber Wohlstand und Wachstum an.

Was den individuellen Lebensstandard betrifft, ist man vielfach bestrebt, das Erreichte zu sichern. In Relation zu anderen wirtschaftspolitischen Zielen (Preisstabilität, Einschränken

zwecks Überwindung wirtschaftlicher Schwierigkeiten, Arbeitsplatzsicherung) plädiert man häufig zuungunsten der weiteren Erhöhung des Lebensstandards.

Bei der Frage, was wichtiger sei, Arbeitsplatzsicherung oder Erhöhung des Lebensstandards, gaben mehr als 85% (versus 6%) der Arbeitsplatzsicherung den Vorzug. Auch der Wunsch nach Preisstabilität dominiert den Wunsch nach Erhöhung des Lebensstandards in ähnlicher Weise (83 : 8).

Dieses Verhältnis ist über einige Jahre hin — seit 1975 — ziemlich konstant.

Ja es erscheint einem großen Teil im Notfall auch wichtiger „sich einzuschränken, um wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden", als den Lebensstandard weiter zu erhöhen (77 : 15).

Daß der Wunsch stark auf Stabilität gerichtet ist, zeigt sich auch mit schöner Regelmäßigkeit, wenn man danach fragt, wie Lohn- und Gehaltserhöhungen in der gegenwärtigen Wirtschaftslage angesetzt sein sollten. Im Schnitt plädieren etwa 6% für eine Anhebung unter der jeweiligen Teuerungsrate, 75% für eine Angleichung, 18% für eine stärkere Erhöhung.

Nur setzen — nach herrschender Lehre — die so heißersehnten Ziele, Vollbeschäftigung und Lohnerhöhungen, „Wachstum" voraus, nämlich Wirtschaftswachstum.

So gesehen könnte man aus den Daten auch den Wunsch nach starkem Wachstum herauslesen. Das würde aber voraussetzen, daß die befragte Population Kenntnis vom magischen Dreieck oder Vieleck hat, was mit Sicherheit nicht der Fall ist.

So interpretiere ich die Daten lieber als Ausdruck des Wunsches nach Sicherheit, ja als Ausdruck einer gewissen Genügsamkeit, die sich das Erreichte erhalten will. So steht an der Spitze der Sparmotive in Österreich oft der Vorsorgegedanke, der Wunsch nach Reserve. Nur bei wenigen dominiert der Wunsch nach Geldvermehrung. Sicherheit geht auch dort vor risikoreicherem Wachstum.

Ja es gibt sogar den Fall, daß man bei der erwerbstätigen Bevölkerung auf weitere materielle Wohlstandssteigerung zu-

gunsten von mehr Freizeit verzichtet. In einer Umfrage sprachen sich bei einer entsprechenden Fragestellung etwas mehr als 1/4 für eine Verkürzung der Arbeitszeit anstelle einer weiteren Lohnerhöhung aus.

Aus all dem läßt sich weniger auf die Einstellung gegenüber dem Wirtschaftswachstum als auf die Einstellung gegenüber dem materiellen Wohlstand schließen. Mit diesem ist man in weiten Kreisen der Bevölkerung zufrieden. Man ist weniger an seinem starken Wachstum, sondern auf seine Sicherung bedacht.

Man erkennt auch, daß nicht-materielle Werte an Bedeutung gewinnen (was natürlich ebenfalls keine Absage an „Wachstum" ist). Danach gefragt, was in Zukunft an Bedeutung gewinnen wird, antworteten 1978:

72% ein harmonisches Familienleben führen,
65% sich mehr auf sich selbst als auf staatliche Hilfe verlassen,
64% mit Freunden gemütlich beisammen sein,
55% den Kontakt mit Nachbarn pflegen,
43% weniger ans Geldverdienen und mehr ans persönliche Glück denken.

Das sieht nun nach einer Abkehr von der Leistungsgesellschaft, nach einer Hinwendung zu sozialen Werten aus. Es sei aber auch nicht verschwiegen, daß 75% betonen, daß es an Bedeutung gewinnen wird, „es durch Leistung zu etwas zu bringen".

„Leistung" als wichtiger Wert und Basis jeden Wachstums ist also nichts Diffamiertes. Vielleicht zeichnet sich — optimistischer Glaube — die Einsicht ab, daß materielles Wachstum allein nicht glücklich macht, sondern auch nichtmaterielle Werte, wie „Mitmenschlichkeit, Privatheit".

Ob es eine Wachstumsverdrossenheit außerhalb intellektueller Zirkel gibt, wage ich zu bezweifeln. Es gibt zwar sicher eine Besorgnis bezüglich der Umweltverschmutzung, Unbehagen bezüglich Lebensstreß und bezüglich der Entfremdung

in spezialisierter sinnentleerter Arbeit. Solange aber dieses bestimmte Lebenssphären und Erscheinungen betreffende Unbehagen nicht auf das Wirtschaftswachstum als Ursache bezogen ist, wird es auf breiterer Basis kaum einer Kritik unterzogen werden. Und selbst dann gälte es noch abzuwarten, ob nicht der positive Konnex mit Arbeitsplatzsicherheit zu einer Hochschätzung des Wachstums führt.

Etwas geschwunden ist nachweislich die unbedingte Wertschätzung des Fortschritts und des Attributs „fortschrittlich"; vor allem auch in jenem Teil der Bevölkerung, der als besonderer Befürworter, ja als Symbol des Fortschritts angesehen wird: in der Jugend. Ein Vergleich zweier empirischer Jugenduntersuchungen, die nur 5 Jahre auseinanderliegen (1971 bis 1976) zeigt die abnehmende Wertschätzung des Attributs „fortschrittlich" in einer Selbstcharakteristik der Jugend. Auch von politischen Parteien erwartet man nicht mehr — wie dies noch Anfang der siebziger Jahre der Fall war — eine starke Fortschrittssymbolik. Eher eine moderierte Reformhaltung, vor allem aber die Ausstrahlung von Stabilität und Ruhe. Das Wort „progressiv" hat seinen Glanz verloren. Und das nicht bloß deshalb, weil ein Aphoristiker darauf hinwies, daß auch die Paralyse progressiv sei.

Es herrscht in weiten Kreisen der Bevölkerung durchaus ein Bewußtsein, daß Fortschritt und Modernität auch ihre negativen Folgen haben, daß unsere Lebensweise Gefahren beinhaltet.

So stimmen laut Umfragen voll zu:

50% der Feststellung, daß die Leute nur mehr ans Geldverdienen denken und das Menschliche dabei zu kurz komme,

40% der Feststellung, daß die Menschheit sich selbst zugrunde richten wird, wenn sie nicht eine neue Moral entwickelt,

34% der Feststellung, daß man sich wieder an einfachere Lebensformen gewöhnen sollte, und daß uns die technisierte Lebensweise zu Zivilisationskrüppeln macht.

Ein starkes Viertel hält es für „sehr wahrscheinlich, daß sich in den nächsten Jahrhunderten der Mensch durch die moderne Zivilisation so sehr an Erbmasse und Gesundheit schädigt, daß es zu einer unaufhaltsamen Degeneration der Menschheit kommt".

Und schließlich ist bei einem starken Viertel der Bevölkerung eine Besorgnis bezüglich zunehmender Umweltverschmutzung registrierbar. Fast zwei Drittel sind immerhin so besorgt, daß sie für schärferes Vorgehen gegen Umweltverschmutzer plädieren.

Ich glaube nicht, daß in diesen Befunden Verdrossenheit zum Ausdruck kommt, sondern eher Besorgnis und Skepsis bezüglich des heutigen Lebensstils. Freilich ist es keine heitere, quasi philosophische Skepsis, sondern eher quälender Zweifel. Man sieht negative Folgen und weiß nicht, die Ursachen zu nennen; man nimmt Fehlentwicklungen wahr und kann sie nicht abstellen. Man entwickelt aber eine vage Sehnsucht nach einem stabileren, vielleicht auch einfacheren, ruhigen Leben des „menschlichen Maßes", ohne recht angeben zu können, wie dieses aussehen soll. Man will — siehe eine IMAS-Umfrage aus der jüngsten Zeit —, daß die Zeit langsamer läuft, die Entwicklung ruhiger geht.

Kennzeichnend für die kritische Haltung scheint mir ein Satz zu sein, den R. Musil vor 60 Jahren schrieb:

> „Es mag ein rohes Verhalten sein, sich damit abzufinden, aber die schnellen Verkehrsmittel fordern mehr Opfer als alle Tiger Indiens, und offenbar befähigt uns die rücksichtslose, gewissenlose und fahrlässige Gesinnung, in der wir das ertragen, auf der anderen Seite zu den Erfolgen, die uns nicht abzusprechen sind."

Die technischen Erfolge beeindrucken nach wie vor sehr stark. Aber auch die Einstellung zur Technik ist ambivalent geworden, schwankt zwischen Hoffnung und Furcht:

60% stimmen der Auffassung voll zu, daß die Technik selbst keine Gefahr sei, wenn die Menschen lernen, damit richtig umzugehen.

Aber hier hat man — am Menschen — seine Zweifel, glaubt an die Notwendigkeit der Selbstbeschränkung:

33% stimmen dem Satz voll zu, daß man im Zeitalter der modernen Wissenschaft einfach nicht alles in Technik umsetzen darf, was man versteht.

Es scheint weniger Zweifel zu geben, was die grundsätzlichen Möglichkeiten von Wissenschaft und Technik betrifft, sondern Mißtrauen in die Nutzung der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse.

Nur wenige glauben (infolge des Mißtrauens gegen die Vernünftigkeit der Nutzer), daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt die meisten Probleme unserer Zeit lösen wird (12%). Nur wenige erwarten sich von Wissenschaft und Technik (aus mangelndem Vorstellungsvermögen?) radikale Änderungen des Lebensstils in Richtung eines hochmodernen Lebensstils (10%). Man glaubt allerdings auch nicht, daß man sich in den nächsten 50 Jahren von Technik und Wissenschaft mehr und mehr abwenden wird, um wieder einfacher und natürlicher zu leben (auch nur 11%).

Schon mehr ist man etwa davon überzeugt, daß die moderne Technik in den hoch entwickelten Industriestaaten mehr Schaden als Nutzen bringt (ca. 40% stimmen dieser Feststellung eher zu).

Der Glaube an die Technik ist also zumindest erschüttert. Der Hinweis, daß sich bei Problemen schon eine technische Lösung finden lassen werde, weil das bisher immer noch glückte, stößt wahrscheinlich in zunehmendem Maße auf Unglauben.

Die Problemlösungskapazität der sogenannten Experten hat zwar immer noch einen höheren Stellenwert im Bewußtsein vieler Menschen als die der Politiker (ihnen wirft man vor, daß sie erst dann zu handeln beginnen, wenn das Problem schon da sei), aber man glaubt auch hier nicht mehr so recht an die Erlösung von außen. Vielleicht kann man das sogar als ein Zeichen von Reife und Erwachsenheit interpretieren.

Zumindest sektoral (themenbezogen und zielgruppenbezogen) greift ein Denken Platz, wenn man will auch eine Einsicht, wonach auch persönliche Verhaltensänderungen, ja Einschränkungen notwendig sein werden, um Krisen zu vermeiden und die Qualität des erreichten Standards zu halten.

Ein Drittel der Bevölkerung etwa findet die Behauptung völlig zutreffend, „daß man sich beim Energieverbrauch an gewaltige Änderungen und persönliche Einschränkungen wird gewöhnen müssen, um eine böse Versorgungskrise zu verhindern". Entsprechend hoch ist auch die theoretische Bereitschaft, persönlich Energie zu sparen (14% sehr hoch, 31% hoch). Ich weiß schon, daß der Schritt zum praktischen Verhalten sehr weit sein kann.

Aber einschlägige Befunde (Einsicht in unvernünftigen Lebensstil, Ansätze zu „social responsible consumption" etc.) zeigen immerhin eine Skepsis an Teilen des eigenen Lebensstils, Selbstkritik und den — oft sehr vagen Wunsch — nach einer Neuorientierung.

Gestatten sie mir am Schluß nochmals ein längeres Zitat aus der österreichischen Literatur, das die Fortschrittsskepsis als Appell an den einzelnen formuliert. Das Alter des Zitats stimmt skeptisch, ob der Appell je etwas helfen wird.

„Man bleibe ein wenig hinter dem Fortschritt zurück: man lasse ein wenig die Hand vom Rundfunkgerät und das Aug' vom Zeitungspapier und von der Leinwand; und man bleibe am Sonntag zurück in jenem Niemandsland um die Stadt, das nur morgens und abends die Lärmwelle der Ausfahrenden oder der Heimkehrenden durchbraust; man bleibe ein wenig hinter dem Fortschritt zurück — und im Nu wird man so einsam sein wie Herr Walter von Stolzing, wenn Haus und Hof ihm eingeschneit waren, beziehungsweise am stillen Herd zur Winterszeit. Den Fortschritt macht heute nicht Prometheus, der als Einsamer und Einziger das Feuer trug. Der Fortschritt ist ein Tausendfüßler geworden. Er wohnt heute in der Straße der Quantität, und dort auf allen Hausnummern zugleich; deren sind viele; jene Straße ist lang, wenn auch nicht unendlich.

Einsam aber ist der gelinde und diskrete Zurückbleiber hinter dem Fortschritt. Er kann heute weitaus einsamer und abgesonderter sein als je einem mittelalterlichen Schloßherren möglich gewesen. Und vielleicht ist Prometheus inzwischen schon wieder unvermerkt übersiedelt: und in einem leeren, stillen Ringe um die große Stadt ergeht sich eine neue und vorgeschrittene Rasse des Geistes, in zunächst noch wenigen Exemplaren, die aber dereinst über uns herrschen wird, und der, durch alle Benzindämpfe unserer Tage hindurch, die Zukunft gehört." (Doderer: „Die Dämonen")

Vielleicht wird der Appell handlungsrelevant, wenn der Problemdruck gestiegen ist, die Alternativen klarer zutage liegen und der einzelne das Gefühl hat, mit einem gewandelten Lebensstil etwas Sinnhaftes für die Gemeinschaft und für sich zu tun.

Wirkliche Verdrossenheit entsteht dann, wenn man sich einer negativen Entwicklung ausgesetzt glaubt, die man hilflos mitvollzieht; wenn man das Gefühl hat, auf der „Bühne des Lebens herumzustehen und nicht einmal ein Statist zu sein".

Solange man an die „Möglichkeit des Andersseins" (Watzlawick), des Wandels — auch des persönlichen Wandels — glaubt, besteht die Chance, die Skepsis fruchtbar zu machen.

Eine in Arbeit befindliche Studie wird zeigen, wie groß bzw. wie strukturiert die Gruppe derer ist, die als heillose Pessimisten bzw. heillose Optimisten zu bezeichnen sind; und wo jene zu suchen sind, die zwar ein skeptisches Bewußtsein entwickelt haben, aber noch nicht so gelähmt sind, daß sie nur mehr auf den Kometen — übrigens auch Symbol der Skepsis in der österreichischen Literaturtradition — warten.

Technikverdrossenheit und Technologiemißtrauen

Analyse der Ursachen der Angst

Dipl.-Ing. Ernst Gehmacher

Leiter des Instituts für empirische Sozialforschung

Die menschlichen Antriebe Furcht und Hoffnung sind im biologischen Steuerungsmechanismus tief verwurzelt — alles Tun und damit auch Denken geht von Glückssuche und Leidvermeidung aus. Jede Lebensform, Kultur und Gesellschaft hat daher ihre eigenen Hoffnungen und Ängste.

Für unsere moderne Industriegesellschaft demokratischer Verfassung lassen sich zu diesem Prinzip zwei Grundregeln hinzufügen:

- In einer Epoche dynamischen Wandels werden auch neue Befürchtungen wahrnehmbar und denkbar werden (neben neuen Glückserwartungen).
- Wo das biologische Überleben in hohem Maß gesichert ist, werden kleinere Unbehaglichkeiten und längerfristige Bedrohungen beunruhigend — im Extremfall minimale Störungen und das Wohl der Kindeskinder.

Diese einleuchtenden Regeln der Glücks- und Furchtökonomie des biologischen Wesens Mensch erklären gut, warum die hungernden Millionen der Entwicklungsländer so gar kein Verständnis für Umweltschutz und Lebensqualität, wie sie in den reichen Industriestaaten sich als Massenideologie ausbreiten, aufbringen. Wer ums Überleben ringt, fragt nicht, ob er in dreißig Jahren vielleicht durch die Akkumulation von Schadstoffen krank werden könnte oder welche Schwierigkeiten

seine Bemühungen um ein besseres Dasein einmal künftigen Generationen bereiten könnten.

Andererseits wird auch klar, daß neue Formen der Zivilisationskritik zwangsläufig entstehen müssen — weil der Mensch als furchtverarbeitendes Wesen Beunruhigung braucht. Die Idee, daß völlige Sicherheit möglich sei, hat für ein sterbliches und verwundbares biologisches System, wie es der Mensch ist, überhaupt keine Berechtigung — und kann sie nie haben. Zu den normalen Lebensvorgängen gehört daher, ebenso wie Verdauung und die Verarbeitung von Sinneswahrnehmungen, die Bewältigung von Furcht. Solange diese Lebensvorgänge normal funktionieren, gewähren sie Wohlbehagen: auch die Furchtbewältigung. (Das zeigte sich etwa ganz markant bei einer Studie des IFES über die „Atomangst" im September 1978 — also knapp vor der Zwentendorf-Volksabstimmung —, wo sich neurotische Angstneigung vorwiegend mit persönlichen Ängsten vor Krankheit, Unfällen und unmittelbaren Bedrohungen verbunden zeigte, Atomangst hingegen als aktivierendes Erlebnis mit durchaus positiver Grundstimmung herausstellte.) Unangenehm ist nur sehr starke Realangst, vor allem wenn aktive Bewältigungsmöglichkeiten fehlen (die den hormonalen Angstreaktionen adäquat wären — wie Kämpfen oder Davonlaufen), oder die neurotisch internalisierte Angst, also durch psychische Fehlmechanismen fixierte Dauerangst.

Das neue Phänomen des Technologiemißtrauens (als sich weiter ausbreitende Sonderform einer schon länger in kleineren Kreisen vertretenen Zivilisationsskepsis) fußt also auf diesem Bedürfnis nach Furchtverarbeitung und aktiver Lebensgestaltung im Kampf mit der „Natur". Diese Natur ist eben nur eine von dem biologischen Wesen Mensch abgesonderte — ähnlich wie das Korallenriff für die Korallen Natur ist und der Bienenstock für die Biene.

So analysiert besteht kein Zweifel, daß unsere Gesellschaft mit diesem Phänomen wird leben müssen. Mit Propaganda und gutem Zureden oder durch politische Programme den Bürgern einer modernen Industriegesellschaft diese Ängste ausreden zu

wollen, ist illusionär. Der Weg zurück zur Angst vor krasser Not, vor Krieg und Gewalt, zur religiösen Höllenangst wäre denkbar, aber kaum wünschenswert — er könnte nur durch eine radikale Verschlechterung der Lebensverhältnisse Wirklichkeit werden.

Die neue „Höllenangst" sollte, wie es die religiöse mit ihrer starken ethischen Verbindlichkeit war, eher als Antrieb zum Funktionieren der Zivilisation in unsere Kultur eingebaut werden. Und zwar rasch — denn in unserer Epoche rapider gesellschaftlicher Dynamik und prompter Ausbreitung von Ideen ist dieses neue Furchtsyndrom längst nicht mehr Gedankengut einer sektiererischen Minderheit. Dazu einige Forschungsdaten, die in etwa die Verbreitung, aber auch die Hauptakzente solchen Denkens skizzieren:

Studie der Gesellschaft für Zukunftspolitik
Umfrage bei einer Stichprobe von 1000 Österreichern

Prozent der Bevölkerung, die den folgenden Ansichten voll (uneingeschränkt) zustimmen:

Die moderne Technik bringt in den hoch entwickelten Industriestaaten schon mehr Schaden als Nutzen	14
Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bald alle im Umweltschmutz umkommen	27
Man darf im Zeitalter der modernen Wissenschaft einfach nicht alles in Technik umsetzen, was man versteht	33
Man sollte sich wieder an einfachere Lebensformen gewöhnen, unsere technisierte Lebensweise macht uns ja zu Zivilisationskrüppeln	34
Die Menschheit wird sich selbst zugrunde richten, wenn sie nicht eine neue Moral entwickelt	39
Die Leute denken nur mehr ans Geldverdienen, das Menschliche kommt dabei zu kurz	52
Die Technik selbst ist eine Gefahr, wenn die einzelnen Menschen nicht lernen, damit richtig umzugehen	60
Der Staat sollte viel schärfer gegen die Umweltverschmutzer in der Industrie vorgehen	62
Verschwenderische Verpackungen sowie die Wegwerfflaschen sollten für alle Massengüter verboten werden	71

Der Kern der Technikskeptiker — der heute schon mehr Schaden als Nutzen in der modernen Technik sieht — umfaßt etwa 14 Prozent der Österreicher, mit einem gewissen Schwerpunkt bei den Jüngeren und den besser Gebildeten. Von diesen Leuten ist auch ein Agieren in Umweltschutz-Initiativen und Antikernkraft-Agitationen zu erwarten. Etwa in dieser Größenordnung liegt auch der Personenkreis, der in Österreich eine ansprechende Umweltschutzpartei für wählbar hält (was natürlich noch lange nicht bedeutet, daß alle diese auch tatsächlich den bestehenden politischen Parteien untreu würden). In Deutschland ist dieser Anteil wesentlich größer.

Sympathie- und Wählerpotential einer Umweltpartei

Angaben in Prozent der Befragten

	Wenn Bürgerinitiativen und andere Umweltschützer zusammen eine Umweltpartei fürs ganze Bundesgebiet gründen würden: Würden Sie das begrüßen oder nicht begrüßen?	Könnten Sie sich vorstellen, daß Sie diese Partei bei einer Bundestagswahl wählen würden, oder glauben Sie das nicht?		
	begrüßen	wählen	nicht begrüßen	nicht wählen
Gesamt	46·9	29·2	31·3	24·4
Oberschicht	41·6	8·3	25·0	41·6
Obere Mittelschicht	45·6	27·7	26·8	37·6
Mittelschicht	49·6	29·6	25·8	31·8
Arbeiterschicht	44·0	30·1	21·8	29·9

Der Kreis der Zukunftsskeptiker dehnt sich allerdings schon viel weiter. Etwa ein Drittel der Bevölkerung, dabei die Älteren eher noch mehr, hält den Trend der derzeitigen Technologieentwicklung für verderblich und fordert eine Umkehr oder wenigstens eine neue Steuerung oder Moral.

Man kann dieses Drittel etwa als die deutlichen Entwicklungsskeptiker bezeichnen. Sie bildeten etwa in der Volks-

abstimmung über das Kernkraftwerk Zwentendorf den Kern der Neinwähler.

Die Größenordnung entspricht in etwa der der dezidierten Kernenergiegegner in der BRD — und zwar schon seit 1976. Auch in Österreich hat sich dieses Meinungsfeld schon länger aufgebaut, wohl nur mit geringem Nachhinken hinter dem „Zeitgeist" in anderen westeuropäischen Ländern. Die großen Meinungsbildungsprozesse überspringen heute sehr rasch die Grenzen — obwohl sich in Österreich (in Abhängigkeit vom Einzugsbereich des bundesdeutschen Fernsehens) noch ein gewisses West-Ost-Gefälle abzeichnet.

Befürworter und Gegner der Kernenergie im Spiegel von Meinungsumfragen

In Prozent

	Befürworter	Gegner
Baden-Württemberg 1974[1])	81	19
National 1975[2])	79	21
National Jänner 1976[3])	66	34
National Dezember 1976[4])	58	42
National Anfang 1977[5])	60	40
National Mitte 1977[6])	56	44
National Ende 1977[7])	65	35
National Ende 1977[8])	74	26

[1]) Infra-Test, Befragung Baden-Württemberg, Brief des Staatsministeriums Baden-Württemberg (Dr. Bülling) vom 7. Februar 1975 an Prof. Dr. Erwin K. Scheuch, Nr. 7867. — [2]) Zitiert nach D. Goerke, Untersuchung und Ausarbeitung von Maßnahmen zur Öffentlichkeitsarbeit bei Erörterungsterminen über den geplanten Bau kerntechnischer Anlagen, BMI Kennzeichen SR 34, Vechta 1975. — [3]) Infas-Untersuchung BRD, Nr. 1315, 1976. — [4]) Sample-Institut, Hamburg, aus: Brief an das „Deutsche Atomforum" vom 4. Februar 1977. — [5]) Intermarket-Umfrage aus: Kernzeitung. Neues zum Thema Energie und Energiepolitik, hrsg. vom Informationskreis Kernenergie, einzige Auflage, Bonn 1977. — [6]) Spiegel-Umfrage, Brauchen wir Atomkraft? Heft Nr. 8, Hamburg 1977, S. 163. — [7]) Nationale Erhebung des Instituts für Demoskopie, Allensbach, November 1977. — [8]) Marplan, Dezember 1977.

Massive Mehrheiten plädieren in Österreich dafür, daß der Staat hier jetzt schon ordnend eingreifen solle. Auch aus anderen Umfragen ist bekannt, daß der Österreicher Reglementierung gutheißt, ja sie gegenüber selbstauferlegter Beschränkung bevorzugt. Immerhin läßt sich an diesem verbreiteten Ruf nach

Umweltschutzmaßnahmen ablesen, wie weit der Ideenkomplex schon Akzeptanz gefunden hat, daß es den Lebensraum gegen Gefährdungen durch die Technologie zu bewahren gilt.

Irrational erscheint an diesem Technologiemißtrauen weniger die generelle Begründung — denn gewisse nachteilige Folgen sind ja tatsächlich von jeder Verschiebung ökologischer Gleichgewichtssysteme zu erwarten —, sondern die Themen, an die es sich heftet.

So haben von dem Drittel der Fortschrittsskeptiker, das die technische Entwicklung der Kontrolle entgleiten sieht, nur die Hälfte deutliche Angst vor den militärischen Vernichtungswaffen — die de facto zur mehrmaligen Vernichtung der Menschheit konstruiert sind und deren Einsatz in einer Aggressivitätseskalation wohl nach allen Risikokalkulationen die größte Bedrohung für die Menschheit darstellt.

Frage: „Hat Ihrer Meinung nach unsere Gesellschaft mit all ihren politischen und wirtschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten die Entwicklung der Technik im Griff oder entgleitet Ihrer Meinung nach die technische Entwicklung der Beherrschung durch uns Menschen?"

In Prozent, bezogen auf Basiszahlen in Klammern

[1]) = Gesellschaft hat technische Entwicklung im Griff; [2]) = technische Entwicklung entgleitet uns; [3]) = kann ich nicht beantworten

	[1])	[2])	[3])
Gesamt (1000)	34	34	33
Alter			
16 bis 29 Jahre (356)	29	36	35
30 bis 49 Jahre (373)	33	33	34
50 bis 69 Jahre (271)	40	31	29
Schulbildung			
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	38	9	53
Pflichtschule mit Lehre/Fachschule/ Handelsschule	35	31	34
Matura/Hochschule	25	52	23

Frage: „Ein Produkt der modernen Technik sind auch neue Waffentechniken mit einer unvorstellbaren Vernichtungskraft (Atombomben, Neutronenbomben, Raketenwaffen, chemische Waffen usw.). Auch in unseren Nachbarländern lagern einige dieser Vernichtungswaffen. Fühlen Sie sich dadurch . . ."

In Prozent, bezogen auf Basiszahlen in Klammern

[1]) = sehr bedroht; [2]) = etwas bedroht; [3]) = nicht bedroht

	[1])	[2])	[3])
Gesamt (1000)	17	56	27
Alter			
16 bis 29 Jahre (356)	17	56	27
30 bis 49 Jahre (373)	18	56	26
50 bis 69 Jahre (271)	17	56	26
Schulbildung			
Pflichtschule ohne weitere Ausbildung	21	51	28
Pflichtschule mit Lehre/Fachschule/ Handelsschule (731)	17	55	28
Matura/Hochschule (191)	19	62	19

Und die höhere Bildung, die (offenbar durch die größere Medienaufgeschlossenheit, die sie bewirkt) klar zu stärkerem Technologiemißtrauen im zivilen Sektor disponiert, bestärkt kaum das Bedrohungsgefühl gegenüber den Massenvernichtungswaffen.

Auch im unmittelbareren Erlebnisbereich wird nicht sehr wirklichkeitsnahe zwischen größeren und geringeren Bedrohungen unterschieden. Derzeit verursacht ohne Zweifel in allen modernen Industriestaaten der Autoverkehr am meisten direkt auf eine technische Ursache zurückführbare Gesundheitsschäden — durch Unfälle einerseits, durch Verleitung zum Bewegungsmangel und durch schädliche Abgase andererseits. Dennoch ist die Angst davor geringer als vor der Bedrohung durch Chemikalien in der Agrarproduktion. Und die Gefährlichkeit, in der Nähe eines Kernkraftwerks zu leben, wurde

— es handelt sich um eine spezifische Umfrage bei fast 2000 Österreichern Ende 1978 (also nach der Zwentendorf-Volksabstimmung) — immerhin von fast 20 Prozent als persönlich bedrohlich empfunden. Die tatsächlichen Risken gehören sicher völlig anders dimensionierten Größenordnungen an.

	In Prozent N = 1988
Für wie gefährlich halten Sie es, im Umkreis eines Kernkraftwerkes zu leben? Für sehr gefährlich	19
Und wie gefährlich sind Kernkraftwerke, die heute gebaut werden, für unsere Kinder und Kindeskinder, also für kommende Generationen? Sehr gefährlich	23
Auch andere Bereiche des Lebens sind durch die moderne Technik verändert worden. Das Auto hat das Risiko von Verkehrsunfällen mit sich gebracht. Ängstigt Sie die Vorstellung, daß Sie oder einer Ihrer Angehörigen einen Verkehrsunfall erleiden könnte(n)? Sehr	29
Die Technik hat auch die Landwirtschaft verändert. Fütterung und Düngung sind heute durch einen großen Einsatz von Chemikalien gekennzeichnet. Wie stark fühlen Sie sich dadurch gesundheitlich gefährdet? Stark gefährdet	32

Das sind nur einzelne Beispiele. Eine gründliche Untersuchung dieses ganzen Ideen- und Meinungskomplexes steht noch aus. Doch wird schon aus diesen begrenzten Umfrageergebnissen einsichtig, daß jenes hier erfaßte Technologiemißtrauen ein diffuses Feld von eng miteinander verknüpften Befürchtungen ist — verbunden durch eine „überwölbende" Furchtbewältigungsstrategie im gesellschaftspolitischen Engage-

ment, die Vorformen einer Ideologie (ja in ausgeprägteren Einzelfällen fast einer Religion oder Sekte) anzunehmen tendiert.

Es ist zu beobachten, daß die Meinungsbildner — geschult im Formulieren von kohärenten Denksystemen — wesentlich dazu beitragen, ein zusammenhängendes Syndrom dieser Art zu schaffen und zu verbreiten. Hier kommt zu der natürlichen biologischen Tendenz zur Furchtbewältigung noch das kulturelle Phänomen der ideologisierenden Sinnfindung — das ebenfalls naturgesetzlich abläuft, wo ein genereller Trend zu neuen Denkweisen um Anerkennung ringt.

Es bleibt die Frage offen — wohin kann das führen? Zwei Richtungen sind denkbar:

- Sieg der technologiefeindlichen Ideologie als beherrschendes Denksystem einer Geschichtsepoche,
- Integration der Technologieangst in eine an sich wissenschaftlich und rational fundierte Kultur.

Die Rolle der Meinungsbildner bei der Entwicklung der Zeitströmungen

Medienanalytische Studie

Gerd Bacher

Generalintendant des Österreichischen Rundfunks

Die mir von Herrn Generaldirektor Dr. Kienzl gestellte Aufgabe, über Meinungsbildner und Zeitströmungen zu sprechen, hat mir ganz schönes Kopfzerbrechen bereitet.

Die erste Schwierigkeit bei der Behandlung dieses Themas liegt in seiner Vielschichtigkeit — wer aller und was alles fällt unter den Begriff „Meinungsbildner"? In wie viele mächtige Flüsse, gemächliche Bäche und lächerliche Rinnsale zerfließt der „Strom der Zeit", gliedert sich das geistige und materielle Leben unserer Epoche? Zur Bewältigung dieser Vielschichtigkeit werden wir um Definitionen, Einschränkungen und damit Weglassungen nicht herumkommen.

Das Thema ist zweitens deshalb schwierig, weil es die große Versuchung enthält, sich als Vortragender auf Gedeih und Verderb der Wissenschaft auszuliefern, um dem Publikum nicht die eigene (wie man weiß: höchst subjektive) Meinung, sondern mit Zahlen und Fußnoten garnierte und (wie man glaubt: höchst objektive) Erkenntnisse vorzulegen. In den Vor-

lesungsverzeichnissen eingetragener Komplize für diesen Terrorüberfall auf Sie, meine Zuhörer, ist die Massenkommunikationsforschung — eine junge Wissenschaft, der es im Verlaufe ihres nunmehr fast vierzigjährigen Bestehens gelungen ist, durch zweimaligen, diametralen Auffassungswandel an ihren Ausgangspunkt zurückzukehren. Ich werde in aller gebotenen Kürze und mit allen damit verbundenen Risken darauf zurückkommen.

Die dritte Schwierigkeit, die sich für mich aus dem zu behandelnden Sachgebiet ergibt, hängt mit dem Umstand zusammen, daß ich als zur Zeit mit der Erneuerung von Organisation und Programmangebot des ORF beschäftigter Medienarbeiter Gefahr laufe, zu sehr pro domo, „pro medio", zu sprechen. Ich werde mich bemühen, dieser Gefahr durch allgemeine Thesen, nicht aber durch Allgemeinplätze zu entkommen.

Massenmedien, Mediatoren, Multiplikatoren

Der im Veranstaltungsprogramm verwendete Begriff „Meinungsbildner" erhält bei näherer, am tatsächlichen Kommunikationsprozeß orientierter Betrachtung drei Bedeutungen: Die Massenmedien als privat oder öffentlich-rechtlich organisierte Unternehmen, die Menschen, die in ihnen oder für sie arbeiten, und schließlich jene Personengruppen, die nicht als „Letztverbraucher" kommunikativer Inhalte, sondern als „informationelle Zwischeninstanzen" fungieren. Präzise definiert geht es um die Funktion der Massenkommunikationsmittel, um die der professionellen Kommunikatoren und um die der Opinion-leaders, d. h. der Meinungsführer in den Primärgruppen und sonstigen, persönlich zugänglichen Bereichen, wie Schule, Betrieb, Verein. Es gibt für dies alles eine Unzahl von Bezeichnungen — von den eher abwertenden Wörtern „Meinungsfabrik" und „Meinungsmachern" bis hin zu Schmeichelwörtern, wie „Modeleitperson" und „Trend-setter". Ich

möchte generell von Medien, Medienmitarbeitern und Multiplikatoren sprechen. Wichtiger freilich als die Antwort auf die Frage, ob ein Zeitungsredakteur oder Rundfunkjournalist „Mediator", „Kommunikator" oder gar „Meinungsmacher" ist, ist eine andere Feststellung: daß man nämlich die Rechnung nicht ohne den Wirt machen soll — besser gesagt, ohne den Gast: es fehlt ja bisher in unseren Überlegungen derjenige, der ein Medium überhaupt erst zu einem solchen oder gar zu einem Massenmedium macht, nämlich der Empfänger gedruckter oder ausgestrahlter Botschaften — der Rezipient. Es ist kein Zufall, daß dieser immer an letzter Stelle genannt wird, muß er doch am Ende dafür bezahlen, daß er vorgesetzt bekommt, was er vielleicht gar nicht bestellt hat.

In der Tat hat sich erst in letzter Zeit die Einstellung zum Ablauf massenkommunikativer Vorgänge soweit geändert, daß man nicht mehr von einem „Injektionsnadel-Modell" ausgeht, nach dem die Wirkung der Massenmedien direkt vom Kommunikator zum Rezipienten verläuft. Man hat aber auch das „Zwei-Stufen-Modell" in seiner Bedeutung stark relativiert, nach dem breit gestreute Informationen nur dann zum Empfänger gelangen, wenn sie vorher vom geschätzten Herrn Multiplikator aufgenommen, verdaut und gütigerweise weitergereicht worden sind. Vielmehr führte ein offenbar unkontrollierter Einbruch des gesunden Menschenverstandes in die Efeutürme der Medienforscher zu folgenden drei grundlegenden Erkenntnissen:

1. Der gesamten Bevölkerung oder doch sehr großen Teilen verfügbare Botschaften von Massenmedien gelangen auch ohne Zwischeninstanz an den Endverbraucher, den Rezipienten.
2. Jeder Rezipient gehört einer Gruppe an, in der es einen Meinungsführer gibt. Deshalb aber muß er nicht stumm an dessen Lippen hängen, sondern kann durchaus in einen Dialog mit ihm treten — ihm vielleicht auch einmal einen Rat geben, wie er wählen soll oder wo es eine gute Pizza gibt.

3. Der Nutzen, den jemand aus einem Medium für sich persönlich zieht, mag ein ganz anderer sein, als der vom Kommunikator beabsichtigte. Zu erforschen ist deshalb nicht nur die Wirkung einer Botschaft, sondern vor allem auch der tatsächlichen Bedürfnissen und prinzipiellem Bedarf entsprechende Nutzen medialer Angebote.

Nicht zuletzt Frau Professor Noelle-Neumann ist es zu verdanken, daß die Kommunikationsforschung heute einem multidimensionalen Ansatz folgt, diesen mit Hilfe von Langzeituntersuchungen untermauert und nicht verabsäumt, allen drei relevanten Personengruppen — den Rezipienten (dem Publikum), den Multiplikatoren (als zusätzlichen Impulsgebern bei der Meinungsbildung) und den Medienarbeitern (den einem besonderen Berufsethos verpflichteten, mit definierten Berufsbildern aber nicht gerade verwöhnten Mediatoren) — auf den Zahn zu fühlen; was ja in ihren beiden Büchern über „Öffentlichkeit als Bedrohung" und „Wertewandel in unserer Gesellschaft" auf eindrucksvolle Weise geschehen ist.

Vom Massen- zum Universalmedium

Der kontinuierliche Anstieg der Verfügbarkeit, der Preiswürdigkeit und der tatsächlichen Nutzung gedruckter und elektronisch ausgestrahlter Medienprodukte hat heute einen Punkt erreicht, wo man bereits von Universalmedien sprechen kann. Zum Nachweis dieser Behauptung genügen weder Auflagenzahlen noch die Zahl der amtlichen Rundfunk- und Fernsehbewilligungen. Man zieht am besten hiefür die Haushaltsbesitzdaten und die Daten über die Mediennutzung heran, die im In- und Ausland laufend erhoben werden. Daneben gibt es aber noch eine ganze Reihe anderer Indikatoren, die uns die heraufziehende Universalität bestimmter Medien signalisieren: Denken wir nur an den wachsenden Raum, den sich früher

auf bittere Konkurrenz abstellende Medien gegenseitig geben — nicht nur unter dem gelben Umhang des Zeitungskolporteurs. Denken wir vor allem an die Ausweitung der Fernseh- und Radioberichterstattung in den Tageszeitungen und umgekehrt an die aus den Nachrichten des ORF nicht mehr wegzudenkende Bezugnahme auf die in- und ausländischen Presseschauen. Und denken wir an die zahlreichen Gespräche, die nach interessanten Fernsehsendungen in den Betrieben und im Freundeskreis geführt weren. So stellten wir etwa fest, daß die Fernsehserie „Holocaust" für die Hälfte aller Österreicher und für zwei Drittel der Österreicher mit Maturabildung Tagesgespräch war!

Sogar unsere Sprache muß sich dieser Entwicklung angleichen. Sie ringt noch mit Ausdrücken wie „Fernsiehst du heute?" — ein Symbol dafür, daß Massengewohnheiten noch nicht durchreflektiert sind. Auf die Veränderung von diversen Lebensgewohnheiten durch das Fernsehen werde ich noch zu sprechen kommen. Was den reinen Gerätestand betrifft, wird der Besitz von Radiogeräten im Haushalt praktisch nicht mehr erhoben — der Besitz mindestens eines Radioempfanggerätes pro Haushalt kann seit längerem als gegeben angenommen werden. Was stärker aufhorchen läßt, ist die Zunahme des Standes an Fernsehgeräten. In den letzten drei Jahren ist der Besitz mindestens eines Fernsehgerätes von 90 auf 95% der Haushalte angestiegen. Damit steht übrigens fest, daß 445.000 „Schwarzseher" für einen jährlichen Gebührenausfall von über 500 Millionen Schilling verantwortlich sind, denn nur 78% der Haushalte haben ihr Gerät angemeldet und zahlen Gebühren. Die Zahl der Haushalte mit Farbfernseher stieg seit 1976 von 25 auf 45 Prozent. In diesen drei Jahren hat sich übrigens auch der Anteil der Stereoanlagen von 18 auf 28% erhöht, und die Telefonanschlüsse sind von 52 auf 66% gestiegen. Dort gibt es freilich keine Schwarzhörer.

Wir können heute davon ausgehen, daß die Tageszeitungen genau zwei Drittel, Radio und Fernsehen aber genau drei Viertel der erwachsenen österreichischen Bevölkerung täglich

erreichen. Nach einer Anfang 1978 fertiggestellten Studie des Bertelsmann-Verlages beträgt die tägliche Medienreichweite in der Bundesrepublik bei Zeitungen 84%, beim Fernsehen 73%, beim Hörfunk 70% und beim Buch (alle Formen) 44%. Die heraufziehende Internationalisierung der Medien läßt sich daran ablesen, daß heute bereits 18% der Österreicher ein deutsches oder schweizerisches Fernsehprogramm empfangen können.

Als Beispiel für die mit diesem „Universalisierungsprozeß" parallel laufende Konzentrationstendenz auf dem Mediensektor möge der Hinweis genügen, daß die Hälfte der Österreicher täglich Zeit im Bild 1 verfolgt, mehr als 60% Radionachrichten hören, und daß ebenfalls die Hälfte eine der beiden größten Tageszeitungen oder sogar beide liest.

Ich sagte, ich wolle mich bemühen, nicht in das Deklamieren von Zahlenkolonnen zu verfallen. Vielleicht habe ich zuviel versprochen. Dieses Zahlenspiel berücksichtigt noch gar nicht die Dimensionen einer Medienlandschaft, die eben auf uns zukommt; im Vergleich zu ihr nimmt sich die heutige massenmediale Ausstattung geradezu harmlos aus. Satellit, Glasfaser, Kabel, Heimelektronik, Faksimilezeitung sind die Hauptchiffren der neuen Medienausstattung. In solcher Situation stellt sich unabweisbar die Frage, ob die Informationsgesellschaft mit den konventionellen Definitionen von Pressefreiheit, der äußeren und der inneren, auskommen wird. Die äußere Freiheit der Medien — also jene gegenüber ungerechtfertigter Einflußnahme seitens politischer und anderer Pressure-groups — ist in einer freien Gesellschaft vergleichsweise noch am leichtesten zu garantieren. Die innere ist nicht nur schwerer zu erreichen, sondern auch problematischer: Es ist dabei darauf zu achten, daß nicht anstelle der angestrebten Demokratisierung und Pluralisierung monocolore Machtübernahmen stattfinden. Fraglos ist innere Pressefreiheit in Monopolbetrieben zu gewährleisten. Gleich wichtig, wenn nicht wichtiger als die innere und äußere Pressefreiheit, ist angesichts ihrer Universalität die Verantwortung der Massenmedien in der und für die Gesellschaft. Unsere Informationsgesellschaft

hat sich, mehr als ihr gut tut, daran gewöhnt, die Öffentlichkeitsarbeit schon als die Arbeit selbst mißzuverstehen. Und die Massenmedien werden in solchem Zusammenhang als die „4. Gewalt" definiert. Zum Unterschied von dieser 4. Gewalt werden bei den drei klassischen Gewalten der Demokratie rechtlich normierte Zuständigkeiten von rechtlich normierten Organen ausgeübt. Da dies bei der „4. Gewalt" keineswegs der Fall wäre, ist zu beachten, daß die Massenmedien nicht zum Präzeptor des Gemeinwesens werden, daß sie nicht außerhalb oder über dem Rechtsstaat stehen, sondern sich in sein Gefüge einordnen. Täten sie das nicht, so würden sie zu „einem despotischen Element wie jeder andere Machtfaktor, der die Bauprinzipien der Demokratie nicht respektiert" (W. Kopp).

Klaus Harprecht, einst Willi Brandts legendärer Ghostwriter, dann Professor in den USA, schreibt angesichts gewisser massenmedialer Zustände:

„In der Tat scheint es, als habe sich die Maschinerie der Medien selbständig gemacht, völlig der Mechanik der eigenen Gesetze unterworfen und sei nicht länger mehr von politischen und moralischen Kriterien kontrolliert. Beispielsweise kann Henry Kissinger nach dem Willen der Medien so wenig mehr rechtmachen, wie er gestern falsch machen konnte. Er glaubte, die Mechanik der Medien beherrschen zu können. In Wahrheit triumphierten sie auch über ihn. Der politische Eigenwille der publizierten Meinung ist ein Faktor des Entscheidungsprozesses unserer Tage geworden, der zu einem gründlichen Nachdenken Anlaß gibt — in Amerika und anderswo."

"Advocacy journalism" versus "objective reporting"

Unabhängig vom Schulenstreit der Medienforscher über die Frage, ob die Massenmedien eine direkte oder indirekte, eine kurzfristige oder langfristige, eine verstärkende oder verändernde oder aber schlicht gar keine Wirkung auf die Meinungen und Einstellungen der Rezipienten ausüben, müssen

die Medienmitarbeiter täglich mit ihrer Aufgabe zurechtkommen. Stehen die Journalistenberufe im Gesamtkonzert der Professionen prestigemäßig höchstens im Mittelfeld, so hängt dies sicher mit dem allgemeinen Verdacht zusammen, hauptberufliche Kommunikatoren seien ipso facto „Großkritiker", „Schmieranten" und „Manipulatoren". Seitdem das Recht der freien Meinungsäußerung für alle Staatsbürger besteht, ist das Recht auf Kritik aber kein Journalistenprivileg, sondern ein Jedermannsrecht. Die Presse und vielmehr noch Fernsehen und Rundfunk sind Plattformen des öffentlichen Meinungsaustausches, Spiegelbilder des Zeitgeschehens. Die hauptberuflichen Kommunikatoren sollen daher nicht Meinungsmacher, sondern Mediatoren, Vermittler öffentlicher Meinung sein. Freilich besitzt jeder Medienmitarbeiter seinen eigenen sozialen und politischen Background und darauf gründende Überzeugungen. Er übt in bezug auf die Information sehr oft die Funktion eines „Schleusenwärters" (gatekeeper function) aus, d. h., er steuert Nachrichtenmengen und wählt Nachrichtenarten aus. Daraus darf aber nicht geschlossen werden, daß der Journalist gewissermaßen „automatisch" einseitig berichtet. Es kommt dabei auf seine Ausbildung, sein Selbstverständnis und auf die Führung der Redaktion an. Ich verhehle nicht, daß es hier eher schlecht steht: Die Denunziation von Bildung, Selbstdisziplin und Kompetenz haben zu einer Niveausenkung unseres Standes geführt, wie sie etwa noch in der ersten Republik undenkbar gewesen wäre. Die Meinung rangiert vor den Tatsachen; was Altmeister Manes Sperber zum Stoßseufzer veranlaßte: „Ein Gramm Wissen wiegt mehr als tausend Tonnen Meinung".

Zur Frage der Journalistenausbildung, insbesondere auf dem Gebiet der elektronischen Medien, wäre viel zu sagen! Ich möchte mich darauf beschränken, heute meine feste Absicht zu bekunden, nach Überwindung der ersten Steilstufen der notwendigen Erneuerung des ORF auch zu diesem wichtigen Vorhaben meinen Teil beizutragen.

Das Selbstverständnis des hauptberuflichen Kommunikators hängt einerseits von seiner Ausbildung ab, ist andererseits

aber stark mit der wirtschaftlichen Lage zu verbinden, in welcher er selbst bzw. sein Medium sich befindet. Hier kann Angst um den Arbeitsplatz genauso beeinflussend wirken wie arbeitsrechtliche und wirtschaftliche Saturiertheit. Im Zeitalter der Informationsexplosion ist im übrigen die viel zitierte „Schleusenwärterfunktion" meist nichts als ein Kampf um die zeitgerechte Bewältigung von Mengen: Aus einem nur allzu oft undifferenzierten Nachrichtenbrei wird daher viel eher nach „news value" als nach „bias" gewählt. Dennoch: Eine Entscheidung bleibt dem Chefredakteur, Intendanten — wer immer für die Blatt- oder Programmlinie verantwortlich ist — nicht erspart: den Anteil an „engagiertem Journalismus" („Advocacy journalism" — „anwaltschaftlicher Journalismus"), d. h. den Anteil an gezeichneten Meinungskommentaren und speziell gesellschaftskritischen Beiträgen, festzulegen. Hiezu bedarf es eines guten Gespürs bei der Auswahl der verantwortlichen Mitarbeiter, einer offenen Gesprächssituation in den unvermeidlichen Konfliktfällen — aber auch großer gegenseitiger Loyalität und Standfestigkeit nach außen. Gehört es ja zu den Besonderheiten der Massenmedien, daß die Proportionen einlangender negativer oder positiver Spontanreaktionen (Anrufe, Leser-, Hörer- und Seherbriefe; Interventionen betroffener Organisationen oder von ihnen vorgeschickter politischer Funktionäre; organisierte Anrufkampagnen) oft in keiner Weise der Verteilung in der Gesamtheit der Rezipienten entsprechen. Das sich daraus oft entwickelnde Feilschen um „equal time" bzw. „Ausgewogenheit" ist jedenfalls ein entwürdigender Vorgang — als rein formales Prinzip gewährleistet Zeit- und Zentimeterproporz noch nicht Objektivität —, weswegen dieser in den Programmrichtlinien des ORF auch als untaugliches Mittel zur Programmgestaltung bezeichnet wird.

Wenn hier von „Nachrichtenmenge" und „Journalismus" die Rede ist, dann deshalb, weil am Beispiel des Informationsbereiches die schwierige Rolle der Kommunikatoren wahrscheinlich am deutlichsten zu erkennen ist. Genauso muß freilich die Rolle der Medien und ihrer Mitarbeiter bei der Formung

allgemeinen gesellschaftlichen Bewußtseins und bei der Darstellung von Werten im Unterhaltungsbereich und im Bereich Kultur thematisiert werden. Ohne Zweifel wird die Darstellung von Frau, Familie und Arbeitswelt, von Minderheiten und auch von Gruppen mit geringem Konfliktpotential langfristig Einfluß auf die Gesellschaftsentwicklung ausüben. Die Programmrichtlinien des ORF versuchen deshalb auch im Unterhaltungsbereich, den Programmgestalter auf seine doppelte Verantwortung hinzuweisen: weder die Bedürfnisse des Publikums nach Spannung und Entspannung zu mißachten noch der Verflachung des Geschmackes oder gar der Entwicklung von Vorurteilen Vorschub zu leisten. Wie schwierig es ist, den Programmauftrag des Rundfunkgesetzes, „einwandfreie Unterhaltung" darzubieten, zu konkretisieren, zeigt Absatz 1'6 der Programmrichtlinien. Ich zitiere: „Nach dem gesetzlichen Programmauftrag (§ 2 Abs. 1 Z. 4 RFG 1974) hat der ORF für einwandfreie Unterhaltung zu sorgen."

Der Gesetzgeber hat weder festgelegt, mit welchem Maß „einwandfrei" zu messen ist, noch hat er sich dazu geäußert, welchen Einwänden gegen einen konkreten Programminhalt Bedeutung zukommt und welchen nicht. Der Begriff „einwandfrei" ist ein unbestimmter Gesetzesbegriff, der der Auslegung unterliegt. „Einwandfrei" darf weder mit Qualität an sich gleichgestellt noch mit objektiver Auffassung von „gutem Geschmack" verwechselt werden. Einerseits bedeutet „einwandfrei" das Mindestgebot, daß der Programminhalt nicht gegen strafgesetzliche Bestimmungen verstoßen darf, anderseits bedeutet „einwandfrei" auch, daß bei Inhalt und Darbietung von Unterhaltung auf die Wertvorstellungen des Durchschnittshörers und -sehers Rücksicht zu nehmen ist. Dabei geht es nicht um die undifferenzierte Beurteilung aufgrund statistischer Erfassung der zustimmenden und ablehnenden Haltung des Publikums.

Hörfunk und Fernsehen sollen bei der Gestaltung von Unterhaltungsprogrammelementen auf die Wünsche der Hörer und Seher nach Unterhaltung durch Spannung und Entspan-

nung eingehen. Dabei soll von den Programmgestaltern bedacht werden, daß gerade durch die in Unterhaltungssendungen vermittelten Wertvorstellungen Verhaltensweisen propagiert und weitreichend bestimmt werden können.

Unterhaltungssendungen sollen nicht den kommerziellen Interessen der Unterhaltungsindustrie ungebührlich Vorschub leisten.

Vor allem für die Programmgestalter von Unterhaltungssendungen gilt es, immer wieder neue, dem Lebens- und Zeitgefühl des Publikums entsprechende, attraktive Sendungsformen zu entwickeln.

Bei den wesentlichen Unterhaltungsprogrammelementen ist darauf zu achten, daß sie nicht zur Verfestigung von Vorurteilen, zur Verflachung des Geschmacks und zur Verrohung oder Brutalisierung des Publikums führen.

An diesem Beispiel wird der wichtigste Unterschied zwischen den öffentlich-rechtlichen und den privaten, auf Gewinn gerichteten Medien deutlich: Aus dem Polygon „Programmauftrag — Teilnehmerbedarf — Teilnehmerwünsche — künstlerisch-redaktionelle Machbarkeit — finanzielle Möglichkeiten" fällt bei den Printmedien der erste Eckpunkt weg — und ein Quadrat ist allemal noch leichter zu zeichnen als ein Fünfeck!

Programmrichtlinien, journalistische Tugendkataloge und Redaktionsstatute werden freilich nie volle Objektivität, Ausgewogenheit des Programmangebotes und Pluralismus garantieren können: „Das Ethos der Objektivität kann sich nur in Annäherungswerten realisieren" (Hermann Boventer), „Es gibt keine Information ohne Manipulation ... Das journalistische Selbstverständnis, für das ich plädiere, ist dieses: engagierter, aber nicht parteiischer; kritischer, aber nicht einäugiger; fairer, aber nicht neutraler Journalismus" (Franz Alt).

Ich möchte diesen Bekenntnissen in Sachen Objektivität noch mein eigenes hinzufügen: Es ist Mode geworden, der Objektivität, der Sachlichkeit überhaupt jede Lebensberechtigung abzusprechen. Es gäbe sie gewissermaßen gar nicht. Feder-

führend wird diese These in deutschen Rundfunkanstalten praktiziert, wo sich manche Inhaber von Mikrophonen und Kameras als Leitartikler in eigener Sache mißverstehen. Wenngleich die Objektivität richtigerweise als eine nie ganz erfüllbare Forderung galt, hat sich ein anständiger Journalismus generationenlang bemüht, Objektivität als beruflichen Haltungsversuch positiv zu erfüllen. Die Denunzierung der Objektivität hat für mich, Journalist ein Leben lang, einen noch viel erbärmlicheren Aspekt: Journalismus nicht als ein sachliches Handwerk mit Bildung, Fachkenntnissen und Lernen verstanden, sondern als eine Stammtischrunde, die sich um alles und nichts geschwätzig annimmt. Das ist es aber ganz sicher nicht, was die so kompliziert gewordene Industriegesellschaft als Hilfsmittel des Begreifens ihrer selbst braucht. Wer Objektivität ignoriert, ist mir gleich verdächtig wie einer, der glaubt, jedenfalls objektiv zu sein.

Gedanken über den Begriff „Zeitströmungen"

Etwas „liegt im Zug der Zeit", „ist nur aus seiner Zeit heraus erklärbar", „ist seiner Zeit voraus", „hinkt der Entwicklung nach", „ist auf der Höhe der Zeit". „Jemand hat seine Hand am Pulsschlag der Zeit".

Wie ich gleich zu Beginn sagte, unterscheidet sich eine aktuelle Entwicklung von der anderen nicht nur in qualitativer, sondern auch in quantitativer Hinsicht. Manche Zeitphänomene sind leichtgewichtig und kurzlebig, andere wiegen zwar auch nicht schwerer, sind aber zum festen Bestandteil einer Epoche geworden. Beispiele aus der Mode bieten sich an und lassen sich in Stilrichtungen erweitern: der Minirock war relativ kurzlebig, die Nostalgiewelle dürfte sich relativ lange halten. Die Erschütterungen des Fortschrittglaubens, die Technik- und Wirtschaftsverdrossenheit und die allgemeine Sinnkrise sind

Beispiele tiefgreifender Zeitprobleme, die auf zumindest absehbare Frist unsere Begleiter bleiben werden.

Andere Zeiterscheinungen — wie etwa der Zusammenbruch der familiären Gesprächssituation in der „Fernsehnarkose" — scheinen mir gut gemeinter Selbstbetrug oder ideologische Agitation zu sein: Nach meiner Meinung ist die familiäre Gesprächssituation nur dort zusammengebrochen, wo sie nie bestanden hat: Wer sich früher anschwieg, stritt oder Karten spielte, hat mit dem Fernsehen keinen schlechten Tausch gemacht. Er wußte nachher wenigstens über etwas zu reden.

Es kommt sehr auf den eigenen weltanschaulichen, beruflichen und persönlichen Standpunkt — um nicht zu sagen: Status — an, was man zur „Zeitströmung" erklärt, wie man das betreffende Phänomen wertet und quantifiziert. Ein typisches Beispiel für unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten ist die Teilnahme an Wahlen. Die Beteiligung an Parlamentswahlen ist in Österreich im Vergleich zum Ausland ungeheuer hoch und ungeheuer konstant. (Sie betrug in den fünfziger Jahren 96%, in den sechziger Jahren 94%, in den siebziger Jahren 92%.) Ist das praktisch geschlossene Auftreten des Souveräns „Volk" am Wahltag ein Zeichen besonderer demokratischer Reife oder gerade das Gegenteil, nämlich Autoritätsgläubigkeit und Herdentrieb? War die geringe Wahlbeteiligung bei den Hochschulwahlen als Alarmzeichen, diejenige bei der Wiener Gemeinderatswahl aber als positiv zu werten? Wo bitte ist die vielzitierte Demokratieverdrossenheit (bei einer Wahlbeteiligung von 92·2%) am 6. Mai 1979 festzustellen gewesen? Wie schon 1971 und 1975 lag die Zahl der ungültigen Stimmen bei rd. 50.000, also bei etwa einem Prozent. Wäre es nach manchen selbsternannten „Meinungsmachern" gegangen, hätte niemand zur Wahl gehen oder gar gültig wählen dürfen, so „verdrossen" war man doch ringsum im Lande. In Wirklichkeit war nichts von alledem spürbar. Die Österreicher wählten 1979 wie 1975, ja wie 1971 — mit Änderungen fast aller Ergebnisse nur innerhalb des Zehntelbereiches. Absolute Stabilität. Trotz

Fernsehens, trotz Presse, trotz Multiplikatoren — oder gerade deswegen? Die Problematik der Interpretation von Zeitströmungen ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß man eine Entwicklung meist erst dann identifiziert, wenn sie ihren Höhepunkt bereits überschritten hat. Es ist so wie es in einem Lied von Reinhard Mey trefflich geschildert wird: Kaum hat der junge Mann seine Braut vom Land in die Stadt geholt, kommt er drauf, daß man nun ein Zweithaus auf dem Land brauche.

Zwischen 1972 und 1976 ist nach einer Emnid-Umfrage der Wunsch der Deutschen nach einem Eigenheim von 61 auf 71% gestiegen. Wird er noch weiter steigen?

Wird sich die zur Zeit überbordende Reisewelle wieder beruhigen oder wird die Zahl der Fernreisen weiter linear ansteigen?

Es ist äußerst schwierig, die Entwicklung von Zeiterscheinungen vorauszusagen. Leichter möglich ist es, mit Hilfe der empirischen Sozialforschung den Verlauf von Zeitentwicklungen rückwirkend zu verfolgen und mit anderen Phänomenen — etwa mit der Herausbildung von Universalmedien — in Beziehung zu setzen. Dabei ist aber sehr darauf zu achten, nicht vorschnelle Schlüsse über Kausalzusammenhänge zu ziehen. Denn oft liegen multidimensionale Kausalitäten, also ganze Ursachenbündel, vor. Es besteht die Gefahr, Scheinkorrelationen, fälschlich als kausal angenommenen Zusammenhängen, auf den Leim zu gehen. Wie Frau Professor Noelle-Neumann im zitierten Sammelband über den Wertewandel darlegt, fällt das Ansteigen des Interesses an Politik zwischen 1952 und 1973 mit dem Ansteigen der Fernsehbeteiligung zusammen. In den frühen sechziger Jahren besaß die Hälfte der bundesdeutschen Haushalte ein Fernsehgerät — allgemein an Politik interessiert waren 30% der Bundesbürger. In den frühen siebziger Jahren gab es bereits in fast allen Familien einen Fernseher, und das politische Interesse war auf beinahe 50% angewachsen. Ob diese „Politisierung" der Bürger ausschließlich, vor allem, zum geringen Teil oder gar nicht auf

das Fernsehen zurückzuführen ist, das ist die Frage! Schließlich hat die Nutzung der Printmedien zugenommen, der staatsbürgerliche Unterricht wurde ausgebaut, dadurch Vorurteile abgebaut und die Demokratie gefestigt. Die öffentliche Meinung wurde durch die Entwicklung an den Hochschulen, durch wirtschaftliche Phänomene, wie Streiks und Arbeitslosigkeit, und nicht zuletzt durch den Terrorismus politisiert, während sich gleichzeitig die objektive wirtschaftliche und subjektive persönliche Lage des einzelnen Bundesbürgers stabilisiert hat. Man konnte es sich also gewissermaßen leisten, an Politik interessiert zu sein, ohne sich wirklich engagieren zu müssen: Politik als Show. Die Rolle der Medien als Kaleidoskop all dieser Entwicklungen und die Funktion der Mediatoren als Spielansager auf der politischen Bühne wird niemand leugnen. Es geht vielmehr darum, Verlauf und Intensität medialer Beeinflussung zu bestimmen. Alle Beobachtungen deuten darauf hin, daß es sich um sehr komplexe Zusammenhänge handelt — um das Funktionieren eines sehr feinmaschigen Netzwerkes sozialer Interaktion. Jeder Versuch, ein Gesamtmodell dieser Interaktionen und Kommunikationen zu erstellen, muß scheitern. Setzt man etwa die Zahl der wirtschaftlichen und politischen Meinungsführer mit 12% an und teilt man sie in Innovatoren und Traditionalisten — wie dies Karl Blecha und Ernst Gehmacher in ihrer Studie „Opinion-leader in Österreich" getan haben — dann wird man bald gefragt werden, was nun „innovatorische" und was „traditionalistische" Verhaltensweisen und Inhalte sind. Lassen Sie mich deshalb ein provokativ simples Bild über den Prozeß der Meinungsbildung zeichnen:

> Ein Anstreichergeselle steht auf einer hohen Leiter und malt im Auftrag eines Kunden eine Häusermauer zitronengelb an. Unten steht ein Gehilfe, hält die Leiter, reicht die Farbe hinauf und gibt Ezzes über den Farbton. Der Hausbesitzer und sein Nachbar stehen ebenfalls dabei und mischen kräftig mit.

Sie dürfen nun raten, wer Kommunikator, Opinion-leader, Rezipient ist, was Medium und was Message ist.

Doch Spaß beiseite.

Kurzfristig haben Massenmedien nachweislich Lebensgewohnheiten geändert. Dem bereits zitierten Bericht von Frau Noelle-Neumann entnehme ich, daß der Anschaffung eines Fernsehgerätes nach einem Jahr eine Steigerung des politischen Interesses von 36 auf 44% folgte, während dieses bei einer Kontrollgruppe ohne Fernsehgerät im gleichen Zeitraum von 51 auf 48% sank. Doch waren das nicht ganz verschiedene Ausgangspositionen — politisches Interesse bei 36% und bei 51%? Was war im Jahr 1966/67 sonst noch alles kausal, und wie würde sich ein derartiges Experiment heute darstellen? Nach jeder Antwort tun sich immer wieder neue Fragen auf. Wenn 1967 die Gespräche zwischen Ehepartnern nach Anschaffung eines Fernsehgerätes eingeschränkt wurden — hat sich die Situation heute vielleicht wieder geändert? Wenn in derselben Versuchssituation die Bereitschaft, Sport zu treiben, von 37 auf 26% zurückging — steigt sie heute, im Zeitalter der Fit-mach-mit-Bewegung vielleicht wieder an? Wenn die Frauen 1969 zu 61% gleich nach dem Essen abgewaschen haben, 1976 aber nur mehr zu 51% — wer oder was ist daran schuld: das Fernsehen, der Feminismus, die höhere Zahl der Geschirrspüler, die man ja auch am nächsten Morgen einschalten kann? Alle Faktoren zusammen? Sind Faulheit und Fadesse unser Schicksal? Wenn ja, was tun wir dagegen? Gerhard Schmidtchen hat — ebenfalls gestützt auf die Umfragen des Allensbacher Instituts — den Zusammenhang zwischen dem Aufstieg der Massenmedien und der Einstellung zur Politik in folgenden Richtungen gesehen:

1. Personen, die viel fernsehen, aber wenig lesen, finden die Politik unterhaltsam, einem Kasperltheater nicht unähnlich.
2. Personen, die viel fernsehen und viel lesen, erkennen die Hintergründe der Politik. Das Fernsehen entlastet sie nicht,

es regt sie vielmehr zu höherer Eigenleistung im Informationsbereich an.

3. Die Massenmedien steigern die politische Ambivalenz, d. h., die Zahl der Wähler mit lockerer Parteibindung (Wechselwähler) ist gestiegen.
4. Die Bereitschaft zur Kritik an Institutionen — wie z. B. an den Kirchen — ist durch das Fernsehen angestiegen.
5. Trotz steigenden politischen Interesses sinkt die Entscheidungsfähigkeit der Wähler. Die Politik selbst wird irrationaler; Wahlen werden nur mehr als Persönlichkeitsduelle empfunden.

Aus all diesen Beobachtungen ergibt sich zwingend die Frage — was war früher, die Henne oder das Ei? Werden die Zeitströmungen von den Medien bzw. Mediatoren erzeugt oder wenigstens verstärkt — oder veranlassen umgekehrt die Zeitströmungen die Medien zu reagieren? Ich komme ebenso zwingend zu dem Schluß, daß es sich um eine Simultanbühne, um eine eindeutig dialogische Situation, vielleicht um eine kybernetisch als Regelkreis zu beschreibende Form sozialer Interaktion handelt, die sich vom Geschehen in der kleinen Gruppe nur dadurch unterscheidet, daß sie Sichtgeschwindigkeit durch Lichtgeschwindigkeit und Überschaubarkeit durch Universalität ersetzt.

- Wenn der ORF am 24. Oktober 1978 mit einer einstündigen Fernsehsendung über biologischen Landbau einen Posteinlauf von 15.000 Karten und Briefen provoziert hat und anschließend eine Broschüre an diese Seherschaft verschickte, in der der Stand des Wissens über alternative Formen des Landbaues zusammengefaßt wurde, dann hat er ein gesellschaftlich latent vorhandenes Bedürfnis freigelegt und interpretiert — aber sicher nicht geschaffen. Der ORF hat Wirkung erzielt, weil er einer Zeitströmung diente.
- Wenn sich nach der Fernsehserie Holocaust, die im Mittel 40% der Österreicher sahen, nach den Zusatzfragen im

Infratest etwa 5% (oder 300.000) Menschen in ihrer Einstellung zu den Greueln der Nazizeit geändert haben, hat der ORF Aufklärung und Volksbildung betrieben. In diesem Fall mit den dem Medium Fernsehen adäquaten stilistischen Mitteln.

Wir werden nicht versäumen, aus diesen Erfahrungen Schlüsse zu ziehen. Sicher aber werden wir nun nicht auf den Gedanken verfallen, uns zum Schulmeister der Nation aufzuspielen. Das wäre weder durch das Rundfunkgesetz gedeckt, noch liegt es in der Absicht eines demokratischen Journalisten und Medienverantwortlichen. Ein Beispiel: Wir werden allen gesellschaftlich relevanten Kräften, die sich vielleicht Sorgen über den Geburtenrückgang in Österreich machen, die Plattform der Medien zur Verfügung stellen. Von sich aus aber eine Fertilitätskampagne zu führen — dazu ist der ORF nicht bereit.

Wenn der Glaube an den Fortschritt sich in den letzten zehn Jahren — wie Frau Noelle darlegt — beinahe halbiert hat (1967: 66%, 1977: 38%), so müßte ich als Medienvertreter jeder möglichen Unterstellung entgegentreten, daß dafür die Massenkommunikationsmittel kausal gewesen oder daran gar „schuld" seien. Gleichzeitig kann es nicht Aufgabe der Massenkommunikationsmittel sein, eine solche nun einmal festgestellte Entwicklung quasi in Eigenregie zu bekämpfen. Dafür müssen sich interessierte Gruppen finden, die, sollten sie gesellschaftlichen Rückhalt nachweisen können, zweifelsohne Medienbeachtung erhalten würden.

Zusammenfassend darf ich Ihnen folgende Thesen zu dem mir gestellten und im Rahmen eines solchen Vortrages nur andeutungsweise zu erfassenden Thema vorlegen:

1. Die Massenmedien sind auf dem Weg dazu, Universalmedien zu werden, d. h., das gesamte Publikum zu erfassen. Der quantitative Sättigungsgrad wird bald erreicht sein; in qualitativer Hinsicht sind den Medien keine

Grenzen gesetzt, ihr Angebot zu verbessern. Mehr als in der Vergangenheit wird es darauf ankommen, differenzierte Zielgruppen bestmöglich zu bedienen.

2. Es besteht die Tendenz, daß die Massenmedien mehr Information brauchen, als es tatsächlich Information gibt. Man erzeugt Information. Diese Tendenz widerspricht der Hauptaufgabe jeglicher Information, nämlich der Orientierung: „overnewsed — underinformed" ist das fatale Resultat solchen Outputs der Massenmedien. Das Korrelat dazu sind Öffentlichkeitsarbeiter und Politiker, die zur Information keinen argumentativen, sondern nur noch einen instrumentalen Bezug haben. Information als Zeit-Vertreib.

3. Der Deformation der Massenmedien zu einer selbsternannten „4. Gewalt" ist entgegenzuwirken. Verantwortung und Qualität der Massenmedien sind Schicksalsfragen der Informationsgesellschaft. Die Perversion der Medienfreiheit wäre das massenmediale Ausgeliefertsein der Gesellschaft. Die Rolle des Medienmitarbeiters als Kommunikator oder Mediator wird zunehmend schwieriger. Neue Modelle der Ausbildung, ein klares Berufsbild und eindeutige Orientierungslinien über das Objektivitätsgebot der berichtenden und die Pluralitätsverpflichtung der engagierten Publizistik sind mindestens so wichtig wie soziale Sicherheit.

4. Der Informationsprozeß folgt nicht einem ein- oder zweidimensionalen Muster, sondern entspricht in seinem Wesen der Vielfalt menschlicher Interaktion und Kommunikation. Meinungsbildner gibt es überall — nicht nur in den Medien —, und es wird immer öfter vorkommen, daß diese deutlichen Feedback aus ihrer „Gefolgschaft" bekommen. Wesentlicher als die Mittlerrolle erscheint mir die Induktionsrolle der Multiplikatoren. Wenn die Massen von den Massenmedien beeinflußt werden, so werden die Massenmedien von den Multiplikatoren beeinflußt. Der Intellektuelle nimmt via Massenmedien seine Lotsenrolle in Sachen Zeitgeist in nie gehabtem Ausmaße wahr.

5. Mag der passive „Konsum" von Massenmedien mit allen seinen Begleiterscheinungen heute noch das Hauptcharakteristikum des Rezipienten in der „informierten Gesellschaft" sein, so gibt es bereits Gegentendenzen — ob diese im Spontanecho, in weiterführenden Gesprächen, in Publikumsbeteiligung oder gar „Bürgerfernsehen" bestehen. Der Rezipient entscheidet immer mehr nach dem tatsächlichen Nutzen, den ihm das universal verfügbare Medium verschafft.

6. Das Verhältnis der Medien, Mediatoren und Multiplikatoren zu den Zeitströmungen ist ein wechselseitiges. Die Wirkung der Medien kann nicht isoliert von anderen sozialen Kommunikations- und Interaktionsprozessen und vom Nutzen, den sich der Bürger erwartet, gesehen werden. Die Aufgabe der Medien ist und bleibt es, Spiegel und Lupe der Wirklichkeit, Plattform des Diskurses und damit dienstbarer Geist jener Gesellschaft zu sein, in der sie wirken.

Die materielle Basis des Lebensstandards in Österreich — Erwartungen und Forderungen

Prof. DDr. Rupert Gmoser

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Sozialforschung im Österreichischen Gewerkschaftsbund
Abgeordneter zum Nationalrat

Der Oesterreichischen Nationalbank ist für den Mut zu danken, in einem politischen Klima, das in diesem Jahr allzu oft und allzu stark von emotionalen und irrationalen Faktoren eines permanenten Wahlkampfes geprägt ist, den Versuch zu wagen, Probleme in den Mittelpunkt der Diskussion zu stellen, die wohl weit über die nächste Legislaturperiode und auch die politischen Kräfteverhältnisse in Regierung und gesetzgebenden Körperschaften hinausreichen. Ich darf dem Generalthema Technik-, Wachstums-, Wissenschaftsverdrossenheit, Analyse einer Zeitströmung, zwei Aspekte hinzufügen, die im Gegenwartsbewußtsein der westlichen Industriegesellschaft vielleicht noch schwerer wiegen — Politikverdrossenheit und letzten Endes Demokratieverdrossenheit. Die drei erstgenannten Problemkreise können nur zu leicht in einer Infragestellung unseres gesamten Gesellschaftssystems münden. Ein nicht unwesentlicher Grund für die Gefahr einer solchen Entwicklung scheint mir darin zu liegen, daß gerade in einem Zeitabschnitt intensiver politischer Auseinandersetzung, und dazu zählt eine Nationalratswahl zweifellos, über die wirklichen Probleme unserer Zeit für den mündig werdenden Bürger, der meist auch ein kritischer Zeitgenosse ist, zu wenig gesprochen wird. In der Telekratie überwiegt zu stark der Showcharakter

des Politischen. Darum meine ich, ist jeder ernsthafte Ansatz zum Nachdenken so sehr zu begrüßen.

Ich muß allerdings gleich einleitend feststellen, daß ich vom Veranstalter dieser Tagung aus verschiedenen Gründen mit dem mir gestellten Thema überfordert wurde. Die Thematik ist so komplex, daß 60 Minuten nicht einmal reichen, schwerpunktartig jene Probleme aufzuzeigen, die zur Diskussion stehen. Ich soll mich gemäß Referatstitel der ökonomischen Seite des Generalthemas widmen. Wie aber schon in den Ausführungen meiner Vorredner, die in erster Linie als Soziologen oder Meinungsbildner das Wort ergriffen, zu erkennen war, ist eine Teilung unserer Fragestellung in einen ideologischen, politischen, ökonomischen, soziologischen, technologischen und wie immer sonst gearteten Bereich nur beschränkt möglich. Ich bitte daher um Entschuldigung, wenn ich mich in meiner Darstellung der Grenzüberschreitung schuldig mache. Der zweite Grund für die Überforderung ist, daß es auf unsere Fragestellung keine exakte wissenschaftliche Antwort geben kann, denn es ist ein politisches Thema mit einer naturnotwendig subjektiv weltanschaulichen Komponente. Wenn Herr Generalintendant Bacher in seinem Referat an einem Beispiel zeigte, daß etwa die Kirche, um meinungsbildend zu wirken, in ihrer Öffentlichkeitsarbeit weniger fragen sollte, sondern eher für die fragenden Menschen gültige Antworten zu formulieren hätte, glaube ich umgekehrt, daß es nicht um Patentrezepte oder Universallösungen gehen kann, vielmehr ist der Beitrag, den vor allem die kritische Intelligenz in unserer Situation leisten kann, das Fragen. Als drittes Element darf ich noch, um der Beurteilbarkeit meiner Aussage willen, meinen persönlichen Standpunkt als Fragender und um Antwort Bemühter umreißen: Ich spreche zu Ihnen aus der Sicht des empirischen Sozialforschers, der sich mehr als zwei Jahrzehnte in Österreich im Rahmen des Österreichischen Gewerkschaftsbundes um die Durchleuchtung der Haltung der Arbeitnehmer zur Wirtschafts- und Sozialordnung bemühte, die sich in der Zweiten Republik seit 1945 entwickelt hat.

Welcher Zusammenhang besteht überhaupt zwischen den verschiedenen Ausdrucksformen der Verdrossenheit und der materiellen Basis des Lebensstandards? Eine alte marxistische Erkenntnis gilt auch und gerade für die freiheitlich parlamentarische Demokratie immer noch: das Sein bestimmt das Bewußtsein. Den besten Beweis hierfür liefert nicht die Meinungsforschung, sondern das Wahlresultat des 6. Mai 1979. Solange Staat und Regierung in der Lage sind, für die große Mehrheit der Menschen dieses Landes ihre kardinalen wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen — Sicherung des Arbeitsplatzes, Erhaltung der Kaufkraft der Währung, steigender Lebensstandard als Konsequenz der Sicherung des Wirtschaftswachstums — zu verwirklichen, ist die Verdrossenheit eher ein Diskussionsgegenstand für akademisch gebildete Zirkel. Die Arbeitnehmer bekennen sich mit einem gewissen Stolz zu den Erfolgen einer Wirtschaftspolitik, die sie entscheidend mitgeprägt und mitgetragen haben. Keiner Oppositionsgruppe ist es gelungen, der Mehrheit der Österreicher die Freude über das Erreichte zu nehmen. Die Integration der Arbeitnehmer in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, die in diesem Bewußtsein zum Ausdruck kommt, ist vielleicht der entscheidende gesellschaftspolitische Wandel Österreichs seit 1918. Die Erste Republik ist nicht zuletzt auch daran gescheitert, daß Österreich ein Staat war, den keiner wollte. Eine Republik, die den Arbeitnehmern nicht Brot und Arbeit garantieren kann, verliert ihre Strahlkraft. Die Jahre nach 1945 waren im Gegensatz zur Zeit vor 1938 davon geprägt, daß die Arbeitnehmer und ihre Organisationen von der Stunde Null weg ihr vorbehaltloses Ja zu Österreich auch durch die Teilnahme am Aufbau einer funktionierenden Wirtschaftsordnung manifestierten. Die Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft ist selbst nach dem Ende der Großen Koalition von keiner der großen Gesellschaftsgruppen und politischen Organisationen in Frage gestellt worden.

Der Vorwurf linker und rechter Gesellschaftskritiker an die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, in Österreich immerhin rund 60% der Beschäftigten, lautet demgemäß in

vielerlei Form: Ihr Arbeitnehmer seid zu brav, zu wenig radikal, seid zu sehr angepaßt an den Spätkapitalismus, stellt diese Ordnung des Unrechts und der Ausbeutung viel zu wenig in Frage. Sei immer zufrieden, verlang nicht zu viel, wird als inoffizielle Gewerkschaftshymne kolportiert.

Es stimmt, das beweisen sowohl sämtliche Betriebsratswahlergebnisse als auch ÖGB-Umfragen im Laufe der letzten 20 Jahre: Wirtschaftsverdrossenheit in dem Sinn, daß sich die Arbeitnehmer gegen materiellen Wohlstand, gegen Wirtschaftswachstum, gegen die Leistungsgesellschaft stellen, die Beseitigung der Gemischtwirtschaft österreichischer Provenienz als Wunschtraum hegen, ist nur in Promillesätzen feststellbar. Das heißt allerdings nicht, daß die Arbeitnehmerseite keinerlei Änderungswünsche hinsichtlich der weiteren Wirtschaftsentwicklung hätte. Es besteht fast hundertprozentiger Konsens quer durch die verschiedenen Gewerkschaftsfraktionen über die Notwendigkeit der Fortführung der Vollbeschäftigungspolitik. Aber über das „Wie", welche konkreten Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles ergriffen werden sollen, zeigt die Meinungsforschung etwa am aktuellen Beispiel der Energiepolitik, daß die Mehrheit der Arbeitnehmer einen anderen Standpunkt vertritt als jene überwiegend intellektuellen Kritiker, die aufgrund ihrer Technik- und Wachstumsverdrossenheit das „Nein" zur Kernenergie vertraten.

ÖGB-Umfrage Oktober und Dezember 1978

Angaben in Prozent der Befragten

a) In fast allen Industriestaaten wird derzeit die Frage der Nutzung der Atomenergie für friedliche Zwecke heftig diskutiert. Auch in Österreich hört man die verschiedensten Meinungen darüber. Wie sollte sich Ihrer Meinung nach der ÖGB in dieser Auseinandersetzung um die Atomenergie verhalten?

Der ÖGB soll sich in die Auseinandersetzung nicht einmischen ..... 20·4

Der ÖGB soll sich im Interesse der Arbeitnehmer für die Nutzung der Atomenergie aussprechen ...	57·6
Der ÖGB soll sich im Interesse der Arbeitnehmer gegen die Nutzung der Atomenergie aussprechen	4·4
Der ÖGB soll sich für weitere umfassende Diskussion und Information über die Atomenergie einsetzen, aber beim derzeitigen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnis gegen die praktische Nutzung der Atomenergie aussprechen	11·2
Weiß nicht	6·3

b) Sind Sie persönlich für oder gegen die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf?

Bin dafür	72·8
Bin dagegen	15·5
Weiß nicht	11·7

c) Wie beurteilen Sie das Ergebnis der Volksabstimmung vom 5. November 1978 für die österreichischen Arbeitnehmer, das Kernkraftwerk Zwentendorf nicht in Betrieb zu nehmen?

Sehr gut	6·4
Gut	9·6
Weder gut noch schlecht	23·2
Sehr schlecht	57·5
Weiß nicht	3·3

Die meisten kritischen Ansichten werden von Arbeitnehmerseite aber in punkto Einkommensverteilung vorgebracht. Dem Kampf gegen die Armut wird zunehmend größere Bedeutung zugemessen. Aber es geht nicht nur um wirtschaftliche und soziale Randgruppen, die auch in den guten Jahren Stiefkinder der Konjunktur blieben; sondern gerade bei jenen, die positiv zum erreichten Lebensstandard stehen, taucht immer wieder die uralte Frage nach der wirtschaftlichen Gerechtigkeit auf. Dabei ist man aber nicht von Illusionen und unrealistischen Forderungen erfüllt. Im Gegenteil.

ÖGB-Umfrage Juni 1978

Um wieviel Prozent wird im heurigen Jahr das Realeinkommen gegenüber dem Vorjahr steigen?

	Prozent der Befragten
steigt um 1%	10·6
steigt um 2%	10·3
steigt um 3%	15·4
steigt um 4%	7·8
steigt um 5%	8·3
steigt um 6 bis 10%	5·3
steigt um mehr als 10%	0·3
bleibt gleich	17·3
weiß nicht	6·7
sinkt	7·2

Die bekannte Benya-Formel spiegelt offensichtlich in Zahlen die einkommenspolitische Erwartung der Arbeitnehmer wider. Nicht Verdrossenheit ist die Grundeinstellung des Arbeitnehmers zur materiellen Basis, sondern Realismus, der durchaus bereit ist, auch Einschränkungen auf sich zu nehmen, Abstriche von den Zuwachsraten in Kauf zu nehmen. Allerdings unter einer Voraussetzung: Jene Gruppen, die ungleich mehr vom materiellen Aufstieg in der Zweiten Republik profitierten als die Arbeitnehmerseite, sollten mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Forderung nach dem Nullwachstum wird von der Arbeitnehmerseite als unakzeptable Zielsetzung betrachtet, denn die Verwirklichung einer solchen Politik scheint weder die materiellen noch die metaökonomischen Anliegen einer Lösung näher zu bringen. Der notwendige materielle Realismus schließt aber immer mehr eine gesunde Skepsis gegenüber der Vergötzung des nur materiellen Lebensstandards, der Absolutsetzung der Konsumideologie, wie sie für den Spätkapitalismus unserer Zeit teilweise typisch ist, ein. Bereits Anfang der

siebziger Jahre setzte die größte Einzelgewerkschaft der Welt, die bundesdeutsche IG-Metall, neue Signale in Richtung Zukunft. Das neue Schlagwort heißt Lebensqualität. Es geht nicht mehr ausschließlich um quantitative Verbesserungen. Lebensqualität am Arbeitsplatz heißt in der Sprache der Betriebssoziologen und Sozialpsychologen Menschenwürde im Betrieb. Erich Fromm, einer der führenden Psychoanalytiker unserer Zeit, versucht in seinem jüngsten Buch „Haben und Sein" auf die vielzitierte Sinnkrise der Demokratie eine Antwort von einer Warte her zu geben, die oft zu wenig in der derzeit wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung beachtet wird. Er fragt nach den seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft. Fromm sieht die Industriegesellschaft an der Schwelle einer neuen Religiosität, die wohl am besten mit dem Ausdruck „radikalhumanistisches Denken" zu definieren ist. Eine neue Gesellschaft und ein neuer Mensch müssen Abschied nehmen von der Lebensweise des Habens, die sich in Wachstumsfetischismus und Konsumideologie erschöpfte. Der Mensch, der den Mut zum Sein, zu seiner eigentlichen menschlichen Existenz hat, sollte einen neuen Grundcharakter aufweisen:

> Die Annahme der Tatsache, daß niemand und nichts außer uns selbst dem Leben Sinn gibt —
> Die Freude, aus dem Geben und Teilen und nicht aus dem Horten unter Ausbeutung anderer zu schöpfen —
> Liebe und Achtung gegenüber dem Leben in allen seinen Manifestationen zu empfinden.

Für den politisch-ökonomischen Bereich meint Erhart Eppler, einer der führenden Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie, die Frage sei heute nicht mehr, ob Wachstum automatisch Fortschritt sei, sondern ob die technische und wirtschaftliche Entwicklung nicht längst unserer Kontrolle entglitten ist. Das Brutto-Sozialprodukt wächst, wenn immer mehr Abfälle die Umwelt belasten, und es wächst noch einmal, wenn wir Mittel einsetzen, um Umweltschäden zu beseitigen.

Es wächst, wenn der Lärm in unseren Städten zunimmt, und es wächst noch einmal, wenn wir Lärmschutzanlagen anbringen. Es wächst, wenn der Verbrauch von Medikamenten, Drogen und Alkohol zunimmt, und es wächst noch einmal, wenn die durch Medikamente, Drogen oder Alkohol Geschädigten behandelt werden müssen. Daß nicht alles gut für uns ist, was wir ökonomisch und technisch leisten können, ist zur Binsenweisheit geworden. Daß wir für erhöhte Produktion von Zigaretten, Medikamenten oder Kunststoffen einen Preis bezahlen müssen, ist kaum mehr umstritten. Diskutiert wird, wo jeweils der Punkt erreicht wird, von dem ab wir mehr bezahlen, als wir dafür bekommen. Daß es diesen Punkt gibt, wird ernsthaft nicht mehr bezweifelt. Was ist aber dann Fortschritt? Daß nur Fortschritt sein kann, was dem Menschen, seiner Verwirklichung in der Gemeinschaft mit anderen dient, mag abgedroschen klingen. Ganz so selbstverständlich ist es nicht. Zugegeben, es wird nie volle Übereinstimmung darüber geben, wie der Mensch sich verwirklicht. Aber es gibt doch eine Unzahl von Feststellungen, die sich unabhängig davon treffen lassen: Daß vergiftete Nahrung dem Menschen weniger zuträglich ist als unverdorbene, daß ein Arbeitsplatz, der seinen Inhaber binnen weniger Jahre gesundheitlich ruiniert, durch die beste Bezahlung nicht mehr zu rechtfertigen ist, daß eine Stadt durch großzügige Grünanlagen und Kinderspielplätze gewinnt, all dies ist unter ernsthaften Menschen nicht umstritten. Je ärmer Menschen sind, umso näher liegen Lebensqualität und Lebensstandard, Wohlbefinden und materieller Konsum zusammen. Je reicher Menschen werden, umso deutlicher entfernt sich die aufsteigende Kurve des Lebensstandards von der rasch abflachenden Kurve der Lebensqualität. Wenn ein Arbeitnehmer statt S 10.000 im Monat S 12.000 nach Hause bringt, kann er sich damit etwas leisten, was er sich schon lange gewünscht hat, was ihm oder seiner Familie Freude macht. Es erhöht sich also in der Regel seine Lebensqualität. Wenn ein Spitzenmanager statt S 100.000 monatlich S 120.000 verdient, so hebt dies allenfalls sein Prestige, seine Einstufung unter seines-

gleichen. Mit der Qualität seines Lebens hat es sicherlich nichts zu tun.

Daß es ein Ausmaß des Konsums geben kann, an dem Gesellschaften zugrunde gehen können, haben uns die Studien des Klubs von Rom gezeigt. Und wenn auch keine einzige Zahl dabei exakt wäre, dies scheinen sie schlüssig bewiesen zu haben: Steigende Wachstumskurven können nicht nur dazu führen, daß die Schere zwischen Lebensstandard und Lebensqualität sich öffnet, sie können die Erhaltung des Lebens selbst gefährden, weil die Lebensgrundlagen erschöpft oder zerstört werden.

Maßstab unseres politischen Tuns ist nicht der gut gekleidete, gut genährte, in einer guten Wohnung lebende Roboter, sondern der Mensch im Bewußtsein seiner Würde und seines Rechts. Gerade da, wo materielle Wünsche erfüllt sind, bricht die Frage nach der Humanität einer Gesellschaftsordnung wieder auf. Die Sicherung des Friedens, der Schutz des Bürgers und eine Wirtschaft, die allen Arbeit gibt und unsere Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sicherstellt, sind wichtige Bestandteile einer menschengerechten Politik für morgen. Davon allein aber hängt nicht die Wohlfahrt des Menschen ab. Ein Mehr an Produktion, Gewinn und Konsum bedeutet noch nicht automatisch ein Mehr an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeit für den einzelnen. Der Wohlstand hängt heute genausosehr von Gemeinschaftseinrichtungen ab wie von privaten Einkommen. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Wir brauchen auch heute Leistung und Wirtschaftswachstum. Aber diese Gesinnung darf nicht zu einem inhumanen Materialismus entarten. Soll das „Ja" der Arbeitnehmer zu Wirtschaft und Gesellschaft auch für die Zukunft gelten, müssen die politisch Verantwortlichen dafür sorgen, besser als bisher das Bedürfnis der Menschen zu befriedigen, Entscheidungsträger und nicht bloß Objekt von Entscheidungen zu sein; d. h. mehr Demokratie in allen Bereichen unseres wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Demokratisierung und Humanisierung der Gesellschaftsordnung sind identisch.

Können wir uns in Österreich eine Technik- und Wachstumsverdrossenheit leisten?

Prof. Dkfm. Hans Seidel

Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung

Die Stellung des Ökonomen zum Themenkreis der Tagung ist eindeutig: Weder Österreich noch die anderen Industrieländer (und zumindest auf längere Sicht auch nicht die Entwicklungsländer) können sich eine Wachstums- und Technikverdrossenheit leisten. Es empfiehlt sich daher, dieses Thema allgemein aus ökonomischer Sicht zu behandeln und österreichische Beispiele nur zur Illustration heranzuziehen.

Vom Ökonomen wird meist angenommen, daß er gleichsam „von Berufs wegen" ein Fanatiker des Wirtschaftswachstums sei. Das ist eine grobe Unterstellung, wie sich leicht an Hand der Dogmengeschichte nachweisen läßt. So weit Wirtschaftswissenschaftler normative Aussagen getroffen haben, war für sie Wirtschaftswachstum immer ein Optimierungsproblem unter zahlreichen Randbedingungen. Der „humane" Wert des Wirtschaftswachstums liegt für sie in der Überwindung der Armut und in der Befreiung des Menschen vom Bibelfluch „Im Schweiße deines Angesichtes sollst du dein Brot verdienen".

Selbstverständlich wird Wirtschaftswachstum nicht immer ein vordringliches Ziel der Menschheit bleiben; es gibt gesellschaftliche Grenzen des Wachstums, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die Knappheit an natürlichen Ressourcen trotz fortschreitender Entwicklung der Technik zu Einschränkungen zwingen wird. Was man jedoch nicht genug betonen kann, ist, daß durch vorzeitigen Abbruch des Wachstumsprozesses und den Verzicht auf technischen Fortschritt gerade jene Ziele verfehlt werden, die man damit zu erreichen hofft: die Sicherheit des Arbeitsplatzes, der Schutz vor Naturkatastrophen oder Erschöpfung begrenzter natürlicher Ressourcen.

Bevor darauf eingegangen wird, erscheint es nützlich zu fragen: Wie tief wurzelt eigentlich die Abneigung gegen Wachstums-, Technik- und Wissenschaftsverdrossenheit? Ergebnisse von Meinungsbefragungen können nur begrenzt herangezogen werden, weil es schwierig ist, Suggestivfragen zu vermeiden. Im Laufe der Geschichte wechseln Perioden von Fortschrittsgläubigkeit und Zukunftsoptimismus mit romantischer Vergangenheitsverklärung und pessimistischen Zukunftsahnungen. Möglicherweise handelt es sich nur um eine vorübergehende Erscheinung, wie etwa die Schäferspiele im Rokkoko oder der Bau von neuromanischen und neugotischen Burgen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die im Grunde nur Symptome für die Ablösung von alten Führungsschichten waren. Möglicherweise handelt es sich aber um eine tiefgreifende Furcht aller sozialen Schichten vor einer zunehmend komplexeren Realität, die man nicht mehr begreifen kann und vor der man sich daher in eine Traumwelt flüchtet. In diesem Falle ist Technologie und Wachstumsverdrossenheit nur ein Symptom für ein allgemeineres Phänomen: Die Menschen unserer Zivilisation sind nicht mehr imstande, Herausforderungen zu erkennen und auf sie in einer angemessenen Form zu reagieren. (Die sogenannte Energiekrise ist ein gutes Beispiel hiefür.)

Wachstums- und Technikverdrossenheit gehen mit einem Hang zu Konservatismus einher. Es ist daher zulässig, das

sogenannte Biedermeier-Modell als Ausgangspunkt der Diskussion zu wählen. Die Menschen hoffen, künftiges Unheil abwenden zu können, wenn man auf weiteres Wirtschaftswachstum und neue technologische Entwicklungen verzichtet, bzw. wenn man ein bestimmtes sozio-ökonomisches Niveau und eine bestimmte Struktur einfrieren läßt; unter Umständen soll auf vorwissenschaftliche Erfahrungen der vorindustriellen Zeit zurückgegriffen werden (etwa in der Medizin oder im Landbau). Was im Falle von „Dornröschen" zumindest für 100 Jahre möglich war, ist jedoch in der realen Welt keine zielführende Strategie. Aus ökonomischer Sicht sind gegen eine solche Strategie vier Einwände hervorzuheben:

1. Wachstumsverzicht wird vor allem vom gehobenen Mittelstand als Heilmittel empfohlen. Ein Gesellschaftskontrakt der Art, daß die Wohlhabenden eines Landes bereit sind, auf eine weitere Wohlstandsmehrung zu verzichten, wenn die Armen bereit sind, in ihrer Armut zu verharren, ist weder in einem Land noch zwischen mehreren Ländern mit verschiedenen Entwicklungsniveaus möglich. Die Einkommensdifferenzierung in unserem sozio-ökonomischen System wurde letztlich nur dadurch akzeptabel, daß die Ärmeren darauf bauen konnten, dank dem allgemeinen Wirtschaftswachstum in einigen Jahren imstande zu sein, sich jene Güter zu leisten, die der Nachbar schon heute hat. Fehlt diese Chance, dann ist etwa das österreichische System der Sozialpartnerschaft, das auf einer relativen Konstanz der Einkommensverteilung aufbaut, überholt, und es müssen neue und vermutlich hierarchische Strukturen geschaffen werden. Es fehlen jedoch Erfahrungen, welche Einkommensdifferenzierungen aus Effizienzgründen auch in einem stationären System notwendig wären und welche Einkommensdifferenzierungen in einem solchen System gesellschaftlich akzeptiert werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dieser „Suchprozeß" in Form schwerer sozialer Erschütterungen mit Inflation und Arbeitslosigkeit abspielt.

Die Tendenz zu sozialen Konflikten wird zusätzlich dadurch genährt, daß bei den niedrigen Wachstumsraten einiger westlicher Industrieländer überdurchschnittliche Einkommenszuwächse bestimmter Bevölkerungsschichten bereits zur Folge haben, daß andere Einkommensschichten absolute Einkommensrückgänge in Kauf nehmen müssen, gegen die sie sich mit aller Macht wehren. Darauf läuft nach Ansicht vieler Experten die „englische Krankheit" hinaus.

2. Eine stationäre Wirtschaft erfordert ganz andere Strukturen als eine dynamische Wirtschaft. Die Vorstellung, daß jeder seinen gewohnten Arbeitsplatz an seinem gewohnten Arbeitsort beibehalten kann, ist unrealistisch. Vielmehr muß damit gerechnet werden, daß der Versuch, Anpassungen zu vermeiden, mit besonders starken Anpassungszwängen verbunden sein wird. Den Ökonomen ist dieser Sachverhalt durch die Unterscheidung zwischen Strom- und Bestandsgleichgewichten geläufig. Die Zahl der Menschen, die in der Investitionsgütererzeugung beschäftigt werden, hängt von der Wachstumsrate der Wirtschaft ab, ebenso wie der Bedarf an Ingenieuren von der Rate des technischen Fortschrittes bestimmt wird. Gerade die österreichische Wirtschaft mit ihrer besonders hohen Investitionsquote müßte besonders starke Umschichtungen in Kauf nehmen, wenn die Investitionen auf das bei Null-Wachstum nötige Ausmaß gedrückt werden.

3. Zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern beginnt sich eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung abzuzeichnen. Die Entwicklungsländer sind dank ihrer billigen Arbeitskräfte in der Lage, Produkte, die mit angelernten Arbeitskräften in Massenproduktion hergestellt werden können, weit billiger anzubieten als die Industrieländer mit ihren hohen Löhnen und ihrem ausgebauten System der sozialen Sicherheit. In diesem

Konkurrenzkampf können die Industrieländer auf die Dauer nur bestehen, indem sie ständig neue Produkte entwickeln, die sie zunächst in relativ kleinen Serien und mit Hilfe qualifizierter Arbeitskräfte herstellen und deren Erzeugung sie an die Entwicklungsländer abgeben, sofern das Produkt in das Reifestadium der Massenproduktion kommt. Berücksichtigt man, daß die Entwicklungsländer zur Zeit erst einen Bruchteil der Produkte liefern, die sie aufgrund ihrer Standortvorteile kostengünstig erzeugen können, so wird offenkundig, daß die Industrieländer ihr Reallohnniveau und ihren Beschäftigungsgrad nur behaupten können, indem sie den technologischen Fortschritt ständig vorantreiben. Stillstand bedeutet in diesem Falle — wie auch sonst im Leben — bereits Rückschritt. Dieser Punkt sollte besonders in Österreich beachtet werden. Die Forschungsintensität der österreichischen Industrie ist relativ gering, und der Anteil der „gefährdeten" Produkte, die von Entwicklungsländern viel billiger angeboten werden können, ist besonders groß.

4. Es ist ein Irrtum zu glauben, daß man durch Wachstumsverzicht die Probleme der Energie- und Rohstoffversorgung sowie der Umweltbelastung lösen kann. Auf diese Weise läßt sich bestenfalls das Tempo drosseln, in dem sich die Vorräte an erschöpflichen Ressourcen verringern. Das mag in einzelnen Fällen von Vorteil sein. Letztlich kann jedoch die Menschheit nur dann überleben, wenn die Erde nicht einem Raumschiff mit beschränkten Ressourcen gleicht, sondern dank dem technischen Fortschritt Alternativen für knapper werdende Rohstoffe und Energieformen gefunden werden.

Mit alldem soll weder einer unkritischen Wachstumsphilosophie noch einer naiven Technologie- und Wissenschaftsgläubigkeit das Wort geredet werden. Man muß betonen, daß Wirtschaftswachstum nur ein Mittel zum Zweck ist, nämlich

zu einem humaneren und erfüllteren Leben. Die Hoffnung auf die technologische Wunderwaffe, die unsere Ressourcenprobleme mit einem Schlage lösen werden, könnte sich ebenso illusorisch erweisen wie der Glaube an Wunderwaffen im Zweiten Weltkrieg. Man muß zur Kenntnis nehmen, daß die geistigen Probleme der Wohlstandsmehrung noch nicht hinreichend bewältigt wurden und daß der technische Fortschritt nur in bestimmten Grenzen steuerungsfähig ist. Mit der romantischen Verklärung einer unromantischen Vergangenheit und einer grundsätzlichen Frontstellung gegen herkömmliche wissenschaftliche Verfahren und ihren Ersatz durch kulthafte Handlungen wird man jedoch die anstehenden Probleme sicherlich nicht lösen.

Wirtschaftswachstum und Weltwirtschaft

Anforderungen an das Wachstum in den Ostblock-, Entwicklungs- und Industrieländern

Dr. Peter Jankowitsch

Österreichischer Botschafter bei der OECD, Paris

Die Diskussion über wirtschaftliches Wachstum wird in den westlichen Industriegesellschaften heute — d. h. praktisch am Beginn der achtziger Jahre — unter wesentlich anderen Voraussetzungen geführt als vor zehn Jahren. Die letzten zehn Jahre haben der westlichen Welt und damit der Weltwirtschaft als Ganzes ihre schwersten wirtschaftlichen Rückschläge seit den „roaring fifties and sixties", ja seit dem letzten Weltkrieg überhaupt, zugefügt.

So traumatisch waren diese Ereignisse, daß der für sein nüchternes Urteil bekannte österreichische Wirtschaftsjournalist Horst Knapp unlängst sogar die Frage stellen konnte, ob mit den Ereignissen von 1974/75 nicht bloß der bisherige Wachstumstrend einen Knacks abbekommen habe, sondern ob damit nicht sogar das bisher gewohnte Konjunkturmuster gründliche Erschütterung erfahren habe.

Und in der Tat, mit einem Konjunkturmuster traditioneller Prägung ließ sich — in größeren wie in kleineren Volkswirtschaften —, wenn auch nicht immer bequem, so doch mehr oder minder sicher leben. Sicher leben, da die Aufeinanderfolge von Konjunktur und Rezession ziemlich unerschütterlich schien: Wie verläßlich die Konjunkturmuster früherer Jahre waren, zeigt eine Untersuchung, die wir dem National Bureau of Economic Research (einer privaten Forschungsgruppe in Cambridge, Massachusetts) verdanken, welche unlängst das traditionsreiche WALL STREET JOURNAL veröffentlicht hat.

Danach wurden von 1854 bis in die heutige Zeit in den USA 28 Rezessionen verzeichnet, deren durchschnittliche Dauer mit 19 Monaten angegeben wird. 23 Rezessionen waren in Friedenszeiten zu verkraften und dauerten im Durchschnitt 20 Monate. Allerdings dauerten die Rezessionen in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg im Durchschnitt nur mehr 11 Monate und die längste geschichtlich verzeichnete Rezession in den USA, die gar 65 Monate währte, geht schon auf das Jahr 1873 zurück.

Es war ohne Zweifel diese Regelmäßigkeit des Konjunkturablaufes, die in immer neues Wachstum mündete, welche schließlich auch Fragen nach der Möglichkeit, ja Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums, in einer Form auslöste, wie sie der Klub von Rom in seiner heute schon der Wirtschaftsgeschichte angehörenden berühmten ersten Studie 1972 stellen konnte.

Die Frage nämlich, wie lange die Ressourcen der Weltwirtschaft wohl imstande sein würden, ein Wirtschaftswachstum im Tempo der fünfziger und sechziger Jahre zu tragen, Jahre, in denen nicht nur Japan seine legendären Wachstumszuwächse von 10 und 15% erreichte, sondern auch die USA und Westeuropa regelmäßig Zuwächse in einer Größenordnung von über 5% bei einer Inflationsrate erzielten, die noch im Jahrfünft 1960—65 lediglich 2·6% betrug und auch bis 1968 3% nur geringfügig überschritt.

Die Entwicklungen in der Weltwirtschaft in dem vergangenen Jahrzehnt haben nicht nur die Fragen, sondern auch

die Antworten, die der Klub von Rom geben konnte, gründlich verändert und damit auch der Wachstumsdiskussion eine neue Richtung und eine neue Bedeutung gegeben.

In der heutigen Diskussion hat damit vor allem der Begriff des Wachstums erstmals wieder den negativen, ja fast destruktiven Beigeschmack verloren, den ihm die so stark beachteten — zum Teil allerdings auch mißverstandenen — Thesen des Klubs von Rom gegeben hatten. Wachstum ist wieder zu einer nicht nur ernstzunehmenden und respektablen, Wachstum ist zu einer der notwendigsten Kategorien der internationalen wirtschaftspolitischen Diskussion geworden.

Wenn das Wachstum heute wieder zu einem begehrenswerten und positiven Begriff geworden ist, so nicht nur deshalb, weil sich die westliche Industriewelt bis heute von den Folgen der „slumpflation" der Jahre 1974/75 nicht völlig erholt hat und der Wirtschaftsaufschwung der folgenden Jahre im Anlauf steckengeblieben ist: In den 5 Jahren bis 1978 ist das Realprodukt der OECD-Region nur halb so rasch gewachsen als in den beiden Jahrfünften vorher, doch hat sich die Inflationsrate dieses Raumes für den gleichen Zeitraum verdoppelt bis verdreifacht.

An einleuchtenden Erklärungen für diese Situation fehlt es gewiß nicht. Eine kürzlich zu Handen des Wirtschaftspolitischen Komitees der OECD in Paris erschienene Studie drückt die Vermutung aus, daß viele Gründe für den verunglückten Wirtschaftsaufschwung immer noch auf den überhitzten Kosten- und Nachfragedruck zurückzuführen sind, der zu dem inflationsbetonten Konjunkturaufschwung 1972/73 und schließlich zu der weltweiten Rezession 1974/75 geführt hat. Als wichtigste Einzelursache erscheint die neue Lage auf dem Weltenergiemarkt mit ihrer Störwirkung auf Preise, Volkseinkommen und Zahlungsbilanzen. Dazu kommen andere Ursachen wie die Explosion der Agrarpreise, ein spekulativer Boom bei Rohstoffpreisen und schließlich die Krise des Wechselkurssystems, die alle auf ihre Art zu vermehrter Instabilität in der Weltwirtschaft beigetragen hätten.

Dennoch bleibt die Tatsache bestehen, daß heute nicht mehr davon die Rede ist, wie das Wachstum eingeschränkt werden könnte, um Umwelt und Wertressourcen vor ihrer sicheren Vernichtung bis zum Jahre 2100 zu retten (wie das der Klub von Rom vermutet hatte), sondern mit welchen Mitteln Wachstum wieder zu einer regelmäßigen Erscheinung in der Weltwirtschaft der achtziger Jahre werden könne.

Die Bedeutung der Wachstumsdiskussion läßt sich aber auch daran messen, daß vom Gedeihen der westlichen Volkswirtschaften in sehr wesentlichem Maße die Befriedigung der Bedürfnisse nicht nur der Dritten und Vierten Welt, sondern in einem hohen Maße auch der kommunistischen Volkswirtschaften abhängt. Wenngleich diese Feststellung einen wesentlich komplizierteren wirtschaftlichen Sachverhalt vielleicht in unzulässiger Weise simplifiziert — was Sie einem Laien schon verzeihen müssen — so kann wahrscheinlich nicht bestritten werden, daß die in der OECD zusammengeschlossenen Volkswirtschaften und ihre gewaltige Leistungskraft ohne Zweifel als der eigentliche Motor der Weltwirtschaft angesehen werden müssen. Daran kann auch die unbestrittene Tatsache nichts ändern, daß die in den vergangenen 3 Jahrzehnten in der Dritten Welt beobachteten durchschnittlichen Wachstumsraten selbst diejenigen, die die Entwicklung der heutigen Industrieländer während einer fast hundertjährigen Aufschwungsphase seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gekennzeichnet haben, um einiges übertreffen.

Tatsächlich sind die westlichen Industriestaaten nämlich nach wie vor — und auch auf absehbare Zeit — die wichtigsten Aufnahmemärkte für mineralische und agrarische Rohstoffe, neuerdings auch für Konsumgüter niedrigen Verarbeitungsgrades aus der Produktion der Entwicklungsländer.

Für die Entwicklung der Volkswirtschaften der Dritten Welt ist daher das Wachstum der westlichen Industriegesellschaften von entscheidender Bedeutung.

Die Bedeutung der westlichen Volkswirtschaften für die Entwicklungsgebiete liegt aber nicht nur in ihrer Funktion

als Handelspartner, sondern auch in ihrer nach wie vor zentralen Rolle für die Erfüllung von Hilfsbedürfnissen, die bisher keine andere Gruppe von Geberländern oder Regionen übernehmen konnte. Überdies steht einem zwar großen, aber keineswegs im notwendigen Ausmaß wachsenden Transfer von Ressourcen eine keineswegs schrumpfende Zahl von Bedürfnissen der ärmsten Teile der Weltbevölkerung gegenüber.

Trotz mancher Fortschritte hat sich aber tatsächlich die Lage der Menschen in der Dritten Welt auch nach zwei Entwicklungsdekaden nur wenig verbessert. So muß nach Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für das Jahr 1976 mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung als sehr arm oder völlig verarmt gelten. Allein in Indien leben mehr als 46 Prozent der Menschen (das heißt 290 Millionen) unter der sehr niedrig angesetzten amtlichen Armutsgrenze, d. h. mit einem Monatseinkommen von 60 Rupien (etwa 100 Schilling) oder weniger. Von der heutigen Weltbevölkerung von etwa 4 Milliarden sind allein in der Dritten Welt ein Drittel unterernährt, rund 500 Millionen Menschen leiden chronisch an Hunger.

Auch ein von entwicklungspolitischem Optimismus gefärbtes Dokument wie der erstmals im Herbst 1978 erstellte Weltentwicklungsbericht der Weltbank kann kein überzeugend positives Bild zeichnen. Obwohl global gesehen die Einkommenssteigerung den Bevölkerungszuwachs übertroffen hat und Gewinne auf den Sektoren Erziehung (Reduzierung des Analphabetentums) und Gesundheit zu verzeichnen waren, werden selbst bei Fortdauer aller heutigen entwicklungspolitischen Anstrengungen im Jahre 2000 noch mindestens 600 Millionen Menschen unter Bedingungen äußerster Armut leben.

Mit diesen Feststellungen soll keineswegs die Tatsache verwischt werden, daß es — besonders in den letzten 15 Jahren — auch in vielen Entwicklungsländern echten wirtschaftlichen Fortschritt gegeben hat. Diese Fortschritte blieben aber auf eine Gruppe von Entwicklungsländern mit mittlerem Einkommen (also einem Pro-Kopf-Einkommen von etwa 400 Dollar

pro Jahr) beschränkt, in denen lediglich 40% der Bevölkerung der Dritten Welt leben. Zwischen 1960 und 1975 stieg das Pro-Kopf-Einkommen in diesen Ländern im Durchschnitt um 4·3% gegenüber einer Einkommenssteigerung von nur 1·5% in den ärmsten Entwicklungsländern.

Ein Grund für diese Einkommensunterschiede in der Dritten Welt ist darin zu sehen, daß etwa in den ärmsten Ländern lediglich 15% des Bruttoinlandsprodukts (gegenüber 24% in den Ländern mit mittlerem Einkommen) für Investitionen aufgewendet werden können, was wiederum ein niedriges Sparniveau (8% gegenüber 20%) reflektiert.

Die Lage dieser ärmsten Gruppe von Ländern wird noch durch einen hohen Bevölkerungszuwachs verschärft, der höher liegt als andere Zuwachsraten, besonders die Rate der Nahrungsmittelproduktion. So hat etwa nach dem letzten Bericht der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank das besonders rapide Bevölkerungswachstum in Lateinamerika — mit 2·8% eines der höchsten der Welt — fast alle Gewinne an wirtschaftlicher Produktion dieser Region in den letzten 20 Jahren ausgemerzt.

Dieser Bevölkerungsdruck wird noch bedrohlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß ein Großteil der Bevölkerungsmasse in der Dritten Welt aus jungen Menschen besteht: 44% der heutigen Bevölkerung Afrikas, 43% der heutigen Bevölkerung Lateinamerikas (Argentinien ausgeschlossen) und 42% der heutigen Bevölkerung Asiens sind Menschen, die jünger als 15 Jahre alt sind. Im Vergleich dazu gehören dieser Altersgruppe in Europa nur 26% der Bevölkerung an.

Insgesamt dürfte sich die Weltbevölkerung bis 2000 um etwa 2 Milliarden Menschen vermehrt haben, wobei der stärkste Druck von einer Gruppe von 16 am dichtesten besiedelten Entwicklungsländern ausgehen wird.

Dank dieses enormen Bevölkerungswachstums leben bereits heute 70% der Weltbevölkerung in Entwicklungsländern und bei Aufrechterhaltung der heutigen Zuwachsraten wird dieser Anteil in nur 35 Jahren auf 82% der Weltbevölkerung angewachsen sein.

Aber selbst dort, wo Entwicklungsländer oder Gruppen von solchen höhere Zuwachsraten erzielt haben, hat sich der Wohlstand in der Regel nicht gleichmäßig unter alle Teile der Bevölkerung verbreitet: Auch imposante Zuwachsraten, wie sie etwa in einigen südostasiatischen Staaten festzustellen waren, gingen in der Regel nicht mit einem starken Zuwachs an Beschäftigung oder gar mit einer besseren Einkommensverteilung einher.

Der Kampf gegen die Armut in der Entwicklungswelt bleibt somit eine Aufgabe, die für mehr oder weniger entwikkelte Volkswirtschaften in gleicher Weise gilt.

Die Dramatik dieses Kampfes gegen die Armut wird dadurch gesteigert, daß dem heutigen Weltwirtschaftssystem viele Ausweichmöglichkeiten, die frühere Wirtschaftsepochen gegen Elend und Armut boten, fehlen.

So bereitet der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung heute schon an und für sich größere Schwierigkeiten als noch vor einem Jahrhundert, da technische und wirtschaftliche Veränderungen rascher eintreten und viel tiefgreifendere Formen der Anpassung erfordern. Heute gibt es aber in der Weltwirtschaft auch nicht mehr die offenen Grenzen und Meere, die noch vor wenigen Jahrzehnten so wesentlich dazu beigetragen haben, Druck an Bevölkerung und an Arbeitslosigkeit in den europäischen Volkswirtschaften zu mindern.

So ist heute schon fast vergessen, daß im vorigen Jahrhundert ein gutes Viertel der Bevölkerung Europas auf andere Kontinente auswanderte, davon gut die Hälfte nach Nordamerika. Solchen Wanderbewegungen sind heute enge Grenzen gesetzt. Wo sie in Ansätzen begonnen haben — wie etwa die Einwanderung von Arbeitern aus der Maghrebregion oder aus dem karaibischen Raum in frühere Kolonialmetropolen — wurden sie rasch unterbunden.

Spielt sich der Kampf gegen die Armut somit auf einem enger gewordenen Wirtschaftsraum ab, so fehlen diesem auch heute noch fast alle Voraussetzungen für eine rasche wirtschaftliche Entwicklung.

Gewiß hat sich in den letzten Jahren eine kleine Gruppe von Ländern herausgebildet, die mit dem Begriff Newly Industrialising Countries (NIC), d. h. Länder auf dem Weg zur Industrialisierung, umschrieben werden. Sie werden definiert nach ihrem wachsenden Anteil an der Weltproduktion und an Industrieerzeugnissen, weiters nach schnellem Wachstum der Höhe und des Anteils der industriellen Beschäftigung und damit auch — wie bereits früher erwähnt — nach einem rascheren Ansteigen des Pro-Kopf-Brutto-Nationalprodukts.

Von mehr als 120 Entwicklungsländern, die heute der Gruppe der 77 zugezählt werden, qualifizieren sich bestenfalls ein Dutzend für diese Gruppe, wobei ihr — neben Brasilien, Hongkong, Korea, Mexiko, Singapur und Taiwan — auch mediterrane Staaten Europas, wie Griechenland, Portugal, Spanien, die Türkei und Jugoslawien, angehören.

Es handelt sich auch keinesfalls um eine stabile, homogene Gruppe. Die Länder, die ihr angehören, sind hinsichtlich ihrer Wirtschafts- und Rohstoffbasisstruktur in hohem Maße heterogen. Während andere Entwicklungsländer rasch in diese Rolle wachsen könnten, könnten einige der heutigen NICs diesen Rang auch wieder verlieren.

Fast ausschließlich auf diese Länder entfällt der in den letzten Jahren zu verzeichnende spektakuläre Anstieg des Handels zwischen den Entwicklungsländern und der OECD, der immerhin dazu geführt hat, daß 1977 bereits 25% aller Exporte des OECD-Raumes in Entwicklungsländer geleitet wurden.

Für alle anderen Entwicklungsländer ist die Bilanz dagegen eine wesentlich negativere, so u. a. was ihren Anteil an der Weltindustrieproduktion betrifft. Dieser lag zum Zeitpunkt der II. Generalkonferenz der Industrie-Entwicklungs-Organisation der Vereinten Nationen, die 1975 in Lima stattfand, bei lediglich 7% und führte zu der damals vermessen erscheinenden Forderung, diesen Anteil bis zum Jahre 2000 auf 25% heranzuführen.

Noch weiter zurückgeblieben sind viele Teile der Dritten Welt auf dem Gebiet der Infrastruktur. Wie eine kürzliche Untersuchung der UN-Wirtschaftskommission für Afrika erge-

ben hat, verfügt der 30 Millionen km² umfassende afrikanische Kontinent heute nur über ein etwa 100.000 km langes Straßennetz. (Allein die DDR hat mehr als 47.500 km Staats- und Bezirksstraßen.) Von den 29'6 Millionen Eisenbahnkilometern in der Welt entfallen auf Afrika nur 80.706 km, wovon ein beträchtlicher Teil nicht modernen Anforderungen entspricht. Die 49 wichtigen Häfen, über die 91 Prozent des afrikanischen Außenhandels abgewickelt werden, sind gleichermaßen rekonstruktionsbedürftig. Auch der Lufttransport ist relativ unterentwickelt. 1977 entfielen nur fünf Prozent des internationalen Passagiertransports und 3'3 Prozent der Frachtgutbeförderung mit Flugzeugen auf Afrika. Das Rundfunknetz hat ebenso wie der Postverkehr noch viele Mängel zu überwinden.

Es bedarf nur eines geringen Maßes von Phantasie, um sich auszumalen, wie groß und wie wachsend Bedürfnisse sind, die von einem solchen Maße wirtschaftlicher Minderentwicklung ausgelöst werden.

Wie der neue Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen für Sozial- und Wirtschaftsfragen Jean Ripert vor der 5. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen in Manila ausgeführt hat, müßten die Länder der Dritten Welt in den nächsten Jahrzehnten eine Wachstumsrate von mindestens 7 bis 7½ Prozent erzielen, um ihr Volkseinkommen pro Kopf bis zum Jahre 2000 verdoppeln zu können. Auch ihre agrarische Produktion müßte sich bis dahin vervierfachen und nicht lediglich verdoppeln, wie das bisher der Fall war. Das setzt voraus, daß die Industriestaaten ihre öffentliche Entwicklungshilfe auf mindestens 0'75% ihrer Brutto-Nationalprodukte anheben.

Eines der wichtigsten Mittel zur Überwindung der Krise, die Unterentwicklung und Armut nicht nur in der Entwicklungswelt, sondern in der Weltwirtschaft überhaupt ausgelöst haben, ist und bleibt der Transfer von Ressourcen aus den Industriestaaten in die Entwicklungsländer, wobei — dank ihrer günstigen finanziellen Bedingungen — besondere Bedeutung der aus öffentlichen Mitteln gewährten Hilfe zukommt.

Die Entwicklung dieser Leistungen hat aber gerade in den letzten Jahren schwere Enttäuschungen ausgelöst.

Die öffentliche Entwicklungshilfe der DAC-Länder ist seit den sechziger Jahren real nur wenig gestiegen und ihr Anteil am Bruttosozialprodukt ist erheblich zurückgegangen. In konstanten Preisen betrug ihre durchschnittliche Zuwachsrate von 1968 bis 1977 nur 2% jährlich. Ihr Anteil am Brutto-Sozialprodukt ist von 0·42% im Jahre 1967 auf 0·31% im Jahre 1977 gesunken. Diese Abnahme des Brutto-Sozialproduktanteils der öffentlichen Entwicklungshilfe ist nur die Fortsetzung eines Trends, der schon in den sechziger Jahren einsetzte und im wesentlichen auf fünf Geberländer zurückzuführen ist, nämlich die Vereinigten Staaten, Frankreich, Japan, Deutschland und Großbritannien. Für diese fünf Länder, auf die auch 1977 noch fast 70% der gesamten öffentlichen Entwicklungshilfe der DAC-Mitglieder entfielen, hat sich der Anteil der öffentlichen Entwicklungshilfe am Brutto-Sozialprodukt zwischen 1968 und 1977 von 0·39% auf 0·27% verringert, während er für die anderen DAC-Länder im gleichen Zeitraum von 0·30% auf 0·46% gestiegen ist. Unter den neun Ländern, die während dieses Zeitraumes ihre Entwicklungshilfeleistungen steigerten, zeichneten sich die drei skandinavischen Länder, Kanada und die Niederlande durch besonders rasche Fortschritte aus, und Schweden (1974) wie auch die Niederlande (1975) und Norwegen (1976) haben den in der Strategie der Vereinten Nationen für das zweite Entwicklungsjahrzehnt festgesetzten Richtsatz von 0·7% überschritten.

Die Bedeutung des Ressourcentransfers aus öffentlichen Mitteln resultiert auch daraus, daß der Schuldendienst auf öffentliche Entwicklungshilfe gering ist. Die wachsende Schuldendienstlast der Entwicklungsländer ist im wesentlichen auf sonstige Übertragungen, hauptsächlich Exportkredite und Bankanleihen, zurückzuführen.

Die privaten Leistungen der DAC-Mitglieder an die Entwicklungsländer machen einen wachsenden Anteil der Gesamtleistungen an Entwicklungshilfe aus (betrug dieser Anteil 1968

noch weniger als die Hälfte, so belief er sich 1977 auf fast zwei Drittel). Ihr Volumen erhöhte sich in den letzten zehn Jahren von 6 Mrd $ auf 30 Mrd $. Diese Leistungen sind hauptsächlich den Ländern der mittleren und der höheren Einkommensgruppe zugute gekommen, da sich die ärmsten Länder größere Beträge an Krediten zu marktüblichen Bedingungen weder beschaffen noch leisten konnten. Die relativen Anteile der verschiedenen Arten von privaten Leistungen haben sich seit der Ölkrise verändert. So haben sich die privaten Direktinvestitionen, die 1973 60% der gesamten privaten Leistungen ausgemacht haben, relativ gesehen verringert, während die Wertpapierinvestitionen und die Exportkredite erheblich zugenommen haben.

Die Exportkredite sind in den letzten fünf Jahren erheblich gestiegen. Ihr Nettobetrag hat sich in Dollar gerechnet auf das Achtfache erhöht und 1977 8 Mrd $ erreicht.

Zu den traditionellen Geberländern aus dem Kreis der westlichen Industriestaaten sind seit der Ölkrise von 1974/75 auch die OPEC-Staaten getreten. Auf sie entfielen zuletzt bereits 27% der öffentlichen Entwicklungshilfe aller Geberländer. Ihre bilateralen und multilateralen Leistungen betrugen 1976 und 1977 je 5·6 Mrd $, obwohl die meisten OPEC-Länder erst seit Ende 1973 oder Anfang 1974 Entwicklungshilfe leisten. Die wichtigsten OPEC-Geber sind Saudi-Arabien, Kuwait und die Vereinigten Arabischen Emirate. Der Anteil der OPEC-Leistungen am Brutto-Sozialprodukt dieser Ländergruppe betrug 1977 1·95% und lag damit bedeutend über dem Brutto-Sozialproduktanteil der DAC-Länder, wenn er auch gegenüber 1975, wo er sich auf 2·71% belief, gesunken ist. Der Anteil der Entwicklungshilfe der OPEC-Länder an ihrem Brutto-Sozialprodukt wird infolge der zunehmenden Erdöleinnahmen und trotz der zunehmenden eigenen Absorptionsfähigkeit der OPEC-Mitglieder möglicherweise noch weiter wachsen.

Fast völlig absent als Geber sind in diesem Zusammenhang die kommunistischen Staaten, deren Anteil am Gesamthilfeaufkommen der letzten Jahre auf bestenfalls ein Zehntel des

westlichen Anteils geschätzt wird. Insgesamt sind den Entwicklungsländern aus allen öffentlichen und privaten Quellen sämtlicher Geberländer 1977 (dem letzten Jahr für welches vollständige Statistiken vorliegen) ca. 54 Mrd $ an Ressourcen zugeflossen.

Mit wachsendem Ressourcentransfer stieg allerdings auch die Verschuldung der Entwicklungsländer an, wobei auch die Notwendigkeit eine Rolle spielte, ihre im Gefolge der Ölkrise in Unordnung geratenen Zahlungsbilanzen durch Aufnahme von Krediten — vor allem bei Banken — zu sanieren.

Selbst wenn man das wachsende Brutto-Sozialprodukt und den Gesamtbetrag der Exporteinnahmen dieser Länder mit in Rechnung stellt, erscheint es wenig erfreulich, daß zwischen 1968 und 1977 ihre Schulden in ihrer Gesamtheit von 56 auf 244 Mrd $ anstiegen, während sich der Schuldendienst von 7 auf 37 Mrd $ erhöhte.

Die jährliche Zuwachsrate des Schuldendienstes dieser Länder, die bis 1972 ca. 16% betragen hatte, stieg zwischen 1973 und 1976 auf 20 bis 30% und ging dann 1977 wieder auf 17% zurück. Hierzu ist jedoch folgendes festzustellen:

1. Die Zunahme des Nominalbetrages der Schulden der Entwicklungsländer erscheint weniger dramatisch, wenn man die Erosionswirkung der Inflation berücksichtigt.
2. Die Verschuldung stellt nur dann ein Problem dar, wenn die aufgenommenen Auslandsmittel zur Finanzierung von Konsum- und nicht von Investitionsausgaben verwendet werden, oder wenn der Grenzertrag des Investitionsprogramms eines Empfängerlandes geringer ist als die Grenzkosten der Kreditaufnahme.

Die geographische Verteilung der Schulden und des Schuldendienstes dürfte im großen und ganzen mit dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand der betreffenden Länder im Einklang stehen. Hauptschuldner sind zumeist die Entwicklungsländer mit einer blühenden Wirtschaft und einem raschen Brutto-Sozialprodukt- und Exportwachstum. Drei Länder, nämlich Brasilien, Mexiko und Spanien, hatten 1977 über ein Drittel

des gesamten Schuldendienstes zu leisten und sieben Länder (außer den drei erwähnten Staaten der Iran, Jugoslawien, Algerien und Argentinien) hatten die Hälfte der Schuldendienstzahlungen aufzubringen. Auf die ärmsten Entwicklungsländer (Entwicklungsländer mit einem Brutto-Sozialprodukt von höchstens 265 $ pro Kopf im Jahre 1975) entfielen 1977 16% der Gesamtschuld der Entwicklungsländer, aber nur 6% des gesamten Schuldendienstes. Bei den Leistungen dieser Länder handelte es sich zum größten Teil um öffentliche Entwicklungshilfe, IDA-Mittel oder ähnliche Leistungen.

Wie die bisherigen, notwendigerweise sehr gedrängten und sehr unvollständigen Ausführungen zeigen, hat die bisherige Entwicklungshilfepolitik zur Beseitigung der Einkommensgefälle in der Weltwirtschaft und damit zur Beseitigung einer der wahrscheinlich gewichtigsten Ursachen für das Unvermögen der Weltwirtschaft ihr Gleichgewicht wiederzufinden, nur wenig beitragen können. Insgesamt dürften daher die Wachstumsbedürfnisse der ärmeren Teile der Welt in den letzten Jahren noch stärker angewachsen sein, nicht zuletzt infolge des gewaltigen Bevölkerungswachstums.

Ein anderer Grund ist aber sicher auch darin zu sehen, daß durch den sich abzeichnenden Differenzierungsprozeß zwischen den Volkswirtschaften der Dritten Welt zwar das Los einiger kleiner Ländergruppen — wie der Ölproduzenten — und der NICs besser geworden ist, der Entwicklungsrückstand der übrigen Teile der Dritten Welt aber dadurch größer und ihre Bedürfnisse noch höher geworden sind.

Dies geht nicht zuletzt auch auf den Umstand zurück, daß ein Großteil der Zahlungsbilanzüberschüsse der OPEC-Staaten in den Industriestaaten und hier wieder vor allem in den USA investiert wurden, und daher — trotz einer durchaus beachtlichen Entwicklungshilfe — der Großteil des neuen Mittelzuflusses der Dritten Welt als Ganzes nicht zugute gekommen ist.

Auch von den Gewinnen, die die NIC aus ihrem erhöhten Anteil am Welthandel gezogen haben, ist nicht allzuviel den Menschen in der Dritten Welt zugute gekommen, da das Eigen-

tum an vielen der neuen Industrien vielfach nicht in den Händen der betreffenden Länder liegt, und daher neben der Schaffung von Arbeitsplätzen für die lokalen Volkswirtschaften nur dürftige Gewinne abfallen.

Sehr weitgehend hängt das Phänomen der NICs ja wahrscheinlich auch mit dem Umstand zusammen, daß die multinationalen Gesellschaften in den letzten Jahren dazu übergegangen sind, ihre Erzeugungsstätten in Entwicklungsländer zu verlagern, um von billigen Arbeitskräften und Rohstoffen in der Dritten Welt zu profitieren. Dabei handelt es sich aber, wie es der bekannte Ökonom Samir Amin ausgedrückt hat, in Wirklichkeit um ein „Wachstum ohne Entwicklung".

Angesichts dieser Situation, die wenig erfreulich ist, ist heute eine neue sehr gefährliche Forderung aus der Dritten Welt aufgetaucht, nämlich die Forderung nach einer Abkoppelung der Volkswirtschaften der Entwicklungswelt vom Wirtschaftsraum der kapitalistischen Mächte.

Niemand geringerer als der Gründer der Welthandelsorganisation der Vereinten Nationen, der heute schon fast legendäre argentinische Volkswirt Raoul Prebisch, hat sich auf der 5. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen dieser Forderung angeschlossen. Die Volkswirtschaften der Dritten Welt, meinte Prebisch in Manila, sollten endlich aufhören in ihren Entwicklungsmodellen das weltwirtschaftliche Zentrum nachzuahmen und sich autonom — allerdings ohne damit dem Gedanken einer internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einen tödlichen Schlag zu versetzen — entwickeln.

Wenngleich diese Forderung an den wirtschaftlichen Realitäten der heutigen Welt vorbeigeht und wenig Aussicht auf Erfolg verspricht, zeigt sie doch in gefährlicher Weise die Malaise und die Frustration, die heute weite und einflußreiche Kreise der Dritten Welt erfaßt haben.

Wenngleich weniger drastisch als diese Forderung laufen in die gleiche Entwicklung Bemühungen der Entwicklungsländer, neue Formen horizontaler Kooperation im Rahmen von ECDE und TCDE (Konferenz von Buenos Aires) zu entwickeln.

Die Weltwirtschaft ist aber heute nicht nur mit den großen ungestillten Entwicklungsbedürfnissen jener Teile der Welt konfrontiert, die im klassischen Sinne des Wortes als Entwicklungsländer bezeichnet werden.

Immer mehr in den Vordergrund treten heute auch die Entwicklungsprobleme eines Teiles der Welt, der gemeinhin als Teil der industrialisierten Zone betrachtet wird, nämlich der zentralgeplanten Wirtschaften Osteuropas und bestimmter Teile Asiens. (Je nach politischem Standort kann man diesem Teil der Welt heute wenigstens politisch auch Kuba, einige der früheren portugiesischen Kolonien in Afrika, Äthiopien und Afghanistan zurechnen.)

Die Probleme dieses Teiles der Welt werden unzweifelhaft von ihrem größten und führenden Teil, nämlich der Sowjetunion, beherrscht, deren wirtschaftliche Entwicklung heute auch das wirtschaftliche Schicksal aller anderen Teile ihres Machtbereiches entscheidend mitbestimmt.

Welche Wachstums- und Entwicklungsbedürfnisse diesen Teil der Welt charakterisieren, welche Beiträge zum Wachstum der Weltwirtschaft andererseits von ihm erwartet werden können, läßt sich daher unschwer aus einer Analyse der wirtschaftlichen Situation der UdSSR in den achtziger Jahren ablesen, wie sie etwa unlängst Georges Sokoloff in der Frühjahrsausgabe 1979 der französischen Zeitschrift COMMENTAIRE bietet und wie sie auch das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche kontinuierlich anstellt. (Siehe etwa Heft 4/1979 der Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.)

Aus allen diesen Untersuchungen geht ohne Zweifel hervor, daß die UdSSR heute zu den bedeutendsten Wirtschaftsmächten der Welt gezählt werden muß und jedenfalls mit dem agrarischen Entwicklungsland, das den Architekten der Oktoberrevolution in die Hände fiel, nur mehr wenig gemein hat.

So erreichte das Brutto-Nationalprodukt der Sowjetunion nach Schätzungen der Weltbank 1976 bereits die respektable Höhe von 710 Mrd $. Die UdSSR verfügt heute über ein

Arbeitskräftepotential von 140 Millionen Menschen (gegenüber 100 Millionen in den USA), wovon 50 Millionen in der Industrie und in der Bauwirtschaft tätig sind. 10 Millionen Erwerbstätige in der Sowjetunion sind mit einem Diplom über höhere Studien ausgestattet. In ihrer Investitionspolitik konzentriert die Sowjetunion einen wachsenden Teil ihrer Mittel auf die mechanische und chemische Industrie, die nach dem GOSPLAN zu den modernsten Sektoren der sowjetischen Industrie gezählt werden.

Dennoch weist die sowjetische Wirtschaft viele Zeichen einer wenig entwickelten Wirtschaft auf. Gewiß nimmt die Sowjetunion nach dem Brutto-Nationalprodukt pro Kopf der Bevölkerung, welches in den letzten Jahren ca. 2.700 $ erreichte, den Rang 19 unter den europäischen Industriestaaten ein. Allerdings steht dieses Ergebnis in krassem Gegensatz zu anderen Indikatoren, wie Lebensstandard, Arbeitsproduktivität und den Grad bzw. den Schwierigkeiten der Nutzbarmachung weiter Teile des gewaltigen Territoriums der Sowjetunion. Die Versorgungsschwierigkeiten der Sowjetunion sind ebenso legendär wie die mangelnde Qualität der Konsumgüter, selbst dort, wo sie verfügbar sind. Ebenso beständig sind die Probleme der sowjetischen Landwirtschaft.

Die Struktur des Handelsaustausches der Sowjetunion mit den westlichen Industriestaaten ähnelt der eines Entwicklungslandes. Dieser Eindruck wird noch durch das rasch wachsende Schuldenvolumen des Landes verstärkt.

Ein wesentlicher Grund für diese Entwicklungsschwierigkeiten der Sowjetunion — deren Ursache zu ergründen, an und für sich nicht Ziel dieser Untersuchung ist — ist zweifelsohne die Last ihrer Militärausgaben und ihr Bestreben, militärische Parität mit einem Land aufrechtzuerhalten, welches, nämlich die USA, über mindestens doppelt so große wirtschaftliche Mittel verfügt. Diese Last wird auf etwa ein Achtel des Brutto-Nationalprodukts der Sowjetunion geschätzt.

Als weiteres Wachstumshindernis erscheint die Schwerfälligkeit des sowjetischen Planungsapparates, die insbesondere

auf die Arbeitsproduktivität drückt, sowie die künstlich aufrechterhaltene Vollbeschäftigung, die in vielen Unternehmen zu einem aufgeblähten und schlecht eingesetzten Beschäftigtenstand zwingt.

Die „managerial revolution", von der noch in den sechziger Jahren so oft die Rede war, ist nicht eingetroffen, Immobilismus und strukturelle Rigidität des sowjetischen Wirtschaftsapparates haben sich weitgehend in die achtziger Jahre gerettet.

Alle diese Faktoren, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann, lassen die Mehrzahl der Experten zu dem Schluß gelangen, daß die Sowjetunion auch in den achtziger Jahren nicht zu einer wirtschaftlichen Supermacht werden wird, ja im Gegenteil sich der Entwicklungsabstand gegenüber der westlichen Welt stabilisieren wird.

Damit soll nicht gesagt werden, daß die Sowjetunion nicht auch über beträchtliche wirtschaftliche Aktivposten verfügt, deren größter ohne Zweifel ihre Energiereserven sind, die sie bereits heute zum größten Erdölproduzenten der Welt machen. Allerdings begegnet die Erdölproduktion der Sowjetunion zunehmenden Schwierigkeiten. Neben Schwächen der geologischen Prospektion steigen die Aufschließungskosten progressiv an, und diese Schwierigkeiten sind nicht erst seit den Vorhersagen der CIA über die sowjetische Erdölproduktion bekannt, sondern können auch aus sowjetischen Quellen nachgewiesen werden.

So vielen Unsicherheitsfaktoren eine Bewertung der Aussichten der sowjetischen Erdölproduktion begegnet, ist sich die Mehrzahl der Experten darüber einig, daß diese Produktion etwa 1985 mit 630 Mio t ihren Höhepunkt erreichen wird. Dann wird die Sowjetunion zwar ihren Eigenbedarf nach wie vor decken können, jedoch nur mehr über etwa 30 Mio t für den Export in die Satellitenstaaten verfügen, welche zum Großteil — mit Ausnahme Rumäniens — vom Bezug sowjetischen Erdöls abhängig sind. Ihr Defizit, das bis 1985 nach manchen Schätzungen eine Höhe von 100 Mio t erreichen könnte, werden diese Staaten dann nur mehr durch ein Ausweichen auf

die sowieso angespannten Märkte der OPEC-Länder decken können.

Andere Rohstoffquellen — vor allem aus den weiten Bereichen der sibirischen Rohstofflager — werden der Sowjetunion aber dennoch auch in den achtziger Jahren noch große wirtschaftliche Vorteile sichern. Das gilt für Gold ebenso wie für nichteisenhaltige Metalle, Holz, Kohle und Gas. Diese Rohstoffe könnten, trotz der mit ihrer Aufschließung verbundenen Kosten, weltweit nach wie vor beträchtliche Relevanz behalten, besonders für den geographisch benachbarten ostasiatischen Wirtschaftsraum, d. h. vor allem für Japan.

Dennoch gibt eine genaue Gegenüberstellung der Aktiv- und Passivposten der sowjetischen Wirtschaft in den achtziger Jahren das Bild einer Volkswirtschaft mit gewaltigen Entwicklungsbedürfnissen, für deren Befriedigung die Ressourcen der westlichen Industriestaaten weiterhin in größtem Maße herangezogen werden dürften.

Die Probleme dieses Austausches sind mannigfach, besonders was die künftige Fähigkeit der sowjetischen Volkswirtschaft betrifft, ihre Modernisierungsimporte aus dem Westen zu finanzieren. So ist keineswegs vorherzusehen, wie weit die Nachfragesituation auf den westlichen Märkten sowjetische Exporte begünstigen wird. Unsicher erscheint ferner, wie weit es der Sowjetunion gelingen wird, ihre Kompensationsverträge mit westlichen Partnern zu erfüllen. Selbst wenn sich etwa die Situation der Getreideproduktion in der Sowjetunion verbessern sollte, bleibt als Unbekannte sofort die Frage der künftigen Rolle der Energie, die aus einer Devisenquelle zu einem Devisenverlustposten werden könnte.

Ein Phänomen, das in diesem Zusammenhang zu berücksichtigen ist, ist die wachsende Verschuldung der Oststaaten gegenüber dem Westen. Die neue handelspolitische Strategie, welche die Staaten des COMECON-Raumes seit dem Beginn der siebziger Jahre geführt haben, hat sie in zunehmendem Maße dazu veranlaßt, sich zu verschulden, d. h., sich der Mittel des Kredites zur Finanzierung notwendiger Anschaffungen

— besonders auf dem Gebiet moderner Technologie, aber oft auch nur zur Beschaffung von Waren augenblicklichen Mangels wie Getreide — zu bedienen.

Wenngleich die Verschuldung ganzer Ländergruppen in der Weltwirtschaft längst nichts Neues ist, was sich besonders am Beispiel der Entwicklungsländer zeigen läßt, ist die Verschuldung der Oststaaten davon zwar nicht quantitativ aber qualitativ verschieden, da Oststaaten ihre Zahlungsbilanzen nicht veröffentlichen. Abgesehen von Ungarn, welches 1976 und 1977 erstmals eine Zahlungsbilanz veröffentlicht hat, ist man daher beim Großteil der anderen Staaten auf Spekulationen angewiesen.

Dennoch läßt sich auf Grund von Schätzungen einzelner Großbanken wie der Chase Manhattan Bank, aber auch anhand von Untersuchungen von Organisationen wie der OECD feststellen, daß diese Schulden bis Ende 1978 ein Bruttoausmaß von etwa 60 Mrd $ erreicht haben dürften. Dies ergäbe netto 52·7 Mrd $, was etwa das 1·6fache des Wertes der Exporte des Ostens in den Westen ausmachen würde.

Von der Gesamtschuldenlast Osteuropas entfällt etwa ein Drittel auf die Sowjetunion.

Schließlich darf nicht übersehen werden, daß die Wirtschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion aus ihrem politischen Kontext, d. h. dem Kontext des Ost-West-Konfliktes, nicht herausgelöst werden können. Einer Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen stellen sich daher sehr oft politische Ereignisse entgegen.

So hat etwa die ideologische Abneigung der Sowjetunion und ihrer Verbündeten gegen die Konstruktion der europäischen Einheit in Form des Gemeinsamen Marktes — lange als der ökonomische Arm der NATO verteufelt — alle Kontakte zwischen den Einrichtungen der EG und des COMECON verhindert. So sehr der Ost/Westhandel auf einer starken bilateralen Basis beruht, war dieser Umstand doch ein Hindernis für die volle Entwicklung umfassender wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Ost und West.

Zusammenfassend läßt sich also vielleicht sagen, daß auch in den achtziger Jahren — so wie schon im Jahrzehnt vorher — die sowjetische Wirtschaft kräftiger Spritzen von außen bedürfen wird, um einige ihrer wichtigsten Entwicklungsbedürfnisse zu erfüllen. Abgesehen von den erforderlichen politischen Bedingungen, d. h. dem Andauern oder besser der Erneuerung der Détente, wird dies aber nur unter Bedingungen kräftigen Wachstums der Weltwirtschaft, d. h. der Wirtschaft der westlichen Industriestaaten, möglich sein, da andernfalls die Mittel zur Finanzierung des sowjetischen Investitionsbedarfs nirgendwo anders zu finden sein dürften.

Aus den vorhergehenden Ausführungen läßt sich unschwer erkennen, daß die Lösung einer Vielzahl von Problemen, die sich den Volkswirtschaften der Dritten Welt und Osteuropas stellen, ohne ein kräftiges und dynamisches Wirtschaftswachstum im ökonomischen Zentrum der Welt, nämlich in der Wirtschaft der westlichen Industriestaaten, kaum erreicht werden kann.

Im letzten Teil dieser Darlegungen soll daher nun untersucht werden, wie die Voraussetzungen für dieses Wachstum zu beurteilen sind und — last, not least — welche Entwicklungsbedürfnisse der Industriewelt selbst in den nächsten Jahren (d. h. praktisch bis zum Jahr 2000) zu berücksichtigen sein werden.

So wie viele der früheren Feststellungen sind auch die meisten der nachfolgenden auf Studien und Untersuchungen der OECD, der Vereinten Nationen und in einigen Fällen auf individuelle Forschungsergebnisse aufgebaut. Sie werden aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht immer am Ort ihrer Erwähnung zitiert werden können.

Dem Wirtschaftspolitischen Komitee der OECD, das Ende Mai 1979 unter der Leitung des Vorsitzenden des Rates der Wirtschaftsberater des amerikanischen Präsidenten, Charles Schultze, in Paris getagt hat, lagen die letzten Wachstumsprojektionen des OECD-Sekretariats für die Jahre bis 1985 vor.

Die Projektionen, bei deren Erstellung die Entwicklungen auf den internationalen Energiemärkten noch nicht vollständig berücksichtigt waren, bauen auf der Erwartung auf, daß sich die Volkswirtschaften der westlichen Welt im wesentlichen auf zwei verschiedenen Wachstumspfaden weiterbewegen könnten.

Die erste dieser Projektionen geht von „hohen" Wachstumsraten aus. Sie nimmt an, daß das Wachstum der OECD-Region als Ganzes bis 1985 etwa 4½% betragen könnte, wobei einem etwas verminderten Wachstum der USA höhere Wachstumsraten in Westeuropa, Japan und Kanada gegenüberstehen würden. Dank solcher Wachstumsraten ließe sich bis 1985 jedenfalls in den drei größten Volkswirtschaften des OECD-Raumes, nämlich in den USA, Japan und der BRD, praktisch Vollbeschäftigung erreichen. Allerdings würden solchen Gewinnen Inflationsraten von durchschnittlich 7½% gegenüberstehen, wobei natürlich gewisse Schwankungen der Inflationsraten (lediglich 4% in der BRD, dagegen 10% in Großbritannien) zu berücksichtigen sind.

Nach der Projektion niedrigen Wachstums würden die Staaten der OECD-Region bis 1985 eine Wachstumsrate von lediglich 3¼% erreichen, wodurch vor allem der Abbau der Arbeitslosigkeit größere Schwierigkeiten bereiten würde. In der Tat würde die Arbeitslosigkeit — mit wenigen Ausnahmen wie etwa Kanada — aber weiter ansteigen und für die sieben größten OECD-Volkswirtschaften einen Durchschnittswert von 5·9% erreichen. Während Japan und die BRD noch relativ geringe Arbeitslosenraten von 2·5 bzw. 4% zu verzeichnen hätten, würde die Arbeitslosigkeit in den meisten anderen Staaten zwischen 6 und 8½% liegen.

Dennoch würde auch in dieser Projektion die Inflationsrate mit durchschnittlich 5% relativ hoch bleiben.

Allerdings würde ein solches Niedrigwachstum der OECD-Region einen außenwirtschaftlichen Überschuß bescheren, da ihr Importvolumen nur langsam wachsen und die Rohstoffpreise angesichts der geringen Nachfrage sinken würden. Allerdings läßt die Schätzung eines OECD-Überschusses von ca.

35 Mrd $ für 1985 die Entwicklung der Ölpreise außer acht, und selbst bei Annahme stabiler Ölpreise würde ein solcher Überschuß eine gewaltige Verschuldung der Nicht-OECD-Welt voraussetzen. (Diese Verschuldung könnte aber letztlich wieder nur von den OECD-Staaten durch massiven Transfer von Ressourcen finanziert werden, der bei Niedrigwachstum kaum denkbar ist.)

Beide Projektionen, die jede für sich, aber auch kombiniert, nur wenig Befriedigung bieten können, spiegeln die wirtschaftliche Hauptschwäche der siebziger Jahre wider: das Nebeneinanderbestehen, die wenig friedliche Koexistenz von hoher Inflation und hoher Arbeitslosigkeit, die beide Elemente der Selbst-Perpetuierung enthalten: Inflation treibt die Zinssätze in die Höhe, untergräbt das Vertrauen bei Unternehmen und Konsulenten und hindert Regierungen daran, expansionistische Maßnahmen zu treffen.

Andererseits schwächen Arbeitslosigkeit und geringe Kapazitätsauslastung die Investitionslust und damit die Neigung zum Einsatz von Privatkapital, sie verhindern die Expansion von Produktivitätskapazität und Fortschritte in der Arbeitsproduktivität.

Trotz erfreulicher Entwicklungen, die die eine oder andere Volkswirtschaft an der einen oder anderen oder gar beiden Fronten zeigt, drohen daher nach diesen Annahmen Arbeitslosigkeit und Inflation die beiden Hauptübel auch der achtziger Jahre zu bleiben.

Aus der Sicht der OECD-Experten sind es vor allem drei Ursachen, die für diese pessimistische Beurteilung maßgebend sind.

1. Infolge eines Mangels an Investitionen in Produktivitätskapazität in den siebziger Jahren weisen heute viele OECD-Volkswirtschaften Mängel an Kapitalstock auf. Diese Schwäche läßt schon heute die Möglichkeit, die Arbeitsmärkte bis 1985 zu sanieren, als problematisch erscheinen, da das Maß an produktiven Investitionen unwahrscheinlich hoch sein müßte.

2. Als ein weiterer Grund erscheint ein im OECD-Raum weit verbreiteter Wachstumspessimismus, der sich nicht nur aus verringerten Gewinnerwartungen, sondern auch aus der Verunsicherung erklären läßt, die die wirtschaftliche Umwelt auf die Wirtschaftstreibenden der OECD-Zone ausstrahlt.
3. Letztlich werden viele OECD-Staaten von einer „aspiration gap" geplagt. Darunter zu verstehen ist das Unvermögen, Erwartungen hinsichtlich Einkommenszuwachs einem geringeren Wachstum der Volkseinkommen anzupassen. Dieser „gap", ebenso wie ein weitverbreiteter Preispessimismus, d. h. die Erwartung steigender Preise, führen zu inflationären Lohnabschlüssen und Preissetzungen in vielen Ländern.

Zu allen diesen Faktoren tritt nun noch eine sich ständig verschärfende Situation auf dem Energiesektor, die täglich neue und dramatische Wendungen nimmt.

Damit ein Wort zur Lage der Energiewirtschaft der Welt.

Die Energieversorgungslage der Welt hat sich 1979 — nachdem noch im vergangenen Jahr ein Überangebot an Erdöl auf den Weltmärkten zu beobachten war — plötzlich und radikal verschlechtert. Die Sorglosigkeit, mit der die Mehrzahl der Industriestaaten, selbst nach der großen Ölkrise von 1973/74 Energiepolitik betrieben haben, läßt sich daran ermessen, daß trotz eines geringeren Wirtschaftswachstums in den OECD-Staaten der Ölverbrauch in den EG, Japan und den USA — die zusammen 85% des gesamten OECD-Verbrauches auf sich vereinigen — 1978 wiederum um 1·7% angestiegen ist. Für 1979 wird mit einer weiteren Zunahme des Ölverbrauches in diesen Hauptabnahmegebieten um 2% gerechnet, wobei allerdings die verstärkte Förderung aus der Nordsee höhere Einfuhren überflüssig machen könnte. Von heute bis 1990 könnte sich die Erdöleinfuhr der USA fast verdoppeln, diejenige Japans um 40% erhöhen.

In der Vergangenheit ist man allzuoft davon ausgegangen, daß eine wachsende Energienachfrage zumindest auf mittlere

Sicht durch Steigerung der Erdöllieferungen (vor allem aus den OPEC-Ländern) gedeckt werden könnte. So hat das Erdöl für die Industriestaaten weiter an Bedeutung gewonnen, während seine Verfügbarkeit unsicherer geworden ist. Die jüngsten Geschehnisse auf den internationalen Ölmärkten haben die Anfälligkeit der Weltwirtschaft gegenüber Energieversorgungsstörungen sowie die wirtschaftlichen und politischen Gefahren der Ölabhängigkeit eindringlich vor Augen geführt. Das Ölversorgungssystem wird nämlich künftig an bzw. knapp unter der Kapazitätsgrenze arbeiten, was eine geringere Flexibilität und eine hochgradige Anfälligkeit gegenüber weiteren Lieferstörungen bedingt.

Die Revolution im Iran hat die Instabilität am Arabischen Golf erhöht. Zwar hat der Iran seine Erdöl- und Erdgasförderung wieder aufgenommen, doch wird er im gesamten Jahresdurchschnitt 1979 unter Umständen nicht mehr als 2 bis 3 Mb/d exportieren, gegenüber gut 5 Mb/d im Jahre 1978. Langfristig werden technische Schwierigkeiten, höhere Ölpreise, ein geringerer Einnahmenbedarf, eine geänderte Einstellung zur Wirtschaftsentwicklung im allgemeinen und ein anderes Verständnis der Beziehungen zu den Industriestaaten wahrscheinlich dazu führen, daß die iranische Rohölförderung in absehbarer Zeit von etwa 6 Mb/d auf nicht mehr als 4 Mb/d zurückgeht.

In Saudi-Arabien sind die zur Erweiterung der Förderkapazitäten und zur Aufrechterhaltung des Förderdrucks notwendigen Investitionsentscheidungen zurückgestellt worden. Infolgedessen wird die langfristig durchhaltbare Förderkapazität 1985 möglicherweise nicht mehr als 12 Mb/d (gegenüber dem ursprünglich erwarteten Volumen von 13 bis 14 Mb/d) betragen, und die effektiven Fördermengen könnten noch beträchtlich darunter liegen.

In einer Reihe anderer OPEC-Länder bestehen mittelfristig noch Möglichkeiten für eine Steigerung der Ölförderung, doch ist dieser Spielraum nicht sehr groß, und die effektive Produktion könnte aus Gründen der nationalen Politik hinter dem

vollen Förderpotential zurückbleiben. Daher ist es wohl als höchst unwahrscheinlich anzusehen, daß die Gesamtausfuhren der OPEC-Länder hinreichend rasch expandieren werden, um die potentielle Mehrnachfrage nach OPEC-Öl decken zu können.

Bei dem nicht aus dem OPEC-Raum stammenden Erdöl besteht einige Aussicht auf eine Angebotssteigerung. In Mexiko sind umfangreiche neue Lagerstätten entdeckt worden; die Fördermenge betrug Ende 1978 1'5 Mb/d und könnte sich je nachdem, welche Energie-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Mexiko verfolgt, 1982 auf 2'8 Mb/d und 1985 auf 4 Mb/d belaufen. China hat in jüngster Zeit eine größere Bereitschaft erkennen lassen, seinen Außenhandel auszuweiten und zur verstärkten Erschließung seiner Energieressourcen auf westliche Technologien und Finanzmittel zurückzugreifen, was die Exploration und Erschließung seiner Offshore-Ölreserven sowie den Aufbau der entsprechenden Infrastruktur beschleunigen dürfte. Indessen dürften die Ausfuhren dieser Länder (vor allem Chinas) wegen ihres Eigenbedarfs kaum einen größeren Umfang erreichen.

Bei Berücksichtigung aller dieser Faktoren zeigt sich heute klarer als je zuvor, daß die fortgesetzte Abhängigkeit vom Erdöl für die Deckung der wachsenden Energienachfrage selbst auf mittlere Sicht nicht mehr als eine zufriedenstellende Situation betrachtet werden kann. Daher muß auf anderen Gebieten — vor allem in den Bereichen Energieeinsparung, Erdgas, Kohle und Kernenergie — nach Lösungen gesucht werden, und das Schwergewicht muß stärker auf neue Energiequellen verlagert werden, die langfristig vielversprechende Möglichkeiten in sich bergen.

Wenn das Verhältnis Energieverbrauch/Wirtschaftswachstum in den Industriestaaten in ihrer Gesamtheit noch unter den im Kommuniqué des Bonner Gipfeltreffens genannten Wert von 0'80 auf rd. 0'70 heruntergedrückt würde (in diesem Fall wäre der Energieeinsatz je Brutto-Inlandsprodukt-Einheit im Jahre 2000 um 22% geringer als heute), dann könnte die Energienachfrage im OECD-Raum 1985 um 2'3 Mb/d, 1990

um 4·1 Mb/d und im Jahre 2000 um 9·5 Mb/d verringert werden. Hierzu bedarf es jedoch viel wirksamerer Anstrengungen zur Energieeinsparung, als sie bisher gemacht wurden, sowie umfangreicher Investitionen in energiesparende Ausrüstungen. Auch strukturelle Verschiebungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktion und Änderungen der bisherigen Lebensführung könnten hierzu einen Beitrag leisten.

Die Kernenergieprojektionen mußten in den vergangenen Jahren wiederholt zurückgenommen werden, was weitgehend auf die niedrigeren Schätzungen für die Zunahme des Elektrizitätsverbrauchs und auf die anhaltende Besorgnis über Fragen der Entsorgung und der Nichtweiterverbreitung zurückzuführen war; hinzu kommt, daß die Befürchtungen der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Sicherheit von nuklearen Anlagen kürzlich durch den Reaktorunfall in Harrisburg neue Nahrung erhalten haben. Das Fehlen einer ausreichenden Versorgungsalternative, die an die Stelle der Kernkraft treten könnte, und die bei einem Verzicht auf diesen Energieträger entstehenden Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum sind indessen höchst unerfreuliche Konsequenzen, denen man sich ebenfalls stellen muß. Daher muß der Versorgungsanteil der Kernenergie zumindest auf dem gegenwärtig vorausgeschätzten Niveau gehalten und, wo immer das möglich ist, vergrößert werden. Dies setzt voraus, daß unverzüglich wirksame Lösungen für die Sicherheits-, Umwelt- und Nichtweiterverbreitungsprobleme gefunden werden.

Für die Stellung der Kernenergie in der Weltenergiewirtschaft ist wahrscheinlich zu beherzigen, was Bundeskanzler Schmidt unlängst auf der Europäischen Nuklearkonferenz in Hamburg erklärt hat.

Unter Hinweis auf die Rolle, die die Kernenergie schon heute in Ländern wie den USA spielt — wo für ihren Ersatz bereits jetzt 90 Mio t Öl jährlich eingesetzt werden müßten —, meinte Bundeskanzler Schmidt, daß kein Industrieland, weder im Westen noch im Osten, es sich für die nächsten Jahrzehnte leisten kann — auch unser Land nicht —, einen zusätzlichen

Energieträger, der auch nur einige Bedeutung hat, von der Nutzung auszuschließen. Er spreche damit von der Kernenergie, die in der Weltenergieversorgung eine bereits unverzichtbare quantitative, wenn auch bisher nur ergänzende, komplementäre Rolle spiele. Er denke, daß die Kernenergie auf absehbare Zeit — jedenfalls für den Rest dieses Jahrhunderts — diese Rolle spielen muß, schon um den Bedarf der Entwicklungsländer an Energieressourcen zu günstigen wirtschaftlichen Bedingungen decken zu können.

Auf den Unfall in Three Mile Island eingehend, meinte Bundeskanzler Schmidt weiter, daß die weitere friedliche Nutzung der Kernenergie in großtechnischem Maßstab nur verantwortet werden kann, nachdem die Sicherheit der Kernkraftwerke kritisch überprüft und — wenn notwendig — befriedigend verbessert worden ist.

Und schließlich meinte Bundeskanzler Schmidt, daß in unseren auf Mitwirkung angelegten Demokratien auf die Dauer die friedliche Nutzung der Kernenergie nicht ohne breite Zustimmung der öffentlichen Meinung erfolgen könne.

Die Geschwindigkeit des Ausbaus der Kernenergie kann sich keineswegs allein an den technischen Möglichkeiten orientieren, sondern sie muß die demokratischen Entscheidungsprozesse und deren Erfordernisse zum Maßstab haben, auch wenn dies manchen oft recht mühsam und zeitraubend erscheine.

Mittel- und langfristig biete die Kohle große Möglichkeiten einer Steigerung des Energieangebots. Die IEA hat daher unlängst Maßnahmen im Kohlebereich beschlossen, die auf die Ausweitung der Kohleverwendung und -förderung und des Kohlehandels abzielen.

Nach Ansicht der IEA ist auch Erdgas auf kurze und mittlere Sicht ein leicht verfügbarer alternativer Energieträger. Erdgas ist umweltfreundlich und wird in vielen Industriestaaten bereits auf breiter Basis genutzt. Ein erheblicher Teil des verfügbaren Erdgases wird in den Ölförderländern durch Abfackeln vergeudet. Eine rasche Steigerung des Erdgasange-

bots erfordert umfangreiche Investitionen in Transportsysteme und Verarbeitungsanlagen sowie ein Umdenken in der Preis- und Förderpolitik.

Schließlich fordert die IEA vermehrte Anstrengungen zur Entwicklung neuer Energietechnologien. Dabei sollten Technologien den Vorrang haben, die eine erheblich rationellere Energieverwendung gestatten und Aussicht auf kommerzielle Anwendungen bieten.

1. Die Entwicklung von Verfahren zur Gewinnung und Verwendung von Erdöl und Erdgas aus nichtkonventionellen Lagerstätten, namentlich von Schwerem Öl und Teersand sowie möglicherweise auch von Ölschiefer,
2. die Kohleverflüssigung,
3. die Kohlevergasung,
4. die Konversion biologischer Massen.

Größeres Gewicht muß auch auf andere erneuerbare Energiequellen, einschließlich der Sonnenenergie und der Windenergie, gelegt werden.

Im Bereich der Forschung und Entwicklung sind massive Anstrengungen notwendig; so bedarf es auf nationaler Ebene zusätzlicher Forschungseinrichtungen (für die auch die nötigen Finanzmittel und Fachkräfte zur Verfügung stehen müssen) und auf internationaler Ebene einer erweiterten Zusammenarbeit, um die optimale Nutzung dieser Einrichtungen zu gewährleisten.

Die neue Energiekrise stellt aber — noch mehr als die erste, auf welche die westliche Industriewelt in keiner Weise vorbereitet war — eine gewaltige Herausforderung an das Wirtschaftswachstum dar. Eine defensive Reaktion auf den sich abzeichnenden Mangel an klassischen Energieformen kann ohne Zweifel zu Erstickungserscheinungen in der Weltwirtschaft führen und den langsamen, aber sicheren Niedergang herbeiführen.

Es ist auf diese Herausforderung aber auch eine offensive Reaktion denkbar. Die Entwicklung neuer Energiequellen kann

zu einer gewaltigen Herausforderung an Technologie und Innovation werden und gewaltige neue Kapital- und Arbeitsmassen in Bewegung setzen; so wie der Einsatz der klassischen Energieformen in vergangenen Jahrzehnten die Weltwirtschaft revolutioniert hat, kann auch von der Entwicklung neuer Energien ein großer und stimulierender Einfluß auf die Volkswirtschaften der OECD, über sie aber auch insbesondere auf die Volkswirtschaften der Entwicklungsländer ausgehen.

Aber nicht nur die Energiewirtschaft stellt eine bedeutende Herausforderung an das Wirtschaftswachstum der achtziger Jahre dar.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gerade in unseren demokratischen Industriegesellschaften die Erwartungen der Menschen auf ein besseres Leben auch durch die Gewinne der letzten Jahrzehnte nicht geringer geworden sind.

Gewiß sind diese Erwartungen, wie sie es vielleicht gerade unmittelbar nach den schwersten Kriegs- und Nachkriegsjahren waren, nicht mehr ausschließlich auf materielle Verbesserungen gerichtet.

Die große Studie der OECD über die Natur unserer Industriegesellschaften und ihr Verhältnis zu ihrer politischen und wirtschaftlichen Umwelt INTERFUTURES resümiert viele dieser Erwartungen unter dem Begriff der Zuwendung der Menschen zu einem neuen Lebensstil.

Gemeint damit ist aber nicht der bukolische Lebensstil, dessen Propagierung selbst einem so einflußreichen Philosophen wie Jean-Jacques Rousseau am Beginn einer anderen industriellen Revolution nicht geglückt ist.

Gemeint sind neue Erwartungen was die Teilung des Lebens in Arbeit und Freizeit betrifft, wachsendes Interesse für Teilnahme an Entscheidungsprozessen, eine neue Haltung zu Familie, Kultur und Umwelt.

Es wäre daher eine große Fehleinschätzung der Bewegungsgesetze unserer Gesellschaften, für irgendeinen dieser Bereiche, ebenso wie für den Bereich des materiellen Lebens, von einer Saturierung der Bedürfnisse auszugehen.

Weder unbefriedigte alte noch neue Bedürfnisse können aber ohne Wachstum befriedigt werden, das Wachsen dieser Bedürfnisse und Aspirationen ohne entsprechende Reaktion unserer Gesellschaft würde diese aber gefährlichen Zerreißproben aussetzen.

Die Möglichkeiten unserer Gesellschaften für dieses Wachstum können im heutigen Rahmen nur angedeutet werden, obwohl gerade ein stärkeres Eingehen auf sie erforderlich schiene. Aber lassen Sie mich nur sagen, daß sie im Rahmen von vier neuen technischen Revolutionen liegen, die sich für das Ende dieses Jahrhunderts abzeichnen:

- Da ist einmal die elektronische Revolution, die sich im Bereich des Teleprocessing und der avancierten Automation abzeichnet.
- Da ist weiters die biologische Revolution, das Genetic Engineering, mit einem ganzen Fächer von Auswirkungen auf Gesundheit, Landwirtschaft und industrielle Gestaltung.
- Revolutionäre Wirkungen versprechen drittens von der Entwicklung neuer Energieformen auszugehen, d. h. von der Entwicklung von Alternativenergien als neue Quellen der Primärenergie.
- Schließlich bleibt noch die Revolution zu erwähnen, die von einer neuen Nutzung der Ozeane und des Weltraums ausgehen wird.

Nicht nur die Untersuchungsergebnisse der Studie INTER-FUTURES, auch viele andere neuere Ergebnisse lassen klar erkennen, daß alle physischen, ja selbst alle intellektuellen Voraussetzungen des Wachstums für die kommenden Jahrzehnte vorhanden sind, und daß die gewaltigen Erfordernisse besonders der ärmeren Teile der Welt dieses Wachstum gebieterisch verlangen.

Andererseits besteht aber gar kein Zweifel, daß trotz dieser günstigen Grundvoraussetzungen das Weltwirtschaftssystem mit seiner heutigen Arbeitsweise und über seine beiden Haupt-

verteilungsmechanismen, nämlich Markt und Wohlfahrtsstaat, dieses Wachstum nicht produzieren kann. Niemand drückt das besser aus als die mit allen Daten ausgestatteten Ökonomen in und um die OECD, deren wenig ermutigende Prognosen allerdings davon ausgehen, daß sich an den Managementprinzipien der Weltwirtschaft, wie sie in den letzten Jahren betrieben wurden, nichts ändern wird.

Eine Rückkehr zum Wachstum bedarf daher neuer und fundamentaler Einsichten in die Bewegungsgesetze der Weltwirtschaft. Wie lebendig die Suche nach solchen Einsichten ist, zeigt etwa die Faszination, mit der sich die amerikanische Wirtschaftswissenschaft mit den langfristigen zyklischen Bewegungen der kapitalistischen Wirtschaft befaßt, die der sowjetische Ökonom Nikolai Kondratieff in den zwanziger Jahren entdeckt zu haben glaubte.

Seinen Thesen folgen heute junge amerikanische, marxistische Ökonomen wie David Gordon, der von der Feststellung ausgeht, daß — jenseits des etwas mystischen Charakters der Entdeckung Kondratieffs — manche Krisen dramatische Wendepunkte darstellen, die sie von anderen grundsätzlich unterscheiden.

Aus der amerikanischen Wirtschaftsgeschichte — die spätestens im 20. Jahrhundert aber Weltwirtschaftsgeschichte wird — identifiziert Gordon die Krisen von 1848, 1893 und 1929 als große geschichtliche Wendepunkte.

So hat die Krise von 1848 ein Zeitalter der Mechanisierung eingeleitet, das dem Rest des Jahrhunderts seinen Schwung verliehen hat. Die Krise von 1893 führte zur Organisation der kapitalistischen Märkte und zur Herausbildung des Big Business, dessen Arbeitsweise wieder direkt zur Krise von 1929 führte. Diese auch weltwirtschaftlich bedeutsame Krise hat — nicht nur in den USA — eine Entwicklung eingeleitet, die durch die Ausweitung des öffentlichen Sektors und durch eine neue Rolle des Staates in der Wirtschaft gekennzeichnet ist. Anders ausgedrückt hat 1929 die Ära der keynesianischen Wirtschaftspolitik begonnen.

Ähnliche Zyklen versucht der jugoslawische Wirtschaftstheoretiker Brank Horvat zu finden, der die Entwicklung des Kapitalismus wie folgt teilt: einer Ära des kompetitiven Kapitalismus von 1700 bis 1875, also 175 Jahre lang, folgt die Periode des Monopolkapitalismus, die bis 1930, also 55 Jahre, dauert. Ihr folgt schließlich eine mehr als 40jährige Periode des Wohlfahrtskapitalismus, deren Ende Horvat 1973 ansetzt.

In seinem letzten Essay, der den Titel „Beyond Boom and Crash" trägt, versucht Robert Heilbroner die Konsequenzen aus der auch in ihm wachsenden Überzeugung zu ziehen, daß die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre keine gewöhnliche ist und daher zu einer tiefgreifenden Tendenzwende führen muß; nach Heilbroner können die gewaltigen, dem kapitalistischen Weltwirtschaftssystem innewohnenden Kräfte nur durch eine neue Form des geplanten Kapitalismus erhalten werden. Diese Planung muß sich von den schon bisher weithin gepflegten Formen des Planens (etwa im Bereich des Verkehrs, der Städte oder der landwirtschaftlichen Produktion) qualitativ dadurch unterscheiden, als es nicht mehr darum geht, durch Planung lediglich die Fehler auszugleichen, die die Wachstumsprozesse des Kapitalismus verursachen. Diese Planung muß vielmehr, wie Heilbroner meint, darauf angelegt sein, die Wachstumsmöglichkeiten zu schützen, zu erhalten und zu potenzieren. Dies läßt sich an Beispielen aus dem Bereich der Energie- und Rohstoffpolitik, der Umweltpolitik, aber auch in allen Fragen der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung leicht belegen.

Alle diese Überlegungen deuten darauf hin, daß eine Rückkehr zum Wachstum ohne tiefgreifende strukturelle Änderungen der Weltwirtschaft und des weltwirtschaftlichen Verhaltens unmöglich ist.

Ein wesentlicher struktureller Wandel muß sich zweifelsohne auch auf das Verhältnis der Industriewelt zu den Entwicklungsländern beziehen. Die wenig ermutigenden Ergebnisse der 5. Welthandelskonferenz in Manila zeigen sehr deutlich, daß der Nord-Süd-Dialog in seiner heutigen Form am Ende

angelangt ist und daß weder der Norden noch der Süden aus der Fortsetzung der Wirtschaftsbeziehungen, wie sie seit den fünfziger Jahren gepflegt wurden, Gewinn ziehen kann. Ganz im Gegenteil ist eine der Ursachen der heutigen Strukturkrise der Weltwirtschaft und ihrer Unfähigkeit, ein kräftiges Wachstum zu entwickeln, das Versagen der Weltordnung von Bretton Woods, in den Entwicklungsländern jenes Maß an Kaufkraft zu schaffen und die Volkswirtschaften der Dritten Welt in einem solchen Maß in die Weltwirtschaft zu integrieren, daß ihr gewaltiges Wachstumsbedürfnis der gesamten Weltwirtschaft zunutze kommen kann.

Die gewaltigen politischen und nicht zuletzt auch psychologischen Hindernisse, die sich einem solchen Wechsel in den Weg stellen, wird niemand, der auch nur ein geringes Maß von Sachkenntnis besitzt, unterschätzen. Daher gehen solche Überlegungen, wie jene, die Bundeskanzler Kreisky mit seiner Idee eines marshallplanartigen Ressourcentransfers für die Entwicklungswelt verfolgt, konzeptiv von den richtigen Voraussetzungen aus.

Allerdings ist Ressourcentransfer in welcher Höhe immer, nur ein Teil der Antwort. Schon heute könnte das Verhältnis zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern in fundamentaler Weise verbessert werden, wenn die Bereitschaft glaubhaft gemacht werden könnte, die Entwicklungsländer in höherem Maße als bisher an weltwirtschaftlichen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und sie nicht immer wieder — wie etwa bei den Welthandelsvertragsverhandlungen der sogenannten Tokiorunde — vor vollendete Tatsachen zu stellen und ihnen zu demonstrieren, mit welch souveräner Verachtung die Länder des Zentrums die Peripherie behandeln.

Daß die Entwicklungsländer eine Möglichkeit besitzen, sich gegen eine solche Strategie der Herablassung, der Mißachtung und der Indifferenz zur Wehr zu setzen, ist spätestens seit der Ölkrise wirtschaftlich bewiesen. Darüber hinaus gibt es aber die noch viel gefährlichere politische Reaktion der Dritten Welt gegen die Entwicklungsphilosophie des Westens. Dabei

ist die gefährlichste Alternative gar nicht die der Hinwendung zum sowjetischen Weltsystem, das kaum über die wirtschaftlichen Mittel verfügt, um eine größere Zahl von Entwicklungsländern auf Dauer in seinem Einflußbereich zu halten.

Eine wesentlich gravierendere Entwicklung ist die im Iran, die zeigt, daß die Revolte gegen unzeitgemäße westliche Entwicklungsmodelle auch endogene Kräfte auslösen kann, die wesentlich schwieriger zu bekämpfen sind als kubanische Bataillone in Angola, sowjetische Militärberater in Somalia oder marxistische Philosophen in Kambodscha.

Aber nicht nur das Verhältnis der westlichen Industriewelt zu den Entwicklungsländern, auch die weitere Entwicklung der westlichen Industriegesellschaften selbst bedarf einer neuen, allgemein geteilten Entwicklungsphilosophie.

In den dunklen Jahren nach dem 2. Weltkrieg ist diese Philosophie — teils zusammen mit den erforderlichen Geldmitteln — gebrauchsfertig aus der angelsächsischen Welt nach Europa geliefert worden. Keynes und Beveridge, im Verein mit Wirtschaftstheoretikern der britischen Labour-Bewegung, diese wieder im Bündnis mit den Strategen des New Deal und des Fair Deal, symbolisiert von Roosevelts und Trumans Administration, haben der westlichen Welt Jahre der wirtschaftlichen Prosperität gegeben und sie zum weltwirtschaftlichen Modell gemacht.

Heute muß Europa, das Europa der Neun oder Zehn, aber auch das andere freie Europa, an diesem Denkprozeß selbst teilnehmen, denn mit einer Führungsrolle der großen angelsächsischen Mächte kann nach der großen Katastrophe des Vietnamkrieges nicht mehr gerechnet werden.

Wie eine vielbeachtete Umfrage der WASHINGTON POST unter einigen führenden amerikanischen Intellektuellen gezeigt hat, fehlt heute jeglicher Konsensus nicht nur über die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, sondern auch der Außenpolitik der USA, der in den letzten 25 Jahren die Stärke der amerikanischen Demokratie ausgemacht und ihre Anziehungskraft nicht nur auf Europa begründet hat.

Es würde aber nicht nur aller Erfahrung, sondern auch aller heutigen Realität einer multipolaren Welt widersprechen, ganz einfach eine Rückkehr zu den einfacheren Führungsmustern der Jahre nach dem 2. Weltkrieg zu erwarten. Wer dies wolle, würde auch selbst die großen Möglichkeiten der USA und ihrer Führungskader, die bei aller Kritik immer noch Beachtliches für Wohlfahrt und Sicherheit der westlichen Welt leisten, bei weitem überfordern.

In der Formulierung einer neuen Strategie und eines neuen Konsensus müssen daher auch Europa und die großen politischen Familien des Kontinents ein höheres Maß von Verantwortung übernehmen.

Die Möglichkeiten, eine solche gemeinsame Strategie zu entwickeln, bestehen ohne Zweifel. Gerade der hohe Grad von politischer Affinität zwischen den westlichen Industriegesellschaften erleichtert die Kommunikation und das Verständnis mehr als zwischen vielen anderen Teilen der Weltgesellschaft. Ein Teil dieser Strategie besteht sicher darin, jene bewährten Grundsätze der alten Weltwirtschaftsordnung, die die Bewährungsprobe der letzten Jahrzehnte bestanden haben, zu erhalten; z. B. ein System des freien, offenen Welthandels — ein wesentlicher Motor des wirtschaftlichen Fortschritts, der im vergangenen Jahr die Exporte aller Teile der Weltwirtschaft auf 1.186 Mrd $ anwachsen ließ. Wie sehr dieses System heute durch einen neuen Protektionismus bedroht ist, zeigt der flammende Appell, den der Präsident der Weltbank an die 5. Welthandelskonferenz der Vereinten Nationen gerichtet hat und mit dem er vor allem auf die Kosten des Protektionismus hinwies, die eine Gesellschaft — in Form höherer Preise, Einkommensverluste, Ineffizienz, Fehlinvestitionen und Schädigung des Exports — zugunsten kurzfristigen Nutzens bestimmter Interessengruppen tragen müsse. Am Beispiel der Vereinigten Staaten hat McNamara gezeigt, daß während der Jahre 1975 bis 1977 bestimmte protektionistische Maßnahmen die amerikanischen Verbraucher 660 Mio $ an Mehraufwendungen für Zucker, 1'2 Mrd $ für Walzstahl, 400 bis 800 Mio $ für Fleisch

und 500 Mio $ für Fernsehgeräte gekostet hätten. Für jeden der kurzfristig geschützten und von der Importkonkurrenz abgeschirmten Arbeitsplätze müsse der amerikanische Konsument damit mehr als 50.000 $ im Jahr aufwenden.

Mit diesem Beispiel, das McNamara noch mit einer Liste der protektionistischen Maßnahmen ergänzt, zu denen die Europäische Gemeinschaft und die Vereinigten Staaten während der letzten wirtschaftlich schwierigen Jahre Zuflucht genommen haben, untermauert der Weltbankpräsident seinen Aufruf, zugunsten des weiteren weltwirtschaftlichen Fortschritts doch den internationalen Handelsverkehr möglichst ungestört zu lassen und weiterhin zu fördern. Denn alle Beteiligten könnten nur Nutzen aus einem wachsenden Welthandelsvolumen ziehen.

Die Industrieländer, sagte McNamara weiter, setzten bereits 25% ihrer Exporte in den Entwicklungsländern ab. Auf der anderen Seite könne aber entgegen den Vorwürfen der Protektionisten nicht von einer Überschwemmung der Märkte mit Billigeinfuhren aus der Dritten Welt gesprochen werden, da die Entwicklungsländer bisher nur 2% der in den Industrieländern konsumierten industriellen Fertigwaren lieferten.

Ein anderer Teil dieser Strategie ist sicher richtig mit den Gedanken und Vorstellungen umschrieben, wie sie mit Robert Heilbroner eine wachsende Schule der modernen amerikanischen Nationalökonomie sieht.

Ein Teil dieser Strategie muß aber auch eine neue Philosophie der internationalen Wirtschaftsbeziehungen sein, die von den zornigen jungen Ökonomen der Dritten Welt mit dem Begriff der Neuen Internationalen Wirtschaftsorganisation umschrieben wird, und deren Essenz darin besteht, neue und demokratische Beziehungen, Beziehungen der Chancengleichheit und des gleichen Risikos für verschiedene Teile der Weltwirtschaft zu schaffen.

Eine neue Strategie der Weltwirtschaftsbeziehungen darf aber auch den Menschen und damit den Zweck alles Wirtschaftens nicht vergessen: gerade die Grundsätze jener westlichen

Demokratien wie Österreich, die den Kampf um die Vollbeschäftigung in den Mittelpunkt ihrer Wirtschaftspolitik gestellt haben und die damit neue Modelle der wirtschaftlichen Entwicklung geschaffen haben, wird daher ein entsprechender Platz einzuräumen sein.

So ist das vorrangigste Problem der Weltwirtschaft und ihres Wachstums in den kommenden Jahrzehnten ein Problem des politischen und sozialen Managements, das Finden der richtigen Verbindung zwischen dem vorhandenen reichlichen Maß an Ressourcen, Innovationsmöglichkeiten und dem noch unerschöpflicheren Potential an intellektueller und physischer Arbeitskraft der Menschen.

Wer sich genügend Vertrauen in die immer wieder erlebte Regenerationsfähigkeit menschlicher Vernunft und Urteilskraft bewahrt hat, wird daher diese Möglichkeit mit Optimismus beurteilen können.

Ist der Weg zu kleinen überschaubaren Einheiten offen oder gehört die Zukunft den großen?

Podiumsgespräch

Dipl.-Ing. Dr. Johann Millendorfer

Wissenschaftlicher Leiter der Studiengruppe für Internationale Analysen

Dkfm. Dr. Oskar Grünwald

Vorsitzender des Vorstands der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG

Dr. Millendorfer:

Über die Effizienz von Klein- und Mittelbetrieben

Die Klein- und Mittelbetriebe zeigen bei einem Vergleich der Effizienz in den meisten Branchen die günstigsten Eigenschaften. Ausnahmen bilden die Branchen typischer Großtechnologien wie Bergwerke, Großchemie usw. Untersucht man die Maxima der Wertschöpfung pro Kopf in Abhängigkeit von der Betriebsgröße ergeben sich folgende Zahlen für die verschiedenen Branchen:

Für die Elektroindustrie gibt es ein Maximum der Effizienz in den Betriebsgrößenklassen mit weniger als 50 Beschäftigten mit 15% mehr an Wertschöpfung gegenüber dem Durchschnitt der Gesamtindustrie. Ein Nebenmaximum der Effizienz gibt es in der Betriebsgröße von 500 bis 1000 Beschäftigten mit 13% höherer Wertschöpfung gegenüber dem Durchschnitt.

In der eisen- und metallverarbeitenden Industrie ist die höchste Wertschöpfung pro Kopf ebenfalls in der Betriebsgröße 0 bis 50 Beschäftigte mit 8% mehr Wertschöpfung als im Durchschnitt der Branche. Ein Nebenmaximum gibt es in der Betriebsgröße von 100 bis 500 Beschäftigten mit höherer Wertschöpfung von 3% gegenüber dem Durchschnitt.

In der Maschinenindustrie beträgt die höhere Wertschöpfung in den Betriebsgrößen 0 bis 50 Beschäftigte 12% gegenüber dem Durchschnitt. Ein Nebenmaximum in der Betriebsgrößenklasse von 500 bis 1000 Beschäftigten gibt nur 1·5% mehr Wertschöpfung gegenüber dem Durchschnitt.

In der Textilindustrie ist die höchste Wertschöpfung ebenfalls in den Betriebsgrößenklassen 0 bis 50 Beschäftigte mit

16% mehr Wertschöpfung gegenüber dem Durchschnitt. Hier zeigt sich ein nahezu kontinuierlicher Abfall der Wertschöpfung pro Kopf mit zunehmender Betriebsgrößenklasse mit einer Wertschöpfung von minus 6·6% gegenüber dem Durchschnitt in der Betriebsgrößenklasse von über 1000 Beschäftigten.

Branchen, bei denen die Klein- und Mittelbetriebe nicht so gut bezüglich der Effizienz abschneiden, sind, wie zu erwarten, Bergwerke und Steine—Keramik, wobei die Bergwerke bei den Betriebsgrößen von 500 bis 1000 Beschäftigten eine um 57% höhere Effizienz gegenüber dem Durchschnitt verzeichnen. Bei Steine—Keramik sind die Betriebe mit über 200 Beschäftigten um 17% effizienter als der Durchschnitt.

Eine Mittelstellung nimmt die Papierindustrie ein, bei der ein flaches Maximum in der Betriebsgrößenklasse von 250 bis 500 Beschäftigten mit 4% höherer Effizienz liegt.

Bei der Gesamtindustrie ergibt sich ein Effizienzmaximum bei den Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, wobei die Effizienz dort um 7% höher ist als im Gesamtdurchschnitt. Bei Einbeziehung aller Betriebe mit weniger als 50 Beschäftigten zeigt sich eine um 3% höhere Effizienz im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt. Die Effizienzvorteile großer Betriebe bei bestimmten Technologien, z. B. Bergbau, Steine — Keramik usw., wirken sich bei der Gesamtindustrie in einem Nebenmaximum der Effizienz in der Betriebsgrößenklasse von 500 bis 1000 Beschäftigten aus (6% höher als der Durchschnitt).

Auf ähnliche Weise lassen sich Effizienzvorteile kleinerer und mittlerer Betriebe auch im gewerblichen Bereich zeigen.

Eine andere Frage ist die der Effizienz des Energieeinsatzes und hier zeigt sich eine besonders dramatische Überlegenheit der Klein- und Mittelbetriebe. Wenn wir die gesamte Industrie beobachten, so haben wir in den Betriebsgrößenklassen von 0 bis 100 Beschäftigten eine um 35% höhere Effizienz des Energieeinsatzes, d. h. bei gleichem Energieeinsatz erzeugen diese Betriebe um 35% mehr Wertschöpfung als der Durchschnitt der Gesamtindustrie oder sie benötigen für den gleichen Netto-

produktionswert um 35% weniger Energie. Dies ist angesichts der jetzigen Energieknappheit von besonderer Bedeutung und wegweisend für die zukünftige technologische Entwicklung.

Eine Ausnahme in dieser sonst bei allen Branchen grundsätzlich zu beobachtenden Situation bezüglich der Effizienz des Energieeinsatzes stellt die Elektroindustrie dar, bei der die höchste Effizienz der Energieverwendung in der Betriebsklasse von über 1000 Beschäftigten liegt.

Die Wertschöpfung pro Beschäftigten oder die Wertschöpfung pro Kilowattstunde stellt eine Durchschnittsproduktivität dar. Die Arbeiten der Studiengruppe zeigen, daß es im nationalen und im internationalen Wettbewerb bei den Industrieländern stärker auf die Grenzproduktivität, d. h. auf die zusätzliche Wertschöpfung pro zusätzlichen Beschäftigten ankommt. Wie sich gezeigt hat, ist ein durch umfangreiche ökonometrische Ländervergleiche für die verschiedenen Branchen gewonnenes Maß für diese zusätzliche Wertschöpfung pro zusätzlichen Beschäftigten negativ mit der Betriebsgröße verbunden.

Versteht man die Grenzproduktivität der Arbeit in den verschiedenen Branchen als Qualifikationsmaß und geht man davon aus, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieländer von der Qualifikation der Arbeit abhängt, kann man daraus eine Prognose erstellen. Diese Prognose wurde sowohl durch die Schweizer als auch durch die österreichischen Daten der Beschäftigtenentwicklung und der Industrieproduktion in den verschiedenen Branchen voll bestätigt.

Die Rangordnung der zu erwartenden Beschäftigtenentwicklung wurde 1974 publiziert, die diese Prognose bestätigenden Daten 1977. Besser zutreffende Prognosen sind bisher nicht bekannt.

Die Beschäftigtenentwicklung in den verschiedenen Branchen folgt in Österreich seit 1974 (in der Schweiz seit 1970) dem Qualifikationskriterium, ausgenommen die Stahlindustrie infolge der dort bewußt betriebenen Beschäftigungspolitik.

Um für den einzelnen Betrieb Aussagen über die durch die Qualifikation bestimmte Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten,

wurden Betriebsdaten mit den Funktionsparametern in Beziehung gesetzt. Diese durch Regressionsanalysen gewonnenen Zusammenhänge wurden dazu verwendet, einen Wettbewerbsindikator zu konstruieren, dessen Aussagekraft im Bundesländervergleich getestet wurde. Der Wettbewerbsindikator gibt die Beschäftigtenentwicklung in den Bundesländern gut wieder, d. h. die dahinterstehende Theorie wurde durch die empirische Beobachtung bestätigt. Die Sonderposition der Steiermark und Oberösterreichs kann aus der Beschäftigungspolitik der Stahlindustrie erklärt werden, die in diesen Bundesländern einen großen Anteil besitzt.

Infolge der guten Erklärungskraft der aus den Betriebsdaten gewonnenen Beschäftigungsprognose für die Bundesländer ist zu erwarten, daß der Wettbewerbsindex auch auf Betriebsebene ein leistungsfähiges Prognoseinstrument darstellt.

Für das Thema der Betriebsgröße ist der Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Wettbewerbsindex von Interesse: Die Betriebsgröße trägt negativ zum Wettbewerbsindex bei, wie sich aus der Regressionsanalyse der Grenzproduktivität der Arbeit ergab. Mit anderen Worten: Je kleiner die Betriebsgröße, umso höher die Qualifikation der Arbeit. Dies hat offenbar nicht nur Einfluß auf die Effizienz der Produktion, sondern auch auf die Zufriedenheit am Arbeitsplatz, die sich u. a. auch durch geringere Krankenstände bei kleineren Betrieben ausdrückt.

Aus all diesen Aussagen kann keine generell für alle Branchen und Technologien gültige Aussage gewonnen werden; sie bilden nur ein Gegengewicht gegen die bisher vorherrschende generelle Auffassung von der höheren Wirtschaftlichkeit größerer Einheiten (economy of scale), die offenbar nur unter ganz bestimmten Bedingungen richtig ist.

Dieses Gegengewicht ist vor allem dort besonders wichtig, wo die sozialen Kosten großer Einheiten (z. B. für Verkehrsaufbringung) nicht in Rechnung gestellt und dadurch die weniger soziale Kosten verursachenden kleinen Einheiten de facto benachteiligt werden.

Zusammenfassung

Es wurden drei Kriterien zum Vergleich großer und kleiner Einheiten angewendet:

Durchschnittsproduktivität,
Grenzproduktivität,
soziale Kosten.

In allen drei Kriterien gibt es gewichtige Gründe, die für die kleine Einheit sprechen. Nichtsdestoweniger wird es in Zukunft auch große Einheiten geben müssen. Wesentlich ist eine optimale Relation zwischen großen und kleinen Einheiten, die derzeit zuungunsten der kleinen Einheiten verschoben erscheint.

Dr. Grünwald:

Ich möchte mich mit dem vorliegenden Thema in einer etwas allgemeineren Weise befassen und fürchte, daß ich nicht die wissenschaftliche Präzision und den Abstraktionsgrad des Kollegen Millendorfer erreichen werde. Von vornherein möchte ich fast provozierend sagen: Sowohl die im Titel dieses Gesprächs angezogene These, wie auch vieles, was es hier an Literatur und Hintergrund, Information und Meinung gibt, ist meiner Ansicht nach wenig überzeugend. Soweit ich die Literatur kenne, z. B. „Small is beautiful" von Schumacher und andere Veröffentlichungen dieser Art, enthält sie interessante lesenswerte, aber doch sehr willkürlich herausgegriffene Beispiele von großen Vorhaben, die schiefgegangen sind, wo also auch die Pleiten groß waren. Ich habe niemals den Eindruck gehabt, daß etwa aus Schumachers Schriften oder aus jenen der ihm geistig nahestehenden Wissenschaftler ein umfassendes und operables Konzept abzuleiten wäre. Und ich glaube, daß dies meine entscheidende Aussage zu diesem Thema ist. Ich habe ursprünglich vorgehabt, ein paar Sätze auch zur Größe der Staaten, zur Größe der Städte, der Häuser, der Spitäler, der Universitäten und der Schulen zu sagen, aber es hat sich sehr schnell herausgestellt, daß dies weit den Rahmen dieses Diskussionsbeitrages sprengen würde.

Ich muß das Thema auf die Wirtschaft, auf Unternehmungen einengen, und bin der Auffassung, daß es nur auf mehreren Ebenen behandelt werden kann: auf der Ebene der Konzerne, der Ebene der Unternehmen, der Ebene des Betriebes und der Produktion in einem sehr technischen Sinne und, wenn Sie wollen, auch auf der Ebene des einzelnen Arbeiters oder der

Arbeitsgruppe im Betrieb. Das Größenproblem stellt sich nämlich auf jeder Ebene etwas anders dar.

Die wichtigste Ebene ist die Konzernebene, hier stehen finanzielle und eigentumsmäßige Gesichtspunkte im Vordergrund; eine weitere wichtige Ebene ist die Unternehmensebene, obwohl natürlich hier die Abgrenzung eine sehr große Rolle spielt, denn ich kann im Rahmen eines Konzerns meine wirtschaftliche Aktivität fast beliebig in viele oder wenige Unternehmen aufspalten; und letzten Endes gibt es die Betriebs- und Produktionsebenen, wo wir uns sehr stark mit technischen Gesichtspunkten herumschlagen müssen.

Was geht auf der Konzernebene vor? Hier können wir einen deutlichen Trend zu einer stärkeren weltweiten Konzentration feststellen, einen Trend zu größeren Konzerneinheiten in der westlichen Welt. Ich möchte, gestützt auf die Fortune-Statistik, hier nur zwei Zahlen nennen: In den letzten 20 Jahren stieg die Beschäftigtenzahl der 100 größten US-Konzerne um 60% auf 8·8 Millionen Menschen an. In derselben Zeit wuchsen die 100 größten außeramerikanischen Großkonzerne um 80% auf 9·4 Millionen Beschäftigte. Dieses Wachstum war in erster Linie ein externes Wachstum — also durch Übernahme von Firmen, durch Fusionen, durch Aufkäufe — und es war ein internationales Wachstum: nämlich vorerst der Vorstoß der Amerikaner nach Europa und später nach Asien und dann in den siebziger Jahren der Vorstoß vor allem der Europäer auf den amerikanischen Kontinent. Betrachtet man diese Entwicklung genauer, so sieht man, daß in den einzelnen Ländern die branchenweise Konzentration fast zu einem Abschluß gekommen ist. Wir haben da und dort noch Nachzügler, etwa Peugeot/Citroën als Spätling in der Autokonzentrationswelle oder die Fusionen und Zusammenfassungen im Zuge der staatlichen Hilfen für die notleidende europäische Stahlindustrie: etwa in Schweden, in Belgien und bis zu einem gewissen Grad auch in Frankreich. In anderen Ländern, wie etwa der Bundesrepublik, England oder Italien, ist dieser Konzentrationsprozeß schon vor 10 bis 15 Jahren über die Bühne gegangen. Viel

bedeutender sind in den letzten Jahren die internationalen Direktinvestitionen, insbesondere Investitionen fast aller europäischer Industriezweige in den Vereinigten Staaten unter Ausnützung des günstigen Dollarkurses und der relativ günstigen amerikanischen Arbeitskosten. Dort, wo Familieninteressen im Hintergrund stehen, ist auch die Philosophie der Risikostreuung im Spiel. Dabei handelt es sich nicht nur um Industriekonzerne, sondern auch um Versicherungen und Banken.

Neben der Internationalisierung spielt auch die Diversifikationspolitik der Unternehmen eine Rolle. Öl geht in Kohle, in Uran, in die Sonnenenergie, geht auch hinein in andere Rohstoffe, besonders in NE-Metalle. Ein zweiter typischer Fall ist der Vorstoß der Tabakindustrie in Markenartikel, in Nahrungs- und Genußmittel, in Warenhäuser. Darüber hinaus gibt es jede Menge an Diversifikation, gibt es jede Menge an Investitionen in andere Branchen — ohne eine für mich erkennbare Gesetzmäßigkeit, aber doch einen Konzerntypus anstrebend, der sich auf mehrere Beine stützt. Dabei scheint mir der beherrschende Typus jener zu sein, der sich auf wenige Branchen konzentriert und nicht über 6 oder 8 Branchen hinausgeht. Ein Grund dafür ist der Risikoausgleich von Branche zu Branche; der viel wichtigere Grund scheint mir aber darin zu liegen, daß den westlichen Systemen ein Drang zum Wachstum des Unternehmens immanent ist: zum Fressen anderer Unternehmen, das ein Gefressenwerden verhindern soll. Es ist besser, andere Unternehmen zu übernehmen, erfolgreiche „take-over-bids" zu lancieren, als selber ein Opfer zu werden bzw. als übernommenes Management früher oder später Gefahr zu laufen, daß man dem Management des neuen Konzernherrn nicht paßt und hinausfliegt. Es sind also Prozesse im Gange, die technisch und marktmäßig kaum begründbar sind, und die vielleicht am ehesten noch als finanzielle Prozesse erklärt werden können, wenngleich auch das eher zweifelhaft ist. Das Ergebnis ist jedenfalls ein höherer internationaler Konzentrationsgrad, der positive und negative Seiten hat. Positive, die darin liegen, daß sich Innovation in einem

sehr breiten Sinne, nicht nur in einem technischen Sinne, mit großer Geschwindigkeit über die ganze Welt verbreitet, weil die Weitergabe von Innovation im Rahmen eines internationalen Konzerns eben einfach ist. Die negative Seite besteht darin, daß die Märkte, seien es die Absatzmärkte, aber auch die Finanzmärkte oder die Märkte für Personal, zunehmend vermachtet werden und weltumspannende Giganten entstehen, die in der Wirtschafts- und Industriepolitik sowie auf Arbeitnehmerseite und oft auch auf der Seite der Abnehmer kein entsprechendes Gegengewicht mehr haben.

Die zweite wichtige Ebene ist in meinen Augen die Unternehmensebene. Hier sehen wir einen deutlichen Trend zu kleineren Einheiten oder mit anderen Worten: die Bildung von Bereichen, von Profit-Centers, von Divisions; und dieser Trend ist außerordentlich stark. Er geht darauf zurück, daß die Unternehmungen zu groß wurden, nicht mehr steuerungsfähig sind, und daß man nun in einem Unternehmensrahmen, d. h. in einem Rechts- und Finanzrahmen, kleinere Quasi-Unternehmen schafft, die die Ergebnisverantwortung haben, einander zu Marktpreisen beliefern und um das in der Unternehmung zur Verfügung stehende Kapital konkurrieren sollen. Wir haben diesen Trend auch in Österreich in der verstaatlichten Industrie. Das prominenteste Beispiel ist die VOEST-ALPINE; dort haben wir die Aufspaltung in Bereiche, dort gibt es eine Division Hütte, eine Division Verarbeitung, eine Division Finalindustrie, eine Division Industrieanlagenbau und eine Rohstoff-Division. Wir haben das auch in Ranshofen und in anderen Firmen, wenn auch vielleicht nicht immer so deutlich ausgeprägt. Unsere Erfahrung ist, daß diese Organisationsform die Motivation der Mitarbeiter hebt, daß sie das Kostenbewußtsein erhöht, und daß sie die Identifikation mit der Tätigkeit, mit dem Unternehmen verstärkt. Die Identifikation ist größer mit einer Einheit, die überschaubarer ist und deren Gang man vielleicht mit beeinflussen kann. Allerdings ist auch diese Organisationsform kein Allheilmittel, sie bringt eine ganze Reihe von Problemen mit sich, und niemand soll glauben, daß sie ein

Patentrezept darstellt. So ist etwa die Koordination dieser Bereiche durch den Vorstandsvorsitzenden meines Erachtens eine viel schwierigere Aufgabe als früher die Koordination des Produktionsmannes mit dem Verkäufer. Zusammenfassend kann man zu diesem Punkt sagen: wir haben hier einen deutlichen Trend zu kleineren Einheiten.

Die dritte wichtige Ebene ist die Betriebsebene, die technische Ebene. Hier bin ich eigentlich am weitesten entfernt von den Gedanken eines Schumacher und aller derjenigen, die in eine ähnliche Richtung gehen. Hier stelle ich fest, daß wir aus technischen Gründen weiterhin einen Trend zu größeren Betriebs- oder Produktionseinheiten haben. Er wird zwar von der sozialen Seite und von technischen Entwicklungen her gedämpft, aber noch immer läuft der Trend zum großen integrierten Stahlwerk, zum großen Chemiewerk, zum großen Aluminiumwerk, zum großen Betrieb der Maschinenindustrie, zum großen Stahlbauwerk, zur großen Waggonbaufabrik, zur großen Elektroindustrie oder zu einem Autowerk mit einer Mindestgröße von etwa 200.000 Automobilen im Jahr. Dieser Trend mag unter besonderen Voraussetzungen gebremst sein — denken Sie an das Ministahlwerk —, aber er gilt für die Grundstoffindustrie und für die Investitionsgüterindustrie im großen und ganzen. Man kann eben Stahl, Buntmetall, Automobile und Elektromotoren nicht mit Schafherden und mit Pullovern vergleichen, die man von Longo Mai beziehen kann, mit kleinen Sesselchen und Handwerkskunst, die man von kleinen, freundlichen Kooperativen kaufen kann. Das spielt sich in einer anderen Welt ab. Ich konzediere, daß beim Essen, beim Wohnen, bei der Bekleidung die Chancen des Kleinbetriebes teilweise wieder zunehmen; daß es hier besonders in den hochentwickelten Industrieländern finanzkräftige Schichten gibt, die sich Bekleidung aus Boutiquen, individuelle Möbel, einen sehr hoch stilisierten Essenskult leisten können. Aber auch das scheint mir doch von einer eher eingeschränkten Bedeutung zu sein.

In meiner Zusammenfassung komme ich dem Kollegen Millendorfer schon wieder ein bißchen näher. Was es gibt und

was wir brauchen und was die Grundlage unserer industriellen Leistungsfähigkeit darstellt, ist ein Pluralismus der Größen. Nicht nur einen Pluralismus der Eigentumsformen, wie wir ihn in Österreich haben, staatliche und private, inländische und ausländische. Von der Technik und vom Markt her ist ein Pluralismus der Größen effizient. Vor dogmatischen Aussagen zugunsten des Kleinbetriebes muß man jedoch warnen. Zu glauben, daß eine freie Assoziation kleiner und kleinster Betriebe eine konfliktfreie Welt zustande brächte, ist eine Illusion. Zu den Giganten ist eine kritische Einstellung erforderlich, allerdings ist ein Zerschlagen der Giganten weder notwendig noch realistisch. Man müßte sich intensiver bemühen, die Gegenmacht zu stärken und weiter auszubauen; d. h. besseres Gesellschaftsrecht, mehr Publizität, aktivere Wettbewerbspolitik, eine stärkere Internationalisierung der Gewerkschaften. Jedenfalls wäre das ein Konzept, das die Leistungsfähigkeit der Großen nicht stört, sondern ihnen eben eine entsprechende Gegenmacht gegenüberstellen und auf diese Weise der Vermachtung vorbauen könnte. Zugleich geht es darum, den Lebensraum der mittleren und kleinen Unternehmen zu sichern. Es gehört zu den Aufgaben einer wohlverstandenen Industriepolitik, den kleinen und den mittleren Einheiten entsprechend ihren spezifischen Bedürfnissen und Nöten zu helfen.

Schließlich möchte ich meiner Meinung Ausdruck geben, daß das Problem der Größe für Österreich eigentlich ein Randproblem ist. Bei uns ist vieles überschaubar und auch deswegen haben wir stabile politische und ökonomische Verhältnisse. Ebenso ist die Unternehmensgröße in Österreich kein Problem, was allerdings nicht ausschließen soll, daß man sich mit den oben angezogenen Bereichen wie Publizität, Wettbewerbsordnung etc. intensiver befaßt, als das bisher der Fall war.

Wissenschaftsverdrossenheit

Prof. Dr. Hans Mohr

Ordentlicher Professor für Biologie an der Universität Freiburg

Das Ziel der Wissenschaft ist Erkenntnis. Mit diesem Begriff meint der Naturforscher zuverlässiges, gesichertes Wissen; Wissen, das präzise Erklärung und präzise Prognose erlaubt, Wissen, auf das man sich beim Umgang mit der realen Welt, einschließlich des Umgangs mit Menschen, beim Umgang mit der Geschichte und beim Umgang mit Ideen verlassen kann. Als ich in den fünfziger Jahren studierte, waren meine akademischen Lehrer, von denen ich in Deutschland und in den USA die Grundlagen der Physik und der Biologie lernte, ungemein selbstsicher. Wissenschaft als Institution war ein selbstverständlicher Bestandteil unserer Kultur. Erkenntnisprogreß, die Zunahme von Erkenntnis, galt als nahezu synonym mit moralischem und materiellem Fortschritt, mit mehr Humanität, mehr Freiheit, mehr Glück. Der Wissenschaftler konnte damit rechnen, daß die Öffentlichkeit seine Arbeit respektierte und daß sie ihm vertraute. In der Regel vertraute sie ihm blindlings. Dies hat sich neuerdings geändert. Das Mißtrauen gegen die Wissenschaft wurde geschürt, das traditionelle Vertrauen in die Wissenschaft wurde Stück für Stück

abgebaut. Immer lauter wurde behauptet, zunächst vor allem innerhalb der Universitäten, die etablierte Wissenschaft habe versagt.

Natürlich hat die Wissenschaft angesichts ihrer Aufgaben nicht versagt, im Gegenteil: Der Erkenntnisfortschritt ist ungebrochen und in einigen Disziplinen von beispielloser Intensität. Wir alle leben materiell, wirtschaftlich und machtpolitisch von den Leistungen der Wissenschaft und der unmittelbar auf ihr beruhenden physikalischen und biologischen Technik. Wir leben besser, weit besser, als jemals Menschen vor uns gelebt haben. Natürlich ist auch der „point of no return" in der kulturellen Evolution längst überschritten. Für die Rückkehr zum einfachen Leben, selbst wenn es für irgendwen im Ernst erstrebenswert sein sollte, gibt es 3 oder 4 Milliarden Menschen zuviel. Wir müssen also, wenn wir weiter leben wollen, die Regreßerscheinungen unserer modernen Kultur durch wissenschaftlich-technischen Progreß überkompensieren. Eine realistische Alternative gibt es nicht. Führte das Mißtrauen gegen den Homo investigans tatsächlich zu einer Abkehr der Menschen von der Wissenschaft, so wäre dies ein Abschied von der Zivilisation und für die meisten von uns ein Abschied vom Leben.

Die Wissenschaft — so scheint es — hat auch moralisch nicht versagt. Das Ethos der Wissenschaft, jenes moralische Gesetz, das intersubjektive Erkenntnis stiftet, hat sich weit besser bewährt als irgendein anderer Satz von Geboten oder Verboten in der Kulturgeschichte des Menschen. Es gibt keine Anzeichen dafür, daß sich seine Verbindlichkeit in den klassischen wissenschaftlichen Disziplinen gelockert hätte. Wie konnte es dann überhaupt zu dem Vorwurf kommen, die Wissenschaft habe versagt?

1. Ein Grund dafür ist, daß die Menschen von der Wissenschaft mehr erwarten, als sie ihrer Zielsetzung und ihrer Struktur nach leisten kann. Bei klaren und einfachen Zielsetzungen und unverändert bleibendem Wertsystem der Gesellschaft ist die Wissenschaft nahezu unbegrenzt leistungsfähig (Mondlandung, Entzifferung des genetischen

Codes, Beseitigung der Kinderlähmung, Ausrottung der Pocken). Ist hingegen die Zielsetzung verschwommen oder in sich widersprüchlich, oder kann sie nur dann verwirklicht werden, wenn Änderungen im vorherrschenden Wertsystem und in der vorherrschenden Neigungsstruktur der menschlichen Gesellschaften vorgenommen werden, so prallt die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft häufig an der politischen Wirklichkeit ab.

2. Ein wichtiger Grund für die Skepsis, mit der die Wissenschaft derzeit betrachtet wird, ist darin zu suchen, daß sich die Universität im Wechselspiel zwischen Erkenntnis und Entscheidung übernommen hat. Anders ausgedrückt: Unser Prestige- und Vertrauensverlust beruht im wesentlichen auf einer naiven Politisierung des Unternehmens Wissenschaft. Die Politisierung der Wissenschaft beginnt mit der These, normative Vernunft, die auf Normen des allgemeinen Sollens zielt, könne mit dem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit auftreten. Diese These ist falsch. Es gibt keine Rechtfertigung für die Behauptung, ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen könne im Namen der Wissenschaft festlegen, was sein oder was geschehen soll. Deshalb gibt es auch keinen „wissenschaftlichen Sozialismus". Der Marxismus ist keine Wissenschaft, auch wenn er sich szientistisch gebärdet, sondern eine politökonomische Doktrin aus der Mitte des vorigen Jahrhunderts. Was den mündigen Bürger in unserer pluralistischen Gesellschaft in erster Linie gegen Wissenschaft und Universität eingenommen hat, war unser Anspruch auf ein politisches Mandat. Damit meine ich den Anspruch, „kritische Vernunft könne ihr normatives Fundament wissenschaftlich verfügbar machen".

Die Beiträge, welche die Wissenschaft für die Bewältigung praktischer Probleme tatsächlich zu leisten vermag, haben stets dieselbe Struktur. Es sind „wenn-dann"-Sätze: Wenn die Faktorenkonstellation x gegeben ist, dann werden die Folgen y resultieren; oder, wenn man die

Folgen y erreichen will, dann muß man die Konstellation x schaffen; oder, wenn man die Folgen y vermeiden will, dann muß man die Konstellation x vermeiden.

Ob es wünschenswert oder gerecht ist, y zu erreichen oder zu vermeiden, ist in diesen Sätzen nicht impliziert. Ein solches Werturteil ist wissenschaftlich nicht begründbar und in einer pluralistischen Gesellschaft, in der die Ziele im Streite liegen, prinzipiell strittig. Die moralische Verantwortung des Wissenschaftlers betrifft die Zuverlässigkeit der „wenn-dann"-Sätze. Diese primäre Verantwortung des Wissenschaftlers kann man allerdings kaum überschätzen; jedes Versagen kostet uns das Vertrauen der Menschen. An dieser Stelle wird über die Vertrauenswürdigkeit der Wissenschaft entschieden, beim einfachen Bürger ebenso wie beim verantwortlichen Politiker. Zuverlässiges Wissen, unabhängig von jeweils geltenden Normen, ist in jeder Gesellschaftsform die Voraussetzung richtigen Handelns. Erkenntnis ist ein notwendiger, wenn auch kein hinreichender Grund für die richtige Führung unseres Lebens.

3. Moralisch versagt haben viele Wissenschaftler im Umgang mit der Öffentlichkeit und im Umgang mit transwissenschaftlichen Fragen. Wir zerstören die moralische Substanz, von der wir leben, wenn wir die Grenzlinie zwischen wissenschaftlicher und transwissenschaftlicher Debatte vernebeln, oder uns auch dort für kompetent erklären, wo wir es nicht sind. Behauptungen, die zwar wissenschaftlich verbrämt, aber eindeutig politisch motiviert sind, richten den schlimmsten Schaden an.

Bestehen Verständigungsschwierigkeiten zwischen Wissenschaft und Volk, zwischen dem Wissenschaftler und dem Träger der politischen Entscheidung? Häufig sieht man in einer verbesserten Kommunikation das wichtigste Heilmittel gegen die umsichgreifende Wissenschaftsverdrossenheit. Bundeskanzler Schmidt spricht von einer „Bringschuld" der

Wissenschaft und meint damit, die Wissenschaft sei in einem demokratischen Staatswesen verpflichtet, ihre Erkenntnisse den Menschen im Lande mitzuteilen, „aufklärerisch" (im besten Sinn gemeint) zu wirken. Kürzlich, in der Kernenergiedebatte, drückte Schmidt sein Anliegen folgendermaßen aus: „Wir brauchen — und dies sage ich mit besonderem Nachdruck — eine allgemein verständliche Sprache und eine für den Nichtfachmann nachvollziehbare Gedankenführung."

Ich kann vor solchen Hoffnungen in die Macht der Aufklärung nur warnen. Das Problem der allgemein verständlichen Sprache ist weit weniger wichtig als gemeinhin geglaubt wird. Für eine sinnvolle Kommunikation zwischen Wissenschaft und Bürger, Wissenschaft und Volk darf man nicht verlangen, daß der ganze Gang der Argumentation in den „wenn-dann"-Sätzen für den Bürger verstehbar ist. Dies ist schlichtweg unmöglich. Was der Bürger in die Kommunikation mit der Wissenschaft einbringen muß, ist Vertrauen in die Wissenschaft; das Vertrauen, daß im Rahmen der Wissenschaft nur sachlich richtig und logisch korrekt argumentiert wird. Wenn das Vertrauen in die Wissenschaft erschüttert ist, hilft Aufklärung keinen Schritt weiter. Die „Nukleophobie" unserer Tage z. B. ist nicht vorrangig ein Problem mangelhafter Aufklärung; sie ist eher darauf zurückzuführen, daß den Menschen generell Angst eingejagt wurde vor Technik und Wissenschaft, und daß sich diese Angst derzeit auf die Kernenergie konzentriert.

Die etablierte Wissenschaft ist an dieser Entwicklung (Mißtrauen gegen die Wissenschaft) nicht unschuldig. Sie hat einmal die Theorie der Wissenschaft — und damit die Begründung für Wissenschaft — den Philosophen, besonders den Sozialphilosophen überlassen: mit katastrophalem Resultat. Zweitens haben viele Wissenschaftler den Umstand, daß die Wissenschaft vielfach zu einer öffentlichen Angelegenheit geworden ist, moralisch nicht verkraftet. Wir alle wissen allmählich, daß öffentliche Hearings über kontroverse Fragen an der Grenzlinie zwischen Wissenschaft und Gesellschaft in der Regel negative, zuweilen entsetzliche Folgen für das moralische

Prestige der Wissenschaft haben. Natürlich können zwei Wissenschaftler verschiedene Auffassungen über eine Frage haben, die sich dem Zugriff der Wissenschaft noch entzieht, oder sie können zu verschiedenen Folgerungen kommen, weil sie zwar die gleichen Gesetze verwenden, aber verschiedene Randbedingungen in ihr Kalkül einsetzen. Aber allzu oft verlassen Wissenschaftler den Bereich ihrer fachlichen Kompetenz oder verwischen die Trennungslinie zwischen Überzeugung und Beweis. Sie untergraben damit die Vertrauenswürdigkeit der Wissenschaft.

Kehren wir zurück zu der zentralen Frage, inwieweit durch vernünftige Aufklärung das Vertrauen in die Wissenschaft wieder gestärkt und der Wissenschaftsverdrossenheit entgegengewirkt werden könnte?

These 1: Die Öffentlichkeit ist an einer seriösen, wenn auch gekonnten Popularisierung von Wissenschaft nicht ernsthaft interessiert. Im 1. Programm lassen sich allenfalls Sensationen und Science-fictions verkaufen. Was die meisten Menschen von der Wissenschaft erwarten, ist nicht Erkenntnis, Information, Wissen; sie tolerieren und unterstützen die Wissenschaft deshalb, weil sie an eine enge Verbindung von Wissenschaft und zivilisatorischem Fortschritt, von Erkenntnis und materieller Wohlfahrt glauben. Die meisten Menschen verlassen sich selbstverständlich darauf, daß die in die Praxis umgesetzte Erkenntnis der Wissenschaft ihnen ein komfortables Leben ermöglicht. Sie denken aber nicht im Ernst daran, wissenschaftliche Erkenntnis als einen überragenden Wert zu betrachten, oder aus der Existenz der wissenschaftlichen Erkenntnis geistige Konsequenzen zu ziehen.

These 2: Es ist auch einfach nicht wahr, daß sich die Politiker — damit meine ich die legislativen und exekutiven Träger der Entscheidungen — für Wissenschaft als solche interessieren, vielleicht abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen. In den Jahren meiner Tätigkeit als Wissenschaftler habe ich es nie erlebt, daß ein Politiker den ernsthaften Versuch

gemacht hätte, sich im Stil und im Geist der Wissenschaft — vorurteilslos, solide und umfassend — von den jeweils besten Fachleuten aufklären zu lassen.

These 3: Die meisten Menschen — die Politiker ebenso wie der Mann auf der Straße — sind an Erkenntnis nicht wirklich interessiert. Sie wollen gar nicht wissen, was unser modernes Weltbild, was unsere moderne Zivilisation ausmacht, was die Wissenschaft weiß, wie sie arbeitet und wie sie voranschreitet. Sie wollen vielmehr lediglich sicher sein, daß wissenschaftlicher Fortschritt „Fortschritt schlechthin" bedeutet, also eine Veränderung der Umstände bewirkt, die man sich wünscht — und sie respektieren Erkenntnis nur dann, wenn diese ihre vorgefaßte Meinung, ihr Vorurteil, bestätigt.

Frage: „Wollen die Menschen um uns wirklich mündig sein, wenn Mündigkeit die Bereitschaft einschließt, Tatsachen zu respektieren und Illusionen und vorgefaßte Meinungen entsprechend zu revidieren? Sind die Menschen an wissenschaftlicher Wahrheit auch dann zu interessieren, wenn diese Wahrheit unbequem ist und Revisionen der Vorurteile und des etablierten ‚Weltbildes' herausfordert?"

Kant definierte Aufklärung als „den Ausgang des Menschen aus einer selbst verschuldeten Unmündigkeit". Ich fürchte, das Pathos der Aufklärung, das auch die Wissenschaft erblühen ließ, hat seine Kraft verloren. Die Menschen können oder wollen es nicht mehr verstehen. Sie ziehen die Rückkehr in die Unmündigkeit vor, weil ihnen die Alternative, die Dinge, von denen und mit denen sie leben, zu verstehen, zu anstrengend erscheint.

Dieser Trend ist aus zwei Gründen furchterregend.

1. Die Demokratie — hier stimme ich mit Helmut Schmidt überein — lebt von der Fiktion, daß alle Bürger in ähnlicher Weise über Wissen und Einsicht verfügen. Wie soll, wenn der Bürger die Holschuld an Information, an Wissen, an Einsicht verweigert, die Demokratie funktionsfähig bleiben? Wie soll ein hochzivilisiertes Industrieland, das

von wissenschaftlich fundierter Technologie lebt, funktionieren, wenn der Bürger die Dinge, mit denen und von denen er lebt, immer weniger begreifen kann und will?

2. Der Politiker hat immer weniger Zeit, Kraft und Spielraum seiner Holschuld nachzukommen. Die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik funktioniert auch dann nicht, wenn der Wissenschaftler seine unabweisbare Bringschuld optimal erfüllt.

Gelegentlich wird als Ausweg erwogen, einer wissenschaftlichen Elite, eine privilegierte Stellung in Legislative und Exekutive einzuräumen, den „Sachverständigenräten" eine legislative Gewalt zu übertragen. Ich halte davon nicht viel. Jede Hinwendung zu Technokratie und Expertokratie rührt nicht nur an die Grundlagen der Demokratie; derartige Tendenzen überfordern auch den Wissenschaftler.

Die Erfahrungen der Vergangenheit, auch der jüngsten Vergangenheit, widersprechen der These, Wissenschaftler seien auch außerhalb ihrer Disziplin besonders dafür qualifiziert, Zielvorstellungen zu konzipieren und ethisch zu begründen. Es ist eine schmeichelhafte, aber falsche Unterstellung, wissenschaftliche Fachkompetenz impliziere ein hohes Maß an normativer Vernunft. Die meisten Wissenschaftler müssen gesellschaftspolitisches Denken und Handeln mühsam erlernen. Bei den Schwierigkeiten im Umgang mit praktischer Politik werden sie nur noch von Schriftstellern und Pastoren übertroffen. Ich plädiere also letztlich für die klare Arbeitsteilung zwischen Erkenntnis und Entscheidung, obgleich mir die dem Politiker eingeräumte Möglichkeit eines Verzichts auf Erkenntnis ebenso gefährlich erscheint wie das hohe Maß an Irrationalität, mit dem eine sachlich uninformierte Öffentlichkeit in Form von „Bürgerinitiativen" in die wichtigsten Sachentscheidungen unserer Zeit eingreift. Dem Versuche, die „wenn-dann"-Sätze der Wissenschaft zu einem vorrangig rationalen Instrument der Daseinsbewältigung zu machen, sind in einer frei-

heitlichen Gesellschaftsordnung enge Grenzen gesetzt. Ich sehe keine Möglichkeit, diese Grenzen zu sprengen.

Was kann der Wissenschaftler von sich aus tun, um der Wissenschaftsverdrossenheit zu begegnen? Hier bin ich im Grunde optimistisch. Die Wissenschaft ist im Rahmen ihrer eigenen immanenten Normen immer noch unglaublich leistungsfähig, d. h. zur Erkenntnis fähig. Ich bin überzeugt, daß wir unser wissenschaftliches Prestige, das Image von Kompetenz und Zuverlässigkeit in wissenschaftlichen Fragen, kurzfristig regenerieren könnten, fänden wir zu strenger Wissenschaftlichkeit zurück und vermieden wir den arroganten Beigeschmack von „wahrem Bewußtsein" und „kritischer Theorie". Die strikte Trennung von Wissenschaft und disziplinloser Sozialphilosophie (oder politisierender Transzendentalphilosophie) erscheint mir unabdingbar. Unverzichtbar erscheint mir auch die politische Entscheidung, daß man die Wissenschaft wieder nach den ihr immanenten Gesetzen und Spielregeln arbeiten läßt. Das Grundübel ist die Politisierung der Universität. Gute Wissenschaft braucht ein gewisses Quantum an politischem Desinteresse. Sie braucht — nach Max Weber — „das Augenmaß, die Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen, also: die Distanz zu den Dingen und Menschen".

Das Unbehagen in unserer Gesellschaft

Prof. Dr. Stephan Koren
Präsident der Oesterreichischen Nationalbank

BERICHT: DKFM. ERWIN SCHMIDBAUER

Weite Bereiche unseres Lebens sind in der Zeit, in der wir leben, von Verdrossenheit und Unbehagen geprägt: Verdrossenheit über die technische und technologische Entwicklung mit ihren Folgen, aber auch über die Wissenschaft. Diese Einstellung der Bevölkerung ist nicht plötzlich aufgetreten, nicht erst mit dem Beginn der Atomdiskussion; dieses Unbehagen ist schon seit Beginn der siebziger Jahre bemerkbar, hat sich aber im Verlauf der Jahre immer stärker artikuliert.

Gleichzeitig hat die sogenannte Zukunftsangst zugenommen, das Gefühl, die hinter uns liegende Entwicklung könne nicht weiter fortgesetzt werden. Gemessen an objektiven Wertmaßstäben ist heute das Glücksgefühl der Menschen weit geringer als es eigentlich sein sollte. Denn der heutige Lebensstandard wäre vor noch etwa dreißig Jahren eine beinahe unvorstellbare Glücksvision gewesen: 5-Tage-Woche, Auslands-

urlaub, Gesundheitszustand, Bildungsmöglichkeiten, Autos, Technik im Haushalt etc. Daß dieses Glücksgefühl weitgehend fehlt, liegt einerseits daran, daß die Vision Selbstverständlichkeit wurde und sich andererseits die Wertskalen der Menschen verschoben haben. Begriffe wie Verschwendung, Zerstörung der Umwelt, neue Gesundheitsfragen sind in den Vordergrund getreten und haben zu einer irrationalen, beinahe schizophrenen Bewußtseinslage geführt. Heute gehen die Wunschvorstellungen davon aus, all jene Dinge, die selbstverständlich geworden sind, zu erhalten, die negativen Begleiterscheinungen aber verschwinden zu lassen.

Dies bedeutet, daß wir von einem Alternativdenken zunehmend zu einem Wunschdenken übergegangen sind, von rationalen Erwägungen zu irrationalen Reaktionen. Im engen gesellschaftlichen Bereich — etwa in der Familie — gibt es infolge des täglichen Zusammenlebens noch gewisse Korrektive, wenn etwa ein Familienmitglied das andere auf die Unsinnigkeit einer Handlung oder einer Ansicht hinweist. In der Gesellschaft hingegen gibt es solche Korrektive kaum mehr, und die Wünsche gehen mehr und mehr über die Möglichkeiten zu ihrer Erfüllung hinaus.

Das demokratische System sollte eigentlich bestrebt sein und gewährleisten, daß die einzelnen Gruppen der Bevölkerung nicht in Irrationalität verfallen. Politische Gruppierungen suchen daher nach Rangordnungen von Zielen und präsentieren dies als ihre Programme. Freilich funktioniert dies nur so lange als die Vorstellungen der Gruppen für den einzelnen überschaubar bleiben. Ist das nicht mehr der Fall, so erfolgt eine Korrektur durch andere politische Gruppierungen, oder aber es entstehen Tabus, wie wir dies derzeit etwa in Form der „Verabsolutierung" der Vollbeschäftigung erleben.

Die Demokratie benötigt daher offensichtlich zusätzliche Mittel zur Eindämmung von Irrationalität. Die Medien und die Wissenschaft haben diese Funktion lange Zeit gehabt, sind aber in jüngerer Zeit einem deutlichen Wandel unterworfen worden.

Die kritische Funktion der Medien hat sich vermindert, seit anstelle der eingehenden Analyse und der Präsentation voneinander abweichender Meinungen die persönliche Ansicht des Schreibers bzw. des Reporters in den Vordergrund gestellt wird. An die Stelle von Sachkritik ist Personenkritik getreten, es wird nicht mehr zusammenhängend argumentiert, sondern jeder Reporter reißt Punkte aus dem Zusammenhang und befaßt sich nur mit diesen.

Auch in der Wissenschaft ist eine gewisse Lethargisierung, eine Wegwendung von der Wirklichkeit und damit ein Rückzug aus der Wirklichkeit eingetreten. Die Gründe hiefür sind vielschichtig: Bestimmte Wissenschaftsbereiche, etwa jene der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, sind in eine Phase der Unsicherheit eingetreten, die Fähigkeit, Problemlösungen anzubieten, wurde geringer, und schließlich hat sich auch in der Wissenschaft eine politische Lagerbildung ergeben.

Diese Lagerbildung bedeutet für den einzelnen, daß zur Lösung von Problemen zwei oder mehrere Gruppen mit gleicher Kompetenz aufzutreten versuchen. Das Ergebnis: Man glaubt keiner der Gruppen, eine Lösung wird durch eine andere neutralisiert, die wissenschaftliche Autorität abgebaut. Die kritische Funktion der Wissenschaft ist damit im Schwinden begriffen.

Dieser Prozeß des Abbaus des Vertrauens in die Medien und die Wissenschaft läßt sich nicht einfach durch neue Programme ändern. Er ist ja nicht das Ergebnis von Zufällen, sondern entstand im Gefolge der gesellschaftlichen Entwicklung. Noch vor fünfzehn bis zwanzig Jahren wäre etwa kein Wissenschaftler in politische Tagesfragen einbezogen worden. Aber auch eine entgegengesetzte Entwicklung wäre gar nicht wünschenswert, hieße dies doch einen Rückzug in ein wissenschaftliches Ghetto antreten und dem Irrationalen das Feld räumen.

Was die Politik selbst betrifft, ist in den letzten etwa anderthalb Jahrzehnten ebenfalls eine Änderung eingetreten: Statt ensprechende Wertskalen zu suchen und zu finden, treten die korrigierenden Faktoren der Politik in zunehmendem Maße

in der Form auf, daß lediglich Mögliches vom Unmöglichen getrennt wird. Das Referendum, die Meinungsumfrage gewinnt an Bedeutung. Die Politiker überlegen immer weniger, welche Entscheidungen notwendig sind, sie stellen vielmehr vorweg die Frage: „Was glauben, was wollen denn die Leute?", um sich dann darauf berufen zu können.

Damit soll nicht gesagt sein, Meinungsumfragen wären a priori abzulehnen. Sie sollten aber nicht mehr darstellen als ein Basismaterial für die Beurteilung einer bestimmten Situation, bzw. eines bestimmten Problems. Abzulehnen ist die zu große Betonung der Meinungsumfrage, wenn etwa die Regierung eine als notwendig erachtete (unpopuläre) Maßnahme einfach fallen läßt, weil sich eine Mehrheit der Befragten dagegen ausgesprochen hat. Damit tritt auch hier das Irrationale in den Vordergrund.

Unsere Gesellschaft bewegt sich derzeit in einer Grenzphase zwischen der gegenwärtigen geisteswissenschaftlichen und gesellschaftspolitischen Periode und einer nächsten. Wie diese nächste Periode aussehen wird, wissen wir nicht, wir können auch nicht darauf Einfluß nehmen, da der im Gang befindliche Prozeß nicht steuerbar ist.

Diese Überlegungen mögen sich sehr pessimistisch anhören. Aus der politischen Erfahrung muß man aber zum Schluß kommen, daß es den heutigen demokratischen Gruppierungen offenbar immer schwerer wird, über ihren eigenen Schatten zu springen. Wahrscheinlich bedarf es eines elementaren Anstoßes um eine „Ernüchterungssituation" herbeizuführen.

Das bedeutet andererseits nicht, daß sich unsere Gesellschaft willenlos von diesen Entwicklungen überrollen lassen sollte. Im Gegenteil, sie sollte alles daransetzen, eine drohende Krise zu vermeiden. Pessimismus ist aber insofern angebracht, als wir nicht wissen, in welche Richtung bzw. wogegen zu steuern wäre. Die neue Periode — möge sie nun eine Katastrophe bringen oder etwa zu einer neuen Romantik zurückführen — kann mit rationalen Mitteln weder erklärt noch gewollt herbeigeführt werden.

Bewußtseinswandel in der modernen Industriegesellschaft

Prof. Dr. Kurt Sontheimer

Ordentlicher Professor für Politische Wissenschaft an der Universität München

Es gehört zu den erstaunlichen Phänomenen der neueren Geschichte, daß nach den großen Krisen der dreißiger Jahre und nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Ideen der westlichen Zivilisation zwischen 1945 und 1970 eine so außerordentliche Kräftigung erfuhren. Unter der Mithilfe und dem militärischen Schutz der Vereinigten Staaten gelang es, in fast allen Ländern des westlichen Europa die in der Zwischenkriegszeit so sehr diskriminierten Prinzipien der westlichen Demokratie und der kapitalistisch organisierten freien Marktwirtschaft von neuem zur Geltung zu bringen. Das auf der Idee der Freiheit beruhende marktwirtschaftliche System des Kapitalismus und die auf der Gewährung von unveräußerlichen Menschenrechten beruhende politische Ordnungsform einer liberalen Demokratie gingen aus den wirren Krisen und Katastrophen der Zeit zwischen 1918 und 1945 sogar so gekräftigt und erfolgreich hervor, als hätte es in den vorausgegangenen Jahrzehnten nie berechtigte Zweifel an den Prinzipien und

Wertgrundlagen dieser wirtschaftlichen und politischen Ordnungsformen gegeben. Man erinnere sich nur für einen kurzen Moment der heftigen Auseinandersetzungen der zwanziger Jahre und vor allem der frühen dreißiger Jahre über die Angemessenheit der wirtschaftlichen und politischen Strukturen des Liberalismus für die Bewältigung der neuartigen Probleme industrieller Massengesellschaften im 20. Jahrhundert. Es gab damals, zumindest im deutschsprachigen Raum, kaum Stimmen, welche den wirtschaftlichen Liberalismus und seine politische Ausdrucksform, den demokratischen Parlamentarismus, entschieden verteidigten. Im Gegenteil: Das Feld der politischen Diskussion wurde beherrscht von den Kritikern und Verächtern des Liberalismus, die freilich in den schwierigen Verhältnissen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht gerade in Verlegenheit waren, in der sie umgebenden politischen und ökonomischen Wirtschaftlichkeit kritische Ansatzpunkte für eine Verurteilung des bestehenden Systems zu finden. Vor allem in Mitteleuropa erwies sich die parlamentarische Demokratie als neue politische Organisationsform wenig geeignet, die bestehenden sozialen Konflikte besser auszugleichen und dem demokratischen System ein notwendiges Mindestmaß an Vertrauen und allgemeinem Konsensus zu sichern. In der verheerenden Weltwirtschaftskrise und den vorausgehenden inflationären Entwicklungen hatte sich auch das Vertrauen sowohl des mittleren wie des Kleinbürgertums wie auch der arbeitenden Massen in die kapitalistisch organisierte Wirtschaftsform verbraucht — die Arbeiterbewegung hatte es nie gehabt — und war der Bereitschaft gewichen, völlig neue politische Lösungen zu akzeptieren, wenn sie durch eine starke Hand realisiert wurden. Niemand hätte in der damaligen Zeit noch einen Pfifferling auf das politische und ökonomische System des Liberalismus bzw. Kapitalismus gegeben. Es erschien als eine den neuen Zeitumständen nicht mehr gewachsene Ausgeburt des 19. Jahrhunderts und wurde von einem großen Teil der öffentlichen Meinung einschließlich der meisten politischen Parteien der damaligen Zeit als überholt betrachtet.

Ein Teil Europas, zumindest Mittel- und Südeuropas, strebte in den zwanziger und dreißiger Jahren zu neuen politischen Ordnungsformen hin, die den anscheinend erfolglosen Liberalismus radikal hinter sich ließen. Es kam zur Herausbildung autoritärer bis totalitärer Regierungssysteme, die bei allen noch so gewichtigen Unterschieden im einzelnen doch von einer gemeinsamen antiliberalen Grundhaltung beherrscht waren.

Der erfolgreiche Widerstand der Alliierten der Anti-Hitler-Koalition gegen den hegemonialen Zugriff des Hitlerschen Großdeutschen Reiches auf Europa beendete die Phase des Antiliberalismus im 20. Jahrhundert um den Preis der Aufteilung der Welt in zwei Machtsphären. Der Sieg der Alliierten über den europäischen Faschismus war nur durch das Zusammenwirken der Westmächte mit der Sowjetunion möglich geworden, so daß der schließliche Triumph über den Faschismus sowohl als ein Sieg der westlich liberalen Idee wie als ein Erfolg des Kommunismus gefeiert werden konnte. Da Kommunismus und Faschismus von ihren ideologischen Prinzipien her jedoch kaum weniger miteinander zu vereinbaren sind wie Liberalismus und Faschismus, war die Teilung Europas in einen unter sowjetischer Herrschaft stehenden kommunistischen Machtblock auf der einen Seite und einen unter amerikanischer Führung stehenden westlich-liberalen machtpolitischen Großraum kaum vermeidbar. Die unter sowjetische Herrschaft geratenen Länder Ost- und Mitteleuropas mußten den liberalen und kapitalistischen Prinzipien endgültig abschwören, während die diesseits des Eisernen Vorhangs gelegenen westeuropäischen Länder ihren Wiederaufbau und ihre politische und ökonomische Neuordnung von neuem auf der Grundlage des westlichen Liberalismus betrieben. Was auch immer die Gründe im einzelnen dafür gewesen sein mögen, diese Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurde, vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, zu einem außerordentlichen Erfolg, wie ihn noch wenige Jahre nach Kriegsende niemand für möglich gehalten hätte. Es ist nicht zuletzt dieser Erfolg, der uns heute zu schaffen macht.

Wie mißtrauisch man in den Jahren unmittelbar nach Kriegsende noch gegenüber der kapitalistischen Organisation des Wirtschaftslebens gewesen war, bezeugen die Programme fast aller politischer Parteien in der Gründungsphase nach 1945. Man war weithin überzeugt davon, daß eine Art freiheitlicher Sozialismus, die sich allerdings vom Zwangssozialismus sowjetischer Prägung scharf unterschied, die neue politische Ordnungsform der Zukunft sein sollte. Die vorausgegangene Willkürherrschaft des nationalsozialistischen Unrechtsstaates hatte andererseits eine kräftige Renaissance des liberalen Rechtsstaatsgedankens zur Folge, so daß in der damaligen Zeit weniger das Problem der Wiederaufrichtung einer liberalen Ordnung unter angemessener Berücksichtigung der notwendigen sozialen Sicherungen strittig war, als vielmehr die Frage, ob auch die Restauration des Kapitalismus geeignet wäre, die Voraussetzungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen. Mit dem außerordentlichen Erfolg der Liberalisierung der Wirtschaft auf der Grundlage eines neuen Währungssystems wurden die auch bei den deutschen bürgerlichen Parteien anfangs bestehenden Zweifel an der Richtigkeit des rein marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzips schnell beseitigt. Auch die deutsche Sozialdemokratie, die anfangs die Notwendigkeit der Lenkung und Planung der Wirtschaft in den Vordergrund gestellt hatte, erkannte in ihrem Godesberger Programm von 1959 das marktwirtschaftliche Prinzip im Grunde an und bestand nur dort noch auf dem Prinzip der Planung, wo es im Interesse des Gemeinwohls unabdingbar wäre. Der Konsensus war nun komplett.

So erlebten der politische und der wirtschaftliche Liberalismus in den meisten Ländern des westlichen Europa, vor allem jedoch in der Bundesrepublik, eine überraschende Neuauflage, die durch die greifbaren Erfolge dieser politischen und wirtschaftlichen Verfassung mit Nachdruck bestätigt wurde. Im Zuge des Wiederaufbaus hat sich auch das am Liberalismus orientierte politische Wertbewußtsein von neuem gefestigt. Es hat der sich so außerordentlich erfolgreich entwickelnden demo-

kratischen Industriegesellschaft der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine relativ stabile Wertgrundlage vermittelt. In den meisten Ländern des westlichen Europa, mit Ausnahme Italiens und Frankreichs, entwickelte sich in den fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts ein relativ stabiler Wertkonsensus über die Grundlagen des politischen und wirtschaftlichen Systems, an dem alle maßgeblichen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gruppierungen teilhatten.

In einem sehr allgemeinen Sinne lassen sich die Werte der westlichen Zivilisation folgendermaßen umschreiben: Grundlegend ist der Glaube an eine durch die menschliche Vernunft verstehbare und beherrschbare Ordnung der Welt, verbunden mit dem Glauben an die Einzigartigkeit des Individuums, dem von Natur unveräußerliche Rechte, die Menschenrechte, zugeschrieben werden. Wesentlich für das westliche Denken ist ferner die in den Vertragslehren entwickelte Idee, daß Menschen um des Schutzes ihrer Rechte und Interessen willen freiwillige Bindungen eingehen, und zwar in Gemeinschaften, die durch das Mittel des Rechts gesteuert werden, wobei das positive Recht die jeweils notwendigen Unterscheidungen treffen muß zwischen den grundrechtlich begründeten Ansprüchen der einzelnen Menschen und den Bedürfnissen der Gesellschaft. Schließlich gehört zum Kanon der Werte der westlichen Zivilisation der Glaube an den Wert der Arbeit, die nicht als ein Fluch begriffen wird, sondern die, über die Schaffung der notwendigen Subsistenzbedingungen des Menschen hinaus, als etwas für die Selbstverwirklichung des Menschen Notwendiges angesehen wird.

In der Anfangsphase des Wiederaufbaus nach dem Kriege gelang es, politische und wirtschaftliche Ordnungen zu schaffen, in denen diese Grundüberzeugungen von neuem bestärkt und gefestigt wurden. Dies fiel umso leichter, als die vorausgegangene Erfahrung mit den faschistischen Diktaturen die meisten Menschen gelehrt hatte, daß die rücksichtslose Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft und die Unterwerfung des Rechts unter die Macht sowie die totale Unterordnung

menschlicher Arbeit unter kollektive Zwänge und erst recht die Preisgabe rationaler Prinzipien zugunsten irrationaler Mythen und kollektiver Glaubensinhalte in eine Katastrophe schlimmsten Ausmaßes führte. So kam es zu einem neuerlichen Triumph des Rationalismus zur Neubelebung der Werte der westlichen Zivilisation, die sich auch als weniger widerspruchsvoll erwiesen als in früheren Phasen der Geschichte, weil es gelungen war, das Element des Sozialen als normatives Prinzip stärker in die wirtschaftliche und politische Ordnung einzubeziehen. Dies zeigte sich in der Formel von der „sozialen Marktwirtschaft", aber auch in der Verpflichtung der modernen demokratischen Industriestaaten zu einer als „sozialstaatlich" bezeichneten Gestaltung der Lebensverhältnisse.

Die Grundwerte der westlichen Zivilisation, die sich in enger Verbindung mit den tiefgehenden religiösen und säkularen Veränderungen gebildet hatten, die durch die Reformation und die Befreiung vom Absolutismus ausgelöst worden waren, sind, wie Richard Löwenthal hervorgehoben hat, in der Entwicklung des industriellen Kapitalismus schon früh von zwei Richtungen her bedroht worden, in denen jeweils die Vereinseitigung eines bestimmten Wertprinzips sichtbar wurde: in der Überbewertung der Idee des materiellen Fortschritts und des materiellen Erfolgs für den einzelnen und in der Überbewertung der Idee der Nation, der völkischen Gemeinschaft, auf Kosten des Individuums. An seinem Ursprung war, wie Max Weber gezeigt hat, der kapitalistische Geist eng mit einer puritanischen Arbeitsethik verbunden, aus der er sich in den späteren Phasen mehr und mehr herausgelöst hat. Puritanische Arbeitsethik bedeutete die Bindung des kapitalistischen Erwerbsstrebens an moralische Grundsätze, die Relativierung des Glaubens an den materiellen Fortschritt durch die Anerkennung sittlicher Verpflichtungen, die Zurückdrängung des bloßen Profitmotivs zugunsten einer angemessenen Bewertung der geleisteten Arbeit sowie eine nur bescheidene Zurschaustellung des individuellen wirtschaftlichen Erfolgs und der damit verbundenen Privilegien. Alle diese aus der christlichen Tradition

herrührenden moralischen Bremsen des kapitalistischen Erwerbsstrebens und des materiellen Fortschrittsdenkens sind im Zuge der Säkularisierung der letzten Jahrhunderte immer stärker abgeschliffen worden. Sie haben sich in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bei uns zunächst wieder behaupten können, wurden aber in wachsendem Maße von der wirtschaftlichen Dynamik und den durch sie ausgelösten individuellen und sozialen Verhaltensformen überrollt. Der enorme Erfolg des sozialen Kapitalismus hat die moralischen Bindungen aufgeweicht und die Arbeitsethik durch eine säkularisierte Ideologie des Hedonismus im organisierten Wohlfahrtsstaat ersetzt.

Der amerikanische Soziologe Daniel Bell hat die Entwicklung mit folgenden Worten umschrieben: „Der Kapitalismus hat seine traditionelle Legitimität verloren, eine Legitimität, die auf einem moralischen Leistungs- und Entlohnungssystem beruhte, das seinerseits in der protestantischen Heiligsprechung der Arbeit verwurzelt war. Der Kapitalismus hat statt dessen einen Hedonismus angeboten, der materielles Wohlergehen und Luxus verspricht und dennoch vor den historischen Konsequenzen eines ausschweifenden Systems samt seiner sozialen Freizügigkeit und Libertinage zurückscheut."

Das kapitalistische System erzeugt, — wie wir wissen und sehen — die Massenkonsumgesellschaft mit all den fragwürdigen Erscheinungen, die wir an ihr kennen. Die bestimmenden Werte dieser Massenkonsumgesellschaft sind jedoch ganz andere als die im Bereich der Produktion und der Wirtschaft im engeren Sinne geltenden. Während für die industrielle Produktion Gesichtspunkte wie Effizienz, ökonomisches Verhalten, rationale Organisation, Optimierung und Maximierung des Ergebnisses eine nach wie vor entscheidende Rolle spielen, gelten im Bereich des modernen Massenkonsums ganz andere Richtwerte. Hier werden Begierden geweckt, Lüste angestachelt, und es gilt fast ausschließlich eine Idee menschlichen Glücks, die sich auf den Besitz materieller Werte stützt. In der Konsumsphäre der Industriegesellschaft herrscht mehr und mehr, wie ebenfalls Daniel Bell hervorgehoben hat, ein hedonistischer,

die Ausschweifung und Vergeudung begünstigender Grundzug, während die Welt der industriellen Produktion nach wie vor vom Prinzip der Rationalität bestimmt wird: „Die eine Strömung hebt auf funktionale Rationalität, technokratische Entscheidungsfindung und meritokratische Entlohnung ab, die andere auf apokalyptische Stimmungen und antirationale Verhaltensweisen. Dieses Auseinanderfallen macht das Wesen der historisch bedeutsamen Kulturkrise aller westlichen bürgerlichen Gesellschaften aus. Dieser kulturelle Widerspruch dürfte auf längere Sicht die verhängnisvollste Kluft der Gesellschaft bilden." (Daniel Bell: „Die Zukunft der westlichen Welt", Frankfurt/Main 1976, S. 103.)

Man kann, wenn man will, von einer Janus-Gesichtigkeit des westlichen industriellen Systems sprechen. Eine weitere Belastung des ausgewogenen Wertgefüges der westlichen Zivilisation erfolgte sodann, wie schon angedeutet, durch den Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Hier hat man die nationale Gemeinschaft in einem Maße über das Individuum hinausgehoben, daß die ursprüngliche Konzeption des freien, sich selbst bestimmenden, in eine für alle verbindliche Rechtsordnung eingebundenen Menschen darüber zeitweilig verlorenging. Der Nationalismus hat uns bekanntlich in die Katastrophe des Ersten und Zweiten Weltkriegs hineingetrieben und erschwert bis heute die Entwicklung funktionsfähiger übernationaler Gebilde, wie sie der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung unseres Zeitalters eigentlich entsprächen. Immerhin ist es nach 1945 gelungen, den früher so überbordenden Nationalismus in gewissen Grenzen zu halten und seine Schädlichkeit zu beschränken. Insbesondere ist es gelungen, die dynamische Entwicklung des Nachkriegskapitalismus so zu steuern, daß es möglich war, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein stetiges Wachstum zu erreichen, mit deren Hilfe die dringendsten sozialen Probleme einigermaßen gelöst werden konnten. Aber es scheint, als sei diese relativ günstige Periode der Nachkriegsentwicklung jetzt an ihr Ende gelangt. In den letzten zehn bis fünfzehn Jahren sind plötzlich ganz neue Herausforde-

rungen aufgetreten, die zu einem wachsenden Krisenbewußtsein in unserer Gegenwart geführt haben und die mit Recht die Frage aufwerfen, ob es in der Zukunft gelingen wird, Entwicklungen wieder unter Kontrolle zu bringen, die zur Zerstörung des erreichten sozialen und politischen Gleichgewichts in unseren Ländern führen könnten.

Ein Teil der neu aufgetretenen Probleme hängt mit gewissen Veränderungen unserer materiellen Lebensbedingungen zusammen, die wiederum eine Folge der Dynamik der westlich-industriellen Entwicklung sind. Hier sind in erster Linie die Veränderungen zu nennen, die heute mit den Vorstellungen von einer „Grenze des Wachstums" umschrieben werden und die sich in Erscheinungen wie der Energiekrise und in der wachsenden Furcht vor den umweltzerstörenden Folgen weiterer Industrialisierung dokumentieren. In Verbindung damit — und dies ist mein eigentliches Thema — stoßen wir in wachsendem Maße auf neue Werthaltungen und Einstellungen, die einen mehr oder weniger scharfen Einschnitt gegenüber der vorausgegangenen stabilen Konsensusperiode markieren. Dieser Bewußtseinswandel vollzieht sich in der gesamten westlichen Zivilisation; er wird freilich durch nationale Eigentümlichkeiten und entsprechende historische Traditionen jeweils modifiziert. Da die Intellektuellen als diejenigen gelten dürfen, die den Bewußtseinswandel am stärksten thematisieren und ihn ihrerseits durch ihre Ideen bewußt antreiben, liegt es auf der Hand, daß er in Ländern mit bestimmten geistigen Traditionen besonders stark artikuliert wird. So ist es kein Zufall, daß in der Bundesrepublik Deutschland die in der Studentenrevolte zutage tretende geistige Unruhe und Verunsicherung sich von den Traditionen der idealistischen, spekulativen, die Wirklichkeit kühn überspringenden philosophischen Tradition des 19. Jahrhunderts nährte und darum hier besonders virulent wurde. Aber auch in Ländern, die einer stärker rationalistischen Denktradition verpflichtet sind, wie die Vereinigten Staaten, kamen in den siebziger Jahren Vorstellungen von einer neuen Lebensform auf, in denen der hedonistische Grundzug des

gegenwärtigen Zeitalters deutlich spürbar wurde. So hat ein amerikanischer Professor bespielsweise eine „Bill of Rights 1984" entworfen, die über die bestehenden bürgerlichen Freiheiten des Menschen hinaus eine Anzahl von neuen Menschenrechten zum Gegenstand hat, die als die wahren menschlichen Freiheiten gesehen werden. Darunter sind das Recht auf Muße, das Recht auf Schönheit, das Recht auf Gesundheit, das Recht, sich zu bilden, das Recht auf Reisen, das Recht auf sexuelle Erfüllung und nicht zuletzt das Recht auf Individualität und Selbstbestimmung. „Je mehr die Menschen ihr Recht auf Erfüllung ihrer Möglichkeiten fordern, desto mehr müssen die Umwelt und die Verhältnisse umgestaltet werden. Ich glaube, daß wir das bessere Leben, das die Menschheit fordert, erreichen können, sobald wir einsehen, daß das eigentliche Hindernis gegen eine bessere Welt unser eigener Widerstand gegenüber allem Wandel ist."

Im Zeichen der inzwischen so unmittelbar fühlbar gewordenen Bedrohungen der Idee der Überflußgesellschaft, die als die notwendige Voraussetzung für die Erfüllung des neuen Menschenrechtskatalogs angesehen wird, spricht man heute zwar nicht mehr so unbefangen von einer „schönen neuen Welt" dieses Zuschnitts, aber es ist unbezweifelbar, daß tiefgreifende Wandlungsprozesse in unserem Wertbewußtsein vor sich gegangen sind und weiter vor sich gehen, als deren Folge wir mit zunehmenden Schwierigkeiten zu rechnen haben, dieses neue Wertbewußtsein in Deckung zu bringen mit den realistischen Möglichkeiten der industriellen Entwicklung und ihrer politischen und sozialen Organisationsform. Die Feststellung Carl-Friedrich von Weizsäckers trifft unzweifelhaft zu, daß die Industriegesellschaften „mit erschüttertem Selbstvertrauen und gewachsener Kritik aus der eigenen Mitte" in ihre Zukunft gehen. Es wachse die Empfindung, ja die Überzeugung, daß die entscheidenden Fragen des Menschseins durch die bisher verfolgte Strategie des Wirtschaftswachstums und des äußeren materiellen Fortschritts überhaupt nicht berührt seien.

Mittlerweile ist bereits das dramatische Wort „Sinnkrise" in Umlauf, um die Erschütterungen unseres Wertbewußtseins zu charakterisieren, denn offensichtlich sind wir nicht mehr wie noch vor einigen Jahren in der Lage, die Ordnung unserer inneren und äußeren Verhältnisse und auch die Ordnung der Welt als sinnhaft und zumutbar zu empfinden.

Wenn ich von „wir" spreche, meine ich natürlich nicht die Gesamtheit der Bevölkerungen der europäischen Länder, sondern insbesondere jene minoritären, aber vielfach tonangebenden Gruppen, die in einem betont kritischen Verhältnis zu den bestehenden wirtschaftlichen und politischen Ordnungen stehen. Während es in den stärker von Klassengegensätzen gekennzeichneten Demokratien schon immer einen nennenswerten, in den Linksparteien zusammengefaßten Teil des Volkes gab, der mit der bestehenden Ordnung nicht einverstanden war oder sie auf jeden Fall skeptisch beurteilte, manifestierten sich in den sozial besser ausbalancierten westlichen Demokratien wie der Bundesrepublik oder Österreichs oder der skandinavischen Länder die neuartigen, einen Bewußtseinswandel dokumentierenden Protesthaltungen vorwiegend in Teilen der jungen bürgerlichen Generation. Im Gegensatz zu den zwanziger und dreißiger Jahren fällt dabei auf, daß dieser Prozeß sich, sofern er politisch wird, vorwiegend mit politischen Begriffen und Kategorien aus dem Arsenal der Linken, nicht zuletzt aus dem Marxismus und Neomarxismus artikuliert. Dies bedeutet u. a., daß sich die politische Protesthaltung im Gegensatz zur prä-faschistischen Periode, als sie konservativ-reaktionär war, mit Geschick auf die Grundwerte der westlichen demokratischen Zivilisation berufen kann, deren notwendige Erfüllung sie einklagt. Unsere Gesellschaften müssen sich von diesen Kritikern vorhalten lassen, die großen Ideen der bürgerlich-westlichen Zivilisation wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Humanität nur sehr unvollkommen zur Geltung gebracht zu haben. Die Ideen der bürgerlichen Aufklärung, so sagen sie, würden durch autoritäre politische Strukturen und durch ein die Ungleichheit und Ungerechtigkeit

hervorbringendes und verewigendes ökonomisches System an ihrer vollen Entfaltung gehindert. Deshalb sei es die verpflichtende Aufgabe aller diesen emanzipatorischen Werten verbundenen Menschen, insbesondere der zur Kritik und Aufklärung berufenen Intellektuellen, daran zu arbeiten, die in die bestehenden ökonomischen und politischen Strukturen unserer Gesellschaft eingebauten Hindernisse zur Selbstbestimmung und zur Sebstverwirklichung des Menschen im Sinne der großen normativen Grundwerte der westlichen Tradition zu beseitigen. Der Mensch soll aus den ihn unterdrückenden repressiven Verhältnissen emanzipiert werden; er soll politische und ökonomische Ordnungsformen entwickeln, in denen die so viel beklagte menschliche Entfremdung überwunden und eine humane politische Ordnung von Freien und Gleichen möglich wird. Die Technik macht es möglich, den Traum zu realisieren.

Bei dem Bewußtseinswandel, den wir durchmachen, handelt es sich auf der einen Seite um eine Radikalisierung bestimmter Wertvorstellungen, die im Wertgefüge des früheren Konsensus durch die gleichzeitige Beachtung konkurrierender Werte stets relativiert wurden. Für den liberalen Demokraten ist es z. B. selbstverständlich, daß zwischen der Idee der Freiheit und der Idee der Gleichheit eine Spannung besteht. Für den radikalen Demokraten hingegen kommt es ausschließlich darauf an, den Gesichtspunkt der Gleichheit zu forcieren, auch wenn die Freiheit dadurch beeinträchtigt wird. Für den anarchistischen Demokraten kommt alles auf die ungehinderte, unbeschränkte Freiheit an, weil jede Form der Reglementierung oder der Rücksichtnahme auf allgemeine Bedürfnisse der von ihm absolut gesetzten Idee der Selbstbestimmung zuwiderläuft. Für den kollektivistisch orientierten Demokraten gelten nur die jeweiligen Perspektiven und Interessen einer bestimmten sozialen Gruppe, welche die Durchsetzung ihrer Interessen ohne Rücksichtnahme auf die Interessen anderer Gruppen beansprucht. In all diesen Varianten demokratischer Einstellungen meldet sich eine Tendenz zur Verabsolutierung bestimmter Werte zu

Wort, die von einem abnehmenden Maß an Verständnis für die Meinung Andersdenkender begleitet wird. Die Folge ist ein Nachlassen der Toleranz, eine Unfähigkeit, durch Kompromisse zu einem praktikablen, von den jeweiligen Partnern akzeptierten Ausgleich zu kommen, eine Politik des Entweder-Oder, welche die Entscheidungsinstanzen vor immer größere Schwierigkeiten stellt, weil kompromißhafte Entscheidungen, wie sie der demokratischen Politik entsprechen, von den Betroffenen immer weniger bereitwillig akzeptiert werden. Durch das Verfahren der Übersteigerung bestimmter Norminhalte, wie sie etwa in der Idee der Gerechtigkeit oder der Freiheit und Gleichheit vorliegen, gewinnt der Kritiker der bestehenden Verhältnisse einen Angelpunkt, der es ihm erlaubt, die gegebene Ordnung als unzulänglich und inhuman zu diskreditieren, weil sie den radikalen Vorstellungen, welche der Kritiker zum Maßstab seiner Beurteilung macht, nicht entspricht. So konnte es geschehen, daß politische Ordnungen, wie etwa die der Bundesrepublik, in den Augen vieler Kritiker als undemokratisch, als höchst ungerecht und als unsozial erscheinen, weil man nicht wahrhaben will, daß die Grundwerte der sozial orientierten Demokratie in einem inneren Zusammenhang, einem Spannungsfeld, stehen, das es nicht gestattet, einzelne von ihnen zu verabsolutieren und sie auf Kosten der anderen auszuspielen.

Der Bewußtseinswandel dokumentiert sich also in einer Radikalisierung bestimmter normativer Perspektiven; aber er äußert sich auch durch das Vordringen neuer Bewußtseinsinhalte, die die alten, im Konsensus erfaßten Normen in zunehmendem Maße zurückdrängen. Das kann man z. B. an der Vorliebe für die Idee der Demokratisierung und der Partizipation erkennen, desgleichen an der großen Bedeutung, die den Ideen der Emanzipation, der Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung in den letzten Jahren zugewachsen sind. Entscheidend ist in unserem Zusammenhang vor allem, daß der Bewußtseinswandel zumindest teilweise die Wertorientierungen angreift, auf denen der Zusammenhalt und die Dynamik der

Entwicklung der industriellen Gesellschaft in den letzten 25 Jahren beruht hat. Im weitesten Sinne handelt es sich um eine Gegenbewegung gegen bestimmte traditionelle bürgerliche Werte wie Fleiß, Arbeitsamkeit, Sparsamkeit, Leistungswillen, Leistungsdifferenzierung, Disziplin, Gemeinsinn usw., um eine Einstellung, die den bisherigen materiellen Fortschritt der industriellen Gesellschaft zwar durchaus für sich in Anspruch nimmt, ihn aber nicht mehr zu den positiven Errungenschaften zählt. Man denkt heute, und dies ist das untrüglichste Zeichen für den Bewußtseinswandel, vornehmlich in Alternativen zur bestehenden Gesellschaft. Zu allem werden heute Alternativen ausprobiert und gefordert: Die Parteipolitik in der repräsentativen Demokratie soll durch die alternative Bürgerinitiativbewegung an den Rand gedrängt werden; die rohstoff- und energieintensiven Technologien sollen durch alternative Technologien ersetzt werden, die das Rohstoff- und Energiepotential der Erde schonen; die überkommenen Formen sozialen Zusammenlebens in der Familie sollen ersetzt werden durch alternative Wohn- und Lebensgemeinschaften, die dem einzelnen mehr Unabhängigkeit und Freiheit sichern. Die menschliche Arbeitskraft im Dienste einer rationalisierten, möglichst effizienten Produktion soll aus ihrer durch die technischen und ökonomischen Zwänge geschaffenen Entfremdung befreit und wieder zu einem Stück humaner Selbstverwirklichung werden (sofern man überhaupt noch zu arbeiten gedenkt); der Mensch soll frei von jedem sozialen Druck und jeder ökonomischen Abhängigkeit sein Dasein selbst täglich neu gestalten können, und was der Entwürfe für eine alternative Weltordnung noch mehr sind.

„Die Freiheit, aufzubrechen, wohin man will." So war kürzlich eine Rezension über die beherrschende Tendenz moderner deutscher Lyrik überschrieben, und das ist in der Tat das zentrale Verlangen, das sich in dem neuen Bewußtsein zu Wort meldet. Es ist ein völlig ungebundener, anarchischer Freiheitsbegriff, der sich hier artikuliert; er richtet sich gegen jede Art von Abhängigkeit, sei es von den beengenden Verhältnissen der Umwelt, sei es von den unüberwindbar und

anonym erscheinenden Machtstrukturen und Organisationsformen des Lebens in einer hochindustrialisierten Gesellschaft.

Das neue Lebensgefühl, bei dem Lust und Unlust, Utopie und Frustration ganz nahe beieinander liegen, äußert sich in zwei durchaus verschiedenen Richtungen. Wo es hedonistisch ist, nährt es sich von den Versprechungen und Verführungen der modernen Konsumkultur; diese erzeugt eine für viele schwer überbrückbare Kluft zwischen dem Verlangen nach einer ungehinderten Selbstentfaltung in der Freizeit und den nach wie vor bestehenden Zwängen und Disziplinierungen der industriellen Arbeitswelt, die ja erst die Voraussetzungen für die Verführungen der modernen Konsumkultur schafft. Wo es kritisch ist, wie bei vielen jungen Menschen heute, richtet es sich gerade gegen die von der modernen Industriegesellschaft errichtete Welt des Massenkonsums, der Werbung, der Großorganisationen, der Arbeitsteilung, der Bürokratien auf allen Ebenen. Ob hedonistisch oder kritisch, es wirkt allemal den Wertgrundlagen, auf denen die kapitalistische und liberale Ordnung ursprünglich aufgebaut waren, entgegen. Raymond Aron sieht im neuen Lebensgefühl einen zu einseitig auf die bloße Nützlichkeit und den Egoismus hin orientierten Individualismus am Werke: Die Menschen, so sagt er, verlangten von der Gesellschaft alles, doch sie seien ihr nichts zu geben bereit, jedenfalls nichts was sie eines Vergnügens berauben oder irgendein Opfer kosten könnte.

Andererseits beobachten wir gerade in der jungen Generation, die man einmal die skeptische genannt hat, ganz neuartige Tendenzen zur Hingabe, zur Aufopferung des Selbst an die Gruppe oder an religiöse und politische Heilslehren oder gar an die Illusionen erzeugende Welt der Drogen, die uns besorgt und ratlos machen, weil Individuen mit einer solchen Einstellung sich der Integration in die bestehende Gesellschaftsordnung verweigern, und weil es uns nicht gelingen will, sie mit Appellen an die Vernunft von ihrem Verlangen nach dem Irrationalen zu heilen. Doch einerlei, ob Hedonismus oder totale Gesellschaftskritik und Gesellschaftsflucht oder beides zusam-

men — die Wertorientierungen unserer Gesellschaft geraten durch sie ins Schwanken und eine allgemeine Verunsicherung ist die Folge. Das neue Wertbewußtsein verändert nämlich die Hierarchie der Werte, die den Konsensus der industriellen Gesellschaft in der Nachkriegszeit inhaltlich ausgemacht haben. Die Idee der Leistungsgesellschaft, in den fünfziger und sechziger Jahren noch selbstverständlich positiv bewertet, ist fast schon zu einem diffamierenden Begriff geworden, Wirtschaftswachstum und Produktivitätssteigerung, die ja die unentbehrlichen Motoren für die fortschreitende Dynamik und soziale Leistungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaften sind, gelten in der zeitgenössischen Gegenkultur als Schrittmacher des Bösen. Die Bereitschaft zum Risiko, zur Übernahme eigener Verantwortung nimmt ab, was man sehr schön auch daran ablesen kann, daß heute selbst revolutionäre Individuen wie selbstverständlich nach einer staatlichen Anstellung mit Pensionsberechtigung verlangen.

So gewiß es ist, daß der Bewußtseinswandel, den heute die westlichen Industriegesellschaften durchmachen, auch zusammenhängt mit der modernen Lebenswelt, die diese selbst geschaffen haben und in der die Menschen jenseits von Produktion und politischer und sozialer Repräsentation Halt und Lebenssinn suchen, so offenkundig ist es, daß viele der Entwürfe, Modelle und Phantasien, die heute einer ratloser gewordenen Gesellschaft unterbreitet und angedient werden, keinen besseren Ausweg aus den allgemein als schwieriger empfundenen Verhältnissen erkennen lassen, auch nicht der Sozialismus. Die Idee des Sozialismus übt zwar nach wie vor eine außerordentliche Faszinationskraft auf viele Gemüter, vor allem unter den Intellektuellen, aus, aber sie jagen einem Phantombild nach, denn den menschlichen, unbürokratischen, die freie Selbstbestimmung der Individuen garantierenden Sozialismus, den sie bestenfalls meinen, und mit dem sie sich vom menschenfeindlichen Sozialismus des GULAG abgrenzen wollen, kann es nicht geben. Es handelt sich, wie Aron zutreffend gesagt hat, um einen „socialisme introuvable".

Es ist keineswegs überraschend, daß sich der beschriebene Bewußtseinswandel, vor allem in der jüngeren Generation manifestiert. Sie zweifelt in wachsendem Maße daran, ob es den Älteren gelungen ist, eine sinnvolle, rational verständliche Weltordnung aufzubauen, und sie findet immer von neuem Anlässe, diesen Zweifel zu nähren. Hinzu kommt, daß durch die rapide Veränderung, die unsere Welt gerade infolge der dynamischen Entwicklung der modernen industriellen Massengesellschaft mit ihrem Massenkonsum durchgemacht hat, unsere Lebensverhältnisse rapiden Veränderungsprozessen ausgesetzt sind, so daß es den Älteren immer weniger gelingt, die noch von ihr hochgehaltenen Grundwerte der westlich-liberalen Zivilisation, wie sie sich in den letzten 25 Jahren von neuem bewährt haben, hochzuhalten und an die jüngere Generation weiterzugeben. Richard Löwenthal hat im Zusammenhang mit dem Bewußtseinswandel von einem allgemeinen Weltbild-Verlust und Bindungs-Verlust gesprochen, der zusammen zum Phänomen des Sinnverlustes führe, wie er bei vielen Jugendlichen des Westens im letzten Jahrzehnt spürbar geworden sei, einmal dadurch, daß sie zur Revolte neigten wie in der studentischen Protestbewegung, zum andern dadurch, daß sie einen Rückzug aus der Gesellschaft und ihren Strukturen antreten und sich in alternativen Lebensformen einzurichten versuchen. Am sichtbarsten sind in der jungen Generation, aber nicht nur in ihr allein, Prozesse einer Abkehr von der für die letzten Jahrzehnte noch so stark bestimmenden Arbeitsethik der industriellen Leistungsgesellschaft, die zu einer Diffamierung des Leistungsbegriffs schlechthin geführt haben.

Ich bin im übrigen nicht der Meinung, daß der Bewußtseinswandel ausschließlich negativ interpretiert werden muß. Er hat zu einer Erschütterung des Konsensus beigetragen, aber ein Teil dieser Erschütterung ist berechtigt, denn der Konsensus der letzten 20 bis 25 Jahre, der die Industriegesellschaften des europäischen Westens zu so großem Erfolg geführt hat, wie es in der Bundesrepublik und einigen Nachbarländern der Fall war, beruhte auf dem Glauben an den unaufhörlichen

weiteren Fortschritt im materiellen und technischen Sinne; er beruhte auf der Hoffnung, durch ein immer weiteres Ansteigen des Wirtschaftswachstums alle gravierenden sozialen und politischen Konflikte lösen zu können. Doch in beiden Hinsichten sind wir uns heute nicht mehr so sicher wie noch vor 10 bis 15 Jahren: Der materielle Fortschritt, das sehen wir heute deutlich, kann keine Antwort auf die immer wieder vom Menschen gestellte Frage nach dem Sinn seines Daseins geben, und die möglichen Grenzen des Wachstums sind heute in der Tat offenkundig geworden, ohne daß wir bislang ein einigermaßen brauchbares Rezept gefunden hätten, wie wir die damit verbundene kritische Situation bestehen können. Schließlich kommt noch weltweit die wachsende Spannung zwischen den Industrieländern und den Ländern der Dritten Welt hinzu, die das Vertrauen in eine bessere Zukunft für die Welt lähmt und deren Auswirkungen auf unsere eigene Zukunft sich noch kaum abschätzen lassen.

Deshalb kann es nicht einfach darum gehen, so berechtigt es an vielen Stellen erscheint, die neuen Bewußtseinshaltungen einfach zu verurteilen und die aus ihnen resultierenden Ansprüche zurückzuweisen, sondern wir müssen mehr als bisher daran arbeiten, die offenkundig gestörte Balance zwischen den Institutionen, mit denen wir unser politisches und ökonomisches Leben zu gestalten versuchen, und den Werten, die diese Institutionen tragen und inspirieren sollten, auf einer neuen Stufe unserer Entwicklung wieder herzustellen. In unserer Gegenwartslage geht es, wie mir scheint, vor allem darum, ein gemeinsames Bewußtsein solidarischer Verantwortung zu entwickeln, an einem neuen Konsensus zu arbeiten, der ein politisches und wirtschaftliches System zu tragen vermag, das auch unter den gesteigerten Bedingungen sozialer Komplexität die Grundwerte der westlichen Zivilisation als vitale Prinzipien bewahren und für die weitere Entwicklung nutzen kann. „Die Frage ist, ob es den politisch und geistig führenden Gruppen gelingen wird, den durch die veränderten Existenzbedingungen notwendig werdenden Wandel zugleich zu akzeptieren und in den Grenzen

der Kontinuität der westlichen Grundwerte zu halten. Nur wenn dieser Prozeß der Anpassung unserer Normen und Institutionen und der Umdeutung unserer Werte gemäß den neuen Bedingungen und Problemen der Gegenwart gelingt, wird auch die Legitimität unserer demokratischen Ordnungen erhalten bleiben. Scheitert der notwendige Wandel, so wird die anomische Kulturkrise sich ausbreiten und diese Legitimität zunehmend untergraben, bis das demokratische System am mangelnden Wertkonsens zerbricht." (Richard Löwenthal: „Zur Umwertung unserer Werte", in L' 76, Demokratie und Sozialismus, Heft 11, Seite 146.)

Der Bewußtseinswandel bedroht die errungenen Lebensgrundlagen der demokratischen Industriegesellschaften. Aber da er auch eine Folge der von ihnen selbst hervorgebrachten Entwicklungstendenzen darstellt, kommt es darauf an, die Bewußtseinskrise als eine Herausforderung unserer Epoche zu begreifen; es geht darum, angesichts einer täglich unfreiheitlicher werdenden Welt, der westlichen Zivilisation, als deren erfolgreichste Hervorbringung wir die demokratischen Industriegesellschaften modernen Typs ansehen dürfen, ihre politischen Grundwerte lebendig zu erhalten, ohne deswegen die politischen und ökonomischen Grundstrukturen, die sich im zivilisatorischen Prozeß herausgebildet haben, preisgeben zu müssen.

Das Entscheidungsproblem in der Demokratie

Wie weit können Experten, Politiker, Plebiszite entscheiden?

Dozent Dr. Heinz Fischer

Abgeordneter zum Nationalrat
Klubobmann der SPÖ

Wenn Sie im Rahmen des mir gestellten Themas quasi eine Generalformel für das Entscheidungsproblem in der Demokratie verlangen, mit der sich alle Entscheidungen vorausberechnen oder wenigstens nachvollziehen lassen, dann muß ich Sie enttäuschen. Was ich versuchen kann, ist, einige Überlegungen zum Entscheidungsproblem in der Demokratie unter Einbringung einiger Erfahrungen als Politiker und Parlamentarier anzustellen.

Der Weg vom 19. in das 20. Jahrhundert war in Mitteleuropa u. a. charakterisiert durch den Übergang vom Absolutismus zur parlamentarischen Demokratie. Ob dieser Prozeß seine Wurzeln in Veränderungen der ökonomischen, sozialen und technischen Struktur unserer Gesellschaft gehabt hat oder in anderer Weise begründet werden kann, mag in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die

Idee der Demokratie in breiten Gruppen der Bevölkerung Fuß gefaßt und sich durchgesetzt hat. Als Regierungssystem muß das demokratische System jedenfalls zwei Grundanforderungen erfüllen:

1. Es muß das erforderliche Ausmaß an Übereinstimmung zwischen Regierenden und Regierten, also an demokratischer Mitbestimmung, geben, um sicherzustellen, daß das System auf freiwilligem Konsens beruht und nicht mit Gewalt stabil gehalten werden muß. Ansonsten könnte man ja nicht von einem demokratischen System sprechen.
2. Es muß operabel sein, d. h. es muß die Regierbarkeit sicherstellen und zu vernünftigen Resultaten führen, um im Wettbewerb mit anderen Regierungssystemen nicht zu unterliegen.

Es ist klar ersichtlich, daß unser Thema — das Entscheidungsproblem in der Demokratie — im wesentlichen im Bereich des zweitgenannten Gesichtspunktes angesiedelt sein muß, wenngleich die genannten Bereiche eng miteinander verbunden sind.

Schon an der Wiege des demokratischen Systems stand die Diskussion über das Entscheidungsproblem:

Die Anhänger der Demokratie argumentierten und tun dies bis heute (mit Recht), daß aus dem Gleichheitssatz, d. h. aus einem bestimmten Menschenbild heraus, eine Ablehnung politischer Über- und Unterordnungsverhältnisse abgeleitet werden müsse, also ein gleichberechtigtes Zusammenwirken der Menschen im Bereich der Politik notwendig sei, was eben nur durch ein demokratisches System gewährleistet sei.

Auf der anderen Seite stand die Auffassung — am lupenreinsten vielleicht bei Diskussionen in der Frankfurter Paulskirche —, daß eine Gesellschaft nicht funktionsfähig sei, wenn alle ihre Mitglieder, unabhängig von ihrem Bildungs-, Informations- und Wissensstand, an allen Entscheidungen gleichberechtigt teilnehmen können.

Auf den ersten Blick betrachtet, haben sich die Anhänger des demokratischen Prinzips restlos durchgesetzt. Der Übergang zu demokratischen Verfassungen ist vollzogen. Auch in der österreichischen Bundesverfassung steht der Artikel I an der Spitze, wonach Österreich eine demokratische Republik ist, deren Recht vom Volk ausgeht. Untersuchen wir aber unser demokratisches System etwas genauer — u. zw. nicht nur die politische Praxis, sondern auch die Strukturen unserer Verfassung —, dann finden wir in der parlamentarischen Demokratie eine „Sozialtechnik" (Kelsen), die eigentlich eine Art „historischen Kompromiß" darstellt.

Der Entscheidungsprozeß in der parlamentarischen Demokratie erfolgt nämlich gar nicht in der Weise, wie dies die Gegner der Demokratie ursprünglich befürchtet und die Anhänger der Volksherrschaft erhofft haben. Und das Recht geht nicht in der Weise vom Volk aus, daß es selbst Recht setzt, sondern indem es Vertreter wählt, die Recht setzen. Nicht das Volk regiert, sondern seine Vertreter regieren und genauer betrachtet nicht einmal diese, sondern indirekt legitimierte Eliten.

Kein Wunder, daß moderne Demokratietheorien von der Definition der Demokratie als einer Regierung des Volkes durch das Volk, für das Volk, wie das Abraham Lincoln formuliert hat, immer mehr abrücken und das Wesen der parlamentarischen Demokratie eher in einer funktionierenden Elitenkonkurrenz sehen. Habermas spricht von einem „geregelten Akklamationsverfahren für alternativ zur Herrschaft berufene Eliten", und der italienische Politikwissenschafter Giovanni Sartori geht noch einen Schritt weiter, wenn er die Demokratie als ein politisches System, in dem der „Einfluß der Majorität durch gewählte und im Wettbewerb stehende Minoritäten sichergestellt" wird, definiert.

Und auch wenn sich Robert Dahl der Frage nach seiner Demokratietheorie elegant entzogen hat mit dem Satz „es gibt keine Demokratietheorie — es gibt nur Demokratietheorien", so glaube ich doch, daß in dem Gedanken einer Konkurrenz

abberufbarer oder auch bestätigbarer alternativer Führungsgruppen mehr von der Realität unseres Parteiensystems steckt als in der ursprünglichen Theorie des Volonté générale, der gebildet wird, wenn die Vertreter des Volkes gemeinsam nach ihm suchen. Während sich in einem nichtdemokratischen System eine herrschende Elite herausbildet, die das System nötigenfalls mit Gewalt stabil hält und ohne Gegengewalt weder abgelöst noch kontrolliert werden kann, ist das Wesentliche der Demokratie eine Elitenkonkurrenz mit der Sanktion der Abberufung, sobald eine regierende Gruppe die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt, oder eine konkurrierende Gruppe in der Lage ist, ein größeres Maß an Erwartungen für ihre künftige Politik zu erwecken. Daß sich das Demokratieproblem auch innerhalb dieser Gruppen stellt, ist ein Faktum, das nur angemerkt werden soll.

Diese Strukturen sind m. E. von grundlegender Bedeutung für den Entscheidungsprozeß in der Demokratie. Wesentliche Elemente für diesen Entscheidungsprozeß in einem demokratischen System scheinen mir nämlich zu sein:

1. Die einzelnen Entscheidungen sollen zweckmäßig und sachgerecht sein.
2. Die Entscheidungen sollen die herrschenden Kräfteverhältnisse berücksichtigen und in die bestehenden Machtstrukturen hineinpassen.
3. Die Summe der Entscheidungen, die von einer Gruppe — Elite — Regierung in einer bestimmten Periode herbeigeführt oder angestrebt werden, soll insgesamt auf Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung stoßen und dadurch auch zu einer Bestätigung dieser Gruppe beitragen. Dies gehört zur demokratisch-plebiszitären Komponente des Willensbildungsprozesses.

Diesen drei Kriterien des Entscheidungsprozesses, nämlich

1. sachgerecht,
2. machtkonform und
3. demokratisch (machterhaltend)

zu operieren, entsprechen in gewisser Weise auch die im Untertitel des gestellten Themas besonders herausgestrichenen Fragen, inwieweit nämlich politische Entscheidungen von Experten, Politikern oder Plebisziten beeinflußt werden können.

ad 1. „Experten"

Was den ersten Punkt betrifft, gibt es auch in Österreich immer wieder Phasen, wo politische Entscheidungen primär zu Wissensentscheidungen gemacht werden, in der Annahme, man brauche nur im Prozeß der Willensbildung den Experten eine entsprechende Position einzuräumen und werde dadurch zu richtigen Resultaten kommen. Diese Annahme beruht auf der Fiktion der einzig möglichen richtigen Entscheidung, die wieder ein bestimmtes unbestrittenes Wert- bzw. Gesellschaftsmodell voraussetzt.

Inzwischen liegt aber viel Erfahrungsmaterial vor, welches nachweist, daß hier eine große Vereinfachung Platz greift. Politische Entscheidungen sind in viel höherem Maße Wertentscheidungen, Willensentscheidungen, auch Interessensentscheidungen, als es die Anhänger des Fachleutemythos wahrhaben wollen. Unter Inkaufnahme des Vorwurfes der Vereinfachung könnte man sogar sagen: je grundlegender eine politische Entscheidung, umso weniger können Experten helfen. Je mehr es aber um die Vorbereitung, Konkretisierung und Durchführung geht, umso wichtiger ist freilich der Rat der Fachleute.

Das mag auch darin liegen, daß grundlegende politische Entscheidungen Weichenstellungen sind, für die es oft gar keine Fachleute geben kann, weil es sich um schöpferische Entscheidungen handelt (Lenin 1917, Raab 1955, Kreisky 1978).

Wir sind freilich bei der Erörterung des Einflusses verschiedener Faktoren auf politische Entscheidungen bei dem

Punkt angelangt, wo man auch den Begriff der politischen Entscheidung etwas näher ins Auge fassen muß. Dabei ergibt sich, daß unter dem Oberbegriff der „Entscheidung" eine Vielzahl von Entscheidungsformen und Entscheidungsinhalten zusammengefaßt ist, die oft sehr weit voneinander entfernt liegen. Wenn man unter Entscheidung die Auswahl und Durchsetzung einer bestimmten Vorgangsweise aus einer Mehrzahl möglicher Verhaltensweisen versteht, dann ergibt sich schon aus dieser Definition, daß die Entscheidung der Endpunkt eines Prozesses ist, der aus vielen Teilentscheidungen besteht, und gleichzeitig wiederum zum Ausgangspunkt neuer Entscheidungsketten werden kann. Deshalb spiegelt der Begriff des Willensbildungsprozesses recht gut die Tatsache wider, daß man Entscheidungen in der Regel nicht nur als punktuelles Ereignis, sondern als permanenten Prozeß auffassen muß.

ad 2. „Machtkonforme Entscheidungen"

Damit gelange ich zur zweiten Frage, wie groß eigentlich der Entscheidungsspielraum des Politikers selbst ist. Entscheidungen müssen in bestehende Machtstrukturen — gleichsam wie ein Schlüssel in ein Schloß — hineinpassen. Entscheidungen, die den bestehenden Machtstrukturen widersprechen oder zu widersprechen scheinen, kündigen meistens Verschiebungen in diesen Strukturen an. Diese Machstrukturen zu untersuchen, ist eines der Lieblingsthemen der Politikwissenschaft. Ich möchte dazu nur folgende Bemerkungen machen:

Machtstrukturen sind auch in der Demokratie nicht Abbild einer linearen, egalitären Machtverteilung, nicht einmal und besonders nicht in den herrschenden Eliten, sondern es gibt eine ungleiche pyramidenförmige Machtverteilung. Erster und vielleicht eindrucksvollster Theoretiker dieser Machtstrukturen war Robert Michels, dessen Kernaussage lautet: „Ohne Organi-

sation ist Demokratie nicht denkbar. Wer aber Organisation sagt, nimmt unweigerlich die Tendenz zur Oligarchie in Kauf." Und noch schärfer: „Die Organisation ist die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler, der Beauftragten über die Auftraggeber, der Delegierten über die Delegierenden."

Daß bei dem Versuch, den Ausgang politischer Entscheidungsprozesse unter Zugrundelegung der Kenntnis dieser Strukturen vorauszuberechnen, immer wieder Fehler unterlaufen, liegt nicht nur daran, daß diese Strukturen Veränderungen unterworfen sind, vielmehr vor allem daran, daß es keine einheitliche Machtstruktur mit Gesamtkompetenz in einer Gesellschaft gibt, sondern daß für unterschiedliche Entscheidungsthemen unterschiedliche Machtstrukturen zuständig sind. D. h. konkret gesprochen: Der Spielraum bzw. die Rolle eines bestimmten Politikers im Entscheidungsprozeß ist bei verschiedenen Fragen unterschiedlich groß, so daß man eigentlich in Wahrheit für jeden Entscheidungsfall ein eigenes Machtprofil skizzieren müßte. Dies gilt bis hinauf zur Spitze dieser Entscheidungspyramide.

Bleibt noch der wichtige Hinweis, daß das politische System eines Landes ja kein geschlossenes System ist, sondern mit anderen Teilen des gesellschaftlichen Systems in vielfältiger Weise in Verbindung steht.

Technische, ökonomische, aber auch kulturelle Entwicklungen schaffen Tatbestände, die den Politiker nicht nur unter Zugzwang setzen, sondern auch seinen Entscheidungsspielraum einschränken. Dennoch wäre es falsch — und sich dabei auf den Marxismus zu berufen, wäre meines Erachtens ein falsch verstandener Marxismus — daraus den Schluß zu ziehen, daß politische Entscheidungen nur der Nachvollzug eines determiniert vorgeschriebenen Prozesses sind. Trotz aller Entwicklungstendenzen und Sachzwänge bleibt ein sehr großer Spielraum für politische Entscheidungen, der es rechtfertigt, diesen Prozeß für sich und selbständig zu analysieren: Politik als bloßer Nachvollzug von Sachzwängen wäre die Ausrede für mangelnde Gestaltungs- und Entscheidungsfähigkeit.

ad 3. „Plebiszite"

Ich habe bereits erwähnt, daß für unser Demokratieverständnis der Rückgriff auf die Zustimmung der Mehrheit wesentlich ist, daß dies aber eine Zustimmung ist, die im wesentlichen als Billigung für die Politik einer bestimmten in der Vergangenheit liegenden Periode insgesamt oder als Ausdruck der Erwartungen für eine bestimmte künftige Periode aufgefaßt wird, daß aber das plebiszitäre Element bei einzelnen Entscheidungsprozessen nicht so sehr im Vordergrund steht.

Dennoch darf man politische Entscheidungen nicht losgelöst von ihrer plebiszitären Komponente sehen: Da eine Wahl eine Gesamteinschätzung der Tätigkeit einer Partei und ihrer führenden Politiker darstellt, werden natürlich auch einzelne politische Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt der Auswirkung auf diese Gesamteinschätzung gesehen und getroffen. Unpopuläre Entscheidungen sind daher unter Politikern nicht immer sehr populär, wenngleich dieser Feststellung folgendes hinzugefügt werden muß:

Da es einem rational handelnden Politiker, der um Stimmenmaximierung kämpft, nicht in erster Linie um die Einzelbeurteilung einer bestimmten Maßnahme, sondern um die Gesamtbeurteilung der Politik in einem bestimmten Zeitraum geht, hängt die Bereitschaft zur Setzung unpopulärer Maßnahmen auch davon ab, inwieweit eine zunächst unpopuläre Maßnahme auf längere Sicht und im Zusammenhang mit anderen Maßnahmen zu Ergebnissen führt, die in Summe besser sind, als das Ergebnis ohne diese Maßnahme gewesen wäre.

Einer gesonderten Betrachtung muß in diesem Zusammenhang der Vorschlag unterzogen werden, das direkte plebiszitäre Element in unserem politischen System, insbesondere das Instrument der Volksabstimmung, auszubauen (z. B. in der von Dr. Taus vorgeschlagenen Form, daß jeder Gesetzesbeschluß auf Antrag eines Drittels der Abgeordneten einer Volksabstimmung unterzogen werden muß). Um den genannten Vorschlag besser einordnen zu können, darf ich darauf hinweisen, daß

vor 50 Jahren, im Jänner 1929, von sozialdemokratischen Abgeordneten der gleiche Vorschlag als Initiativantrag eingebracht wurde. Wir können dieses Thema parteipolitisch neutralisieren und sagen: Es liegt nahe, daß die jeweilige Opposition den Spielraum der Mehrheit einengen und ihre eigene Verhandlungsposition stärken will. Ich möchte es aber bei Behandlung des Problems einer Stärkung des plebiszitären Elements in unserem politischen System nicht mit dieser Feststellung bewenden lassen. Tatsache ist, daß die Praxis unseres politischen Systems, gemessen am Anspruch einer demokratischen Ordnung, Schwachstellen aufweist. Tatsache ist, daß die Identifizierung mit diesem System, insbesondere unter der jüngeren Generation, tendenziell schwächer wird, was damit zusammenhängen mag, daß Errungenschaften zu Selbstverständlichkeiten werden. Tatsache ist daher, daß eine Stärkung der demokratischen Komponente unseres politischen Systems wünschenswert ist und daß die plebiszitäre und die demokratische Komponente in Zusammenhang stehen.

Allerdings darf man nicht aus den Augen lassen, daß die „Regierbarkeit" eines politischen Systems zweifellos reduziert wird, wenn die plebiszitäre Komponente zum Instrument der Minderheit gemacht wird. Ich möchte ausdrücklich sagen, daß ich gegen eine solche Stärkung des plebiszitären Elements nicht mit der Behauptung argumentiere, das Volk sei nicht in der Lage, einzelne Sachentscheidungen zu treffen — eine solche Einstellung müßte sich in logischer letzter Konsequenz gegen die Demokratie als solche richten —, sondern mit dem Argument, daß die Ausgewogenheit zwischen plebiszitären und repräsentativen Argumenten in einer nicht durchdachten Weise gestört werden könnte. „Wer letzten Endes recht haben will, muß vorletzten Endes unrecht haben können", heißt es in Köstlers „Sonnenfinsternis". Der Mut, Entscheidungen zu treffen, mit denen man vorletzten Endes unrecht zu haben scheint und nicht zugleich auf allgemeine Zustimmung stößt, würde durch einen solchen Schritt jedenfalls reduziert werden. Es scheint mir nicht eine Schwäche unseres politischen Systems

zu sein, daß der Mut zu kurzfristig unpopulären, aber langfristig richtigen Maßnahmen zu groß ist, sondern es ist ja eher das Gegenteil der Fall.

Ich glaube daher, daß man die Stärkung des plebiszitären Elements in anderer Weise vorantreiben müßte, ohne den Weg allzu häufiger Volksabstimmungen nach Schweizer Muster zu beschreiten: Durch Erleichterung der Durchführung von Volksbegehren, durch die verstärkte Berücksichtigung von Bürgerinitiativen, durch den Ausbau der Parteienstellung im verwaltungsbehördlichen Verfahren, um die Bürger in den sie betreffenden Angelegenheiten stärker zu Worte kommen zu lassen.

Abschließend möchte ich einige Überlegungen nochmals in den Vordergrund rücken:

- Für den Entscheidungsprozeß in der Demokratie gibt es keine Generalformel, sondern eine Vielzahl von Entscheidungsprofilen.
- Die Rolle des Politikers innerhalb dieser Entscheidungsprofile unterliegt sicher vielen Sachzwängen, Begrenzungen und Vorentscheidungen, doch bleibt ihm bei der Wahl eines vernünftigen Betrachtungsmaßstabes noch immer ein beachtlicher Entscheidungsspielraum.
- Die Rolle der Experten wird bei wichtigen politischen Entscheidungen eher überschätzt. Daß Experten in einem politischen System dennoch unentbehrlich sind, ist unbestritten; aber ebenso die Tatsache, daß Experten nicht als Ersatzpolitiker agieren können. Experten braucht man vor einer Entscheidung, um diese aufzubereiten und Alternativen aufzuzeigen und nach der Entscheidung zu deren Realisierung. Aber die Entscheidung selbst ist ein politischer Akt.
- Der zum Sprichwort gewordene Ausspruch Victor Adlers „Lieber mit den Massen irren, als gegen die Massen recht haben", mag richtungsweisend für das Verhältnis eines Parteiführers zu seiner im Aufbau befindlichen Partei in schwierigen Phasen gewesen sein, kann aber nicht die

Maxime für die Regierung eines Staates bilden; die demokratische und plebiszitäre Komponente verlangt zwar, daß sich die Führung eines Staates auf die Mehrheit der Bevölkerung stützen kann und daß die Mehrheit auch in der Lage ist, einen Regierungswechsel herbeizuführen; sie verlangt aber nicht, daß jede einzelne politische Entscheidung sofort mehrheitsfähig sein muß.

Optimal ist daher jene Regierungsform und jene Entscheidungsform, die die Qualität politischer Entscheidungen und deren demokratische Legitimation in maximaler Weise deckungsgleich machen kann. Vollständig wird dies nie gelingen und kann auch nicht gelingen.

In welchem Ausmaß es in Österreich gelungen ist, mögen Sie selbst beurteilen.

Schlußbemerkungen

Dkfm. Dr. Heinz Kienzl

Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank

Zum Abschluß der Volkswirtschaftlichen Tagung der Oesterreichischen Nationalbank möchte ich zu einigen der hier erarbeiteten Ergebnisse nochmals resümierend Stellung beziehen:

Die modische Welle der Technik-, Wirtschaftswachstums- und Wissenschaftsverdrossenheit hat von den USA ausgehend auch Österreich erreicht. In unserem Lande ist die große Masse der Bevölkerung allerdings noch durchaus an einer Verbesserung ihres Lebensstandards interessiert. Nur verhältnismäßig kleine Schichten, insbesondere der Intellektuellen, suchen alternative Lebensformen und lehnen Technik sowie Wachstum ab. Grenzüberschreitungen von Wissenschaftlern und der Verstärkereffekt der Massenmedien haben ein wachsendes Mißtrauen in die Fähigkeit der Wissenschaft geschaffen, die Probleme der Gesellschaft zu lösen und mit den anstehenden Fragen fertig zu werden.

Die Meinungsbildner in den Massenmedien haben der Versuchung, eine vierte Gewalt zu bilden, nicht widerstanden. Sie üben ihren Einfluß auf die Bevölkerung — ganz im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren — im Sinne der Schaf-

fung einer negativen Einstellung zu unseren bisherigen Überlebensstrategien aus.

Tatsächlich ist aber die österreichische Wirtschaft, von der alle leben müssen und immer besser leben wollen, unter dem Konkurrenzdruck der anderen Industriestaaten — insbesondere der neuen industrialisierten Länder — zunehmend gezwungen, alte Produktionen aufzugeben und neue zu entwickeln. Ein wirtschaftliches Nullwachstum müßte zu einer radikalen Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft führen, ein großer Teil der Investitionsgüterindustrie, angefangen von der Zementerzeugung bis zum Maschinenbau, wäre überflüssig, das Problem der Beschäftigung der Arbeitskräfte, insbesondere der Jugend, wäre unlösbar.

So schön Biedermeiermöbel in einer Wohnung wirken und so niedlich sich eine Biedermeiergesellschaft im literarischen Erzeugnis auch ausnehmen mag, in der harten Realität würde es auf dem Weg zu einem Nullwachstum schwerste Klassenkämpfe geben.

Wachstumsverzicht war und ist immer nur die Weltanschauung der Oberschicht, und nicht zufällig hat sich gerade die österreichische Gewerkschaftsbewegung gegen die Idee des Wachstumsverzichts in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft ausgesprochen.

Eine Grundlage jedes Erfolges ist das Vertrauen in die Fähigkeiten der politischen Führung und der Wissenschaft. In den USA ist der Selbstzerstörungsprozeß der Politik und der Wissenschaft so weit gediehen, daß diese Großmacht den Eindruck eines verwirrten Riesen macht. Es wäre an der Zeit, in Österreich deutliche Signale zu setzen, daß die politische und wirtschaftliche Führung sowie auch unsere Wissenschaft nicht bereit sind, diesen Weg zu gehen: Signale, daß die großen politischen Parteien der Wissenschaft vertrauen und ihren Führungsaufgaben gerecht werden.

Die Vortragenden

Gerd Bacher, geboren 1925, 1954 Chefredakteur des „Bild-Telegraf", 1958 Mitbegründer und Chefredakteur des „Expreß", ab 1960 Leitartikler und politischer Korrespondent der „Presse" und „Wochenpresse" sowie politischer Kolumnist der Österreichausgabe des „Stern", 1962 Geschäftsführer des Pressehauses Fritz Molden, 1964 Verlagsleiter des Buchverlages Fritz Molden, 1967 bis 1974 Generalintendant des ORF, 1975 und 1976 als Publizist und Medienfachmann im In- und Ausland, Ende 1976 bis Oktober 1978 Alleingeschäftsführer des Druck- und Verlagshauses R. Kiesel, seit Oktober 1978 Generalintendant des ORF.

Rudolf Bretschneider, geboren 1944, Studien der Psychologie. Seit 1965 im Dr. Fessel-Institut, derzeit Geschäftsführer des Institutes und Leiter der Abteilung Sozial- und Gesundheitsforschung, Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik der Universität Wien und an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Heinz Fischer, geboren 1938, Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Wien. Ab 1963 Sekretär der sozialistischen Parlamentsfraktion, ab 1971 Abgeordneter zum Nationalrat, seit 1975 geschäftsführender Obmann des Klubs der sozialistischen Abgeordneten und Bundesräte. Universitätsdozent für Politikwissenschaft. Publikationen: Reform oder Restauration, Wien; Zum Wort gemeldet: Otto Bauer, 1968; Kommentar zur Geschäftsordnung des Nationalrates (gemeinsam mit W. Czerny), Wien 1968; Karl Renner — Portrait einer Evolution, 1970; Texte zur österreichischen Verfassungsgeschichte (gemeinsam mit G. Silvestri), Wien 1970; Das politische System Österreichs, Wien 1977; Positionen und Perspektiven, 1977.

Ernst Gehmacher, geboren 1926, Studien der Landwirtschaft, Soziologie und Psychologie in Wien. 1957 bis 1962 wissenschaftlicher Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", 1963 bis 1965 wissenschaftlicher Konsulent der europäischen Zweigstelle der General Teaching Corporation. Seit 1965 wissenschaftlicher Mitarbeiter, seit 1968 stellvertretender Leiter und seit 1976 Geschäftsführer des Instituts für empirische Sozialforschung. Lehrbeauftragter für Psychologie, Soziologie und Langfristplanung an der Technischen Universität Wien und Mitarbeiter des Wiener Instituts für Langfristplanung. Publikationen: So leben wir morgen, Österreich 1985, Wien 1976; Adieu, Ihr Städte, Optimale Welt, Der Mut zu einer Wissenschaft von Zielen, München 1977; Plädoyer für die Vernunft, Plädoyer für aufgeklärte Planung, München 1974; Kulturlandschaft Österreich, Kultur und Gegenkultur, Wien 1977; Die Diener des Staates, Die Beamten im sozialen Wandel, Wien 1977; Das politische System Österreichs, Faktoren des Wählerverhaltens, Wien 1974.

Rupert Gmoser, geboren 1931, rechts- und staatswissenschaftliche Studien. 1954 bis 1955 Finanzjurist, 1955 bis 1958 Referent der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer für Steiermark, seit 1958 Leiter der Otto-Möbes-Volkswirtschaftsschule, 1978 Bundesrat, seit 1979 Abgeordneter zum Nationalrat. Publikationen: Macht und Ohnmacht der Organisierten, Wien 1967; Rote Markierungen (mit anderen), Wien 1972; Der durchleuchtete Wähler (mit anderen), Wien 1964.

Oskar Grünwald, geboren 1937, Studien an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1959 bis 1971 Mitarbeiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, 1968 bis 1973 Mitglied des Kuratoriums und Präsidiums des Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft, 1968 bis 1970 Geschäftsführer der Arbeitsgruppe Industriepolitik des Wirtschaftsbeirates, 1971 Generalsekretär der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG, 1972 Mitglied des Vorstands der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG, seit 1978 Vorsitzender des Vorstands der Österreichischen Industrieverwaltungs-AG, Mitglied des Aufsichtsrates mehrerer Tochtergesellschaften. Publikationen: Das Eigentum an den Österreichischen Kapitalgesellschaften, Wien; Auslandskapital in der österreichischen Wirtschaft (gemeinsam mit F. Lacina), Wien 1970; Gemeinwirtschaft und wirtschaftliche Dynamik (mit anderen), Wien.

Friedrich Hacker, geboren 1914, Medizinstudium in Wien, seit 1940 in den USA (Columbia University, Menninger Foundation etc.). Facharzt für Psychiatrie, seit 1945 Chef eigener psychiatrischer Kliniken in Beverly Hills, California, und Lynwood, California. Professor für Psychiatrie an der Medizinischen und Juristischen Fakultät der Universität von Südkalifornien, Gründer und Erster Präsident der Sigmund-Freud-Gesellschaft in Wien, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Konfliktforschung in Wien, Lehrstuhlinhaber für Psychopolitics and Conflict Research an der Universität von Südkalifornien, Gerichtssachverständiger und Regierungsberater in den USA. Publikationen: Versagt der Mensch oder die Gesellschaft?, 1964; Aggression, Wien 1971; Terror, 1973; Crusaders, Criminals, Crazies: Terror und Terrorism in our Time, 1976; Freiheit, die sie meinen, 1978.

Peter Jankowitsch, geboren 1933, Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Wien, Diplomdolmetsch in Englisch, ab 1957 im Außenamt, 1958 Österreichische Delegation bei der Seerechtskonferenz, 1959 bis 1962 Kabinett des Außenministers, 1962 bis 1964 Österreichische Botschaft in London, 1964 bis 1966 Geschäftsträger in Dakar, 1967 wieder Außenamt, 1970 Kabinettchef des Bundeskanzlers, 1972 bis 1978 Botschafter bei der UNO in New York, seit 1978 Österreichischer Botschafter bei der OECD in Paris.

Heinz Kienzl, geboren 1922, Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien. Seit 1947 Mitarbeiter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes. 1950 bis 1968 Leiter der wirtschaftspolitischen Abteilung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, in dieser Zeit u. a. Mitglied des Wirtschaftsbeirates und des Preisunterausschusses der Paritätischen Kommission, Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbundes im gewerkschaftlichen Beratungsausschuß der OECD, Vorstandskonsulent der Bank für Arbeit und Wirtschaft AG, 1963 Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank. Seit 1967 Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Höhere Studien und Wissenschaftliche Forschung, Obmann der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, 1969 Stellvertretender Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank, 1971 Vorsitzender der Kontrollkommission des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 1973 Generaldirektor der Oesterreichischen Nationalbank. Publikationen: Freie Wirtschaft, Wien 1952; Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik, 1. bis 3. Auflage, Wien 1960 bis 1967; Der durchleuchtete Wähler (mit anderen), Wien 1964; Wirtschaftspartner-

schaft, Stabilität und Wachstum (Festschrift für Andreas Korp), Wien 1971; Ökonomie und Ideologie (in: Rote Markierungen), Wien 1972; Gesellschaft am Wendepunkt, Wien 1975.

Stephan Koren, geboren 1919, Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien. Ab 1945 Mitarbeiter des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung. 1964 Habilitation für das Fach Wirtschaftspolitik an der Universität Wien. 1965 3. Lehrkanzel für Nationalökonomie an der Universität Innsbruck. 1967 Staatssekretär für Wirtschaftsfragen. 1968 Finanzminister, ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre und Weltwirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel in Wien. 1970 Abgeordneter zum Nationalrat, Obmann des Parlamentsklubs der Österreichischen Volkspartei. Seit 1978 Präsident der Oesterreichischen Nationalbank. Publikationen: Der Betriebszensus in der Wirtschaftsstatistik (in: Die erste Bestandsaufnahme der österreichischen Wirtschaft), Wien 1956; Die österreichische Erdölwirtschaft (10. Sonderheft des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung), Wien 1957; Österreichs Industrie und der europäische Markt (Hrsg.: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung), Wien 1957, 1958; Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs (in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern, heute, morgen), Berlin 1961; Die Industrialisierung Österreichs — vom Protektionismus zur Integration (in: Österreichs Wirtschaftsstruktur, gestern, heute, morgen), Berlin 1961; Sozialisierungsideologie und Verstaatlichungsrealität in Österreich (in: Die Verstaatlichung in Österreich), Berlin 1964; Zur Problematik der Wohnungspolitik in Österreich (in: Wiener Studien zur Wirtschafts- und Sozialpolitik), Wien 1965; Der Koren-Plan, Wien 1968; Strukturpolitische Schwerpunkte der österreichischen Wirtschaftspolitik (in: Die Zukunft des Mittelstandes), 1969.

Johann Millendorfer, geboren 1921, 1954 Diplomingenieur der Physik, 1954 bis 1965 Forschungsingenieur und Forschungsleiter in der Industrie. 1965 bis 1971 Neues Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Dissertation in Graz, Wissenschaftliche Abteilung der Bundeswirtschaftskammer, Forschungsauftrag der University of Virginia über Global Systems Dynamics. Seit 1969 Wissenschaftlicher Leiter der Studiengruppe für Internationale Analysen, Lehrauftrag an der Universität Wien über Systemtheorie und Gesellschaft, Konsultant der IIASA. Publikationen: Über 50 Publikationen vorwiegend über systemtheoretische Zugänge zu gesellschaftlichen Fragen. Prognosen für Österreich (gemeinsam mit Gaspari), Wien 1971; Konturen einer Wende (gemeinsam mit Gaspari), Graz 1978.

Hans Mohr, geboren 1930, Studium der Physik, Biologie und Philosophie, 1959 Habilitation an der Universität Tübingen, seit 1960 Ordinarius für Biologie an der Universität Freiburg, seit 1966 Mitglied der Deutschen Akademie der Naturforscher (Leopoldina), seit 1968 Projektleiter am Sonderforschungsbereich „Molekulare Grundlagen der Entwicklung" der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Publikationen: Rund 250 Originalarbeiten (in der Mehrzahl zusammen mit Mitarbeitern) auf den Gebieten der Entwicklungsbiologie und Wissenschaftstheorie (speziell Wissenschaftsethik). Wissenschaft und menschliche Existenz, 1970; Molekulare Grundlagen der Entwicklung (gemeinsam mit P. Sitte), 1971; Lectures on Photomorphogenesis, 1972; Structure and Significance of Science, 1977; Lehrbuch der Pflanzenphysiologie (gemeinsam mit P. Schopfer), 1978.

Gerhard Schmidtchen, geboren 1925, Studien der Philosophie, Sozialpsychologie, Politische Wissenschaft, Volkswirtschaft an den Universitäten Marburg, Frankfurt/Main, Freiburg i. Br. 1966 Habilitation Phil. I der Universität Zürich, 1968 Lehrstuhl der Sozialpsychologie der Universität Zürich (Mitglied der Direktion des psychologischen Instituts). 1954 bis 1968 Mitglied der wissenschaftlichen Leitung des Instituts für Demoskopie Allensbach. 1968 bis 1976 Wissenschaftliche Kooperation (Verbundforschung) mit Institut für Demoskopie Allensbach, seit 1977 mit Infratest München. Seit 1970 Leiter der Sozialforschungsstelle des psychologischen Instituts der Universität Zürich. Publikationen: Die befragte Nation, Freiburg 1959; Lage der Selbständigen im Alter, Köln 1968; Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt (gemeinsam mit G. Schmölders und G. Scherhorn), Berlin 1969; Gibt es eine protestantische Persönlichkeit?, Zürich 1969; Manipulation — Freiheit negativ, Berlin 1970; Schweizer und Entwicklungshilfe, Bern 1971; Zwischen Kirche und Gesellschaft, Freiburg 1972, 1973; Protestanten und Katholiken, Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, Bern 1973; Priester in Deutschland, Freiburg 1973; Gottesdienst in einer rationalen Welt, Stuttgart/Freiburg 1973; Gibt es eine Sozialwissenschaft ohne Manipulation?, Zürich 1973; Umfrage unter Priesteramtskandidaten, Freiburg 1975; Außenpolitik und Öffentlichkeit (gemeinsam mit K. W. Deutsch), Bern und Stuttgart 1977; Was den Deutschen heilig ist, München 1979; Bildungspolitik aus der Sicht der Stimmbürger, Bern 1979.

Hans Seidel, geboren 1922, Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien. Seit 1946 im Österreichischen Institut für

Wirtschaftsforschung tätig. 1957 Studienaufenthalt beim Internationalen Währungsfonds, 1962 Leiter-Stellvertreter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 1973 Leiter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. Berufstitel: Professor, Honorarprofessor der Universität Wien. Publikationen: Arbeiten der empirischen Wirtschaftsforschung (Spezialthemen Konjunkturforschung, Regionalforschung, Industriepolitik, Finanzpolitik) in den Publikationen des Institutes, in Fachzeitschriften und Fachbüchern.

Kurt Sontheimer, geboren 1928, Studium der Soziologie, Geschichte und Politischen Wissenschaft in Freiburg/Br., Erlangen, Kansas/USA und Paris. 1962 bis 1969 Professor für Politische Wissenchaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin, seit 1969 Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München. Publikationen: Thomas Mann und die Deutschen, München 1961; Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, München 1962; Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1971; Die DDR — Politik, Gesellschaft, Wirtschaft (gemeinsam mit W. Bleek), Hamburg 1972; Das Elend unserer Intellektuellen, Hamburg 1976; Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland (hrsg. mit H. H. Röhring), München 1977; Die verunsicherte Republik, München 1979.